

42. Sitzung

am Dienstag, dem 25. September 2001

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung .	3139		
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	3139		
Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung .	3140		
Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2002 und 2003			
Mitteilung des Senats vom 21. August 2001 (Drucksache 15/787)			
1. Lesung			
Nachtragshaushaltsgesetz und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2001			
Mitteilung des Senats vom 21. August 2001 (Drucksache 15/788)			
1. Lesung			
Finanzwirtschaftliche Rahmenseetzungen der Haushaltsaufstellung 2002/2003			
Finanzplan-Fortschreibung 2001/2005 (Stand: 21. August 2001)			
Mitteilung des Senats vom 21. August 2001 (Drucksache 15/792)			
Bürgermeister Perschau	3141		
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) ...	3147		
Abg. Böhrnsen (SPD)	3150		
Abg. Tittmann (DVU)	3153		
Abg. Eckhoff (CDU)	3155		
Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)	3159		
Abstimmung	3161		
		„Zukunft der Union“ – Vorbereitung der Regierungskonferenz der EU 2004	
		Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU vom 14. August 2001 (Drucksache 15/781)	
		Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	3163
		Abg. Nalazek (SPD)	3165
		Abg. Neumeyer (CDU)	3167
		Staatsrat Bettermann	3168
		Abstimmung	3171
		Gesundheit von Kindern und Jugendlichen: Entwicklung, Bewertung und Prävention	
		Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28. Februar 2001 (Drucksache 15/641)	
		D a z u	
		Mitteilung des Senats vom 26. Juni 2001 (Drucksache 15/765)	
		Abg. Frau Hoch (Bündnis 90/Die Grünen)	3171
		Abg. Frau Hammerström (SPD)	3173
		Abg. Frau Dreyer (CDU)	3174
		Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) ...	3175
		Senatorin Adolf	3177

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Beckmeyer, Frau Busch, Frau Kummer, Frau Lemke-Schulte, Röwekamp, Frau Schwarz.

Präsident Weber**Vizepräsident Dr. Kuhn****Schriftführerin Hannken****Vizepräsident Ravens****Schriftführerin Marken**

Bürgermeister **Dr. Scherf** (SPD), Präsident des Senats,
Senator für kirchliche Angelegenheiten
und für Justiz und Verfassung

Bürgermeister **Perschau** (CDU), Senator für Finanzen

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Adolf** (SPD)

Staatsrat **Bettermann** (Bevollmächtigter der Freien Hansestadt Bremen beim Bund,
für Europa und Entwicklungszusammenarbeit)

Staatsrat **Dr. Dannemann** (Senator für Finanzen)

Staatsrat **Dr. Knigge** (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales)

Präsident des Rechnungshofs **Spielhoff**

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr.

Präsident Weber: Die 42. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse.

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgenden Eingang bekannt:

Gesetz zur Umstellung von Vorschriften aus dem Zuständigkeitsbereich des Senators für Bau und Umwelt auf Euro, Bericht und Dringlichkeitsantrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses vom 21. September 2001, Drucksache 15/832.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Wer einer dringlichen Behandlung dieses Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

(B)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Bericht und Antrag zusammen mit dem Gesetz zur Umstellung von Vorschriften aus dem Zuständigkeitsbereich des Senators für Bau und Umwelt auf Euro am Schluss der Tagesordnung aufzurufen.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist die Bürgerschaft (Landtag) damit einverstanden.

Die übrigen Eingänge bitte ich der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzungen sowie dem heute verteilten Umdruck zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

1. Reparaturarbeiten an der A 27 zwischen den Anschlussstellen Burglesum und Freihäfen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 6. September 2001
(Drucksache 15/813)
2. Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen über die Zugehörigkeit der Steuerberater und Steuerbevollmächtigten im Land Bremen zum Versorgungswerk der Steuerberater und Steuerbevollmächtigten im Land Niedersachsen
Mitteilung des Senats vom 18. September 2001
(Drucksache 15/823)

3. Gesetz über den Eigenbetrieb GeoInformation Bremen
Eigenbetrieb des Landes Bremen (BremGeoG)
Mitteilung des Senats vom 18. September 2001
(Drucksache 15/824) (C)

4. Erziehungshilfen für Familien
Mitteilung des Senats vom 18. September 2001
(Drucksache 15/825)

5. Schulvermeidung
Mitteilung des Senats vom 18. September 2001
(Drucksache 15/826)

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der Oktober-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 18. Juli 2001
D a z u
Antwort des Senats vom 4. September 2001
(Drucksache 15/811)

2. Sitzen bleiben in Bremer Schulen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. Juli 2001
D a z u
Antwort des Senats vom 18. September 2001
(Drucksache 15/829)

3. Zwischenbilanz der Egerland/Daewoo-Ansiedlung
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 10. August 2001
D a z u
Antwort des Senats vom 4. September 2001
(Drucksache 15/810)

4. Intensivtäterkarrieren wirkungsvoller entgegenzutreten
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 14. August 2001

5. Finanzierung von Straßenbau- und Bahnprojekten in Bremerhaven
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD
vom 30. August 2001

6. Auf dem Weg zum „Konzern Bremen“
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 4. September 2001

7. Entwicklung der Ersatzfreiheitsstrafen im Land Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 17. September 2001 (D)

(A) **III. Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung**

1. Schreiben von Herrn Lorenz Huber zur Anwendung von Elektroschocks als Therapie.
2. Stellungnahme des Bundes der Pfadfinderinnen und Pfadfinder e. V. zu den Terroranschlägen in den USA.

Die Eingaben können bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung des Tagesordnungspunkts fünf, Altenpflegeausbildung, der miteinander verbundenen Tagesordnungspunkte zwölf, 13 und 14, hier handelt es sich um das Thema Abschiebehaft, des Tagesordnungspunkts 15, elektronischer Arztbrief, der miteinander verbundenen Tagesordnungspunkte 17 und 18, hier geht es um ein Bremer Informationsfreiheitsgesetz, und des Tagesordnungspunkts 32, Gesetz zur Änderung des Meldegesetzes.

Des Weiteren gibt es interfraktionelle Absprachen zur Verbindung der Tagesordnungspunkte sechs und sieben, hier geht es um die gymnasiale Oberstufe, der Tagesordnungspunkte neun mit dem außerhalb der Tagesordnung vorliegenden Dringlichkeitsantrag zur Situation des Schulsports in Bremen, der Tagesordnungspunkte zehn und elf, hier handelt es sich um ISP-Projekte in Bremerhaven beziehungsweise die Beteiligung Bremerhavens am Investitions Sonderprogramm, der Tagesordnungspunkte 24 und 26, hier geht es um Vorlagen zum Thema Haushalt, des Tagesordnungspunkts 31 und des außerhalb der Tagesordnung vorliegenden Petitionsberichts Nummer 33, und der Tagesordnungspunkte 33 und 34, Aktionsprogramm gegen Lehrermangel. Bei einigen Tagesordnungspunkten wurden dann noch Vereinbarungen zur Redezeit getroffen.

Meine Damen und Herren, hinsichtlich der Abwicklung der Tagesordnung der Bürgerschaft (Landtag) wurde vereinbart, dass heute Vormittag die Haushaltsberatungen in erster Lesung durchgeführt werden. Hierfür ist eine verlängerte Redezeit von bis zu 15 Minuten für den ersten Redner je Fraktion vorgesehen. Nach der Einbringungsrede durch den Senator für Finanzen, Herrn Bürgermeister Perschau, erhalten die Redner der Fraktionen in der Reihenfolge Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU das Wort. In die Aussprache im Landtag fließt die Debatte über den Stadthaushalt ein, so dass in der Stadtbürgerschaft auf eine Aussprache verzichtet werden kann.

Im Anschluss an die Haushaltsberatungen sollen noch die Tagesordnungspunkte 22, „Zukunft der Union“ – Vorbereitung der Regierungskonferenz der EU 2004, und der Tagesordnungspunkt drei, Gesundheit von Kindern und Jugendlichen: Entwicklung, Bewertung und Prävention, behandelt werden.

Am Mittwoch werden zu Beginn der Sitzung die Fragestunde und die Aktuelle Stunde aufgerufen. Dann sollten zunächst die Tagesordnungspunkte 16, Wirtschaft und Verkehr im Land Bremen, und danach 30, Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen, behandelt werden. Inzwischen ist aber nachträglich interfraktionell vereinbart worden, den Tagesordnungspunkt 16 für diese Sitzung auszusetzen und an seiner Stelle den Tagesordnungspunkt 41, Weserquerung im Zuge der A 281, aufzurufen. Die Nachmittagsitzung am Mittwoch beginnt mit dem Tagesordnungspunkt 43, Legebatterien abschaffen. Danach wird der Tagesordnungspunkt 39, Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zulassung einer öffentlichen Spielbank, aufgerufen.

Am Donnerstag Vormittag wird zunächst Tagesordnungspunkt 27, Förderung der Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen, und danach Tagesordnungspunkt 28, Blinden Menschen den Wahlakt ohne fremde Hilfe ermöglichen, aufgerufen. Im Anschluss daran wird in der Reihenfolge der Tagesordnung verfahren.

Meine Damen und Herren, außerdem möchte ich Ihnen mitteilen, dass der Abgeordnete Tittmann, DVU, seinen Antrag unter dem Tagesordnungspunkt 37 zurückgezogen hat.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Haushaltsgesetz und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2002 und 2003

Mitteilung des Senats vom 21. August 2001
(Drucksache 15/787)
1. Lesung

Wir verbinden hiermit:

Nachtragshaushaltsgesetz und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2001

Mitteilung des Senats vom 21. August 2001
(Drucksache 15/788)
1. Lesung

u n d

(C)

(D)

(A) **Finanzwirtschaftliche Rahmenseetzungen der Haushaltsaufstellung 2002/2003**
Finanzplan-Fortschreibung 2001/2005 (Stand: 21. August 2001)

Mitteilung des Senats vom 21. August 2001
 (Drucksache 15/792)

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Perschau.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch darauf hinweisen, dass in diese Aussprache auch die Beratung des Stadthaushalts einbezogen wird. Es ist verlängerte Redezeit vereinbart. Sie beträgt für den jeweils ersten Redner einer Fraktion bis zu 15 Minuten.

Wir kommen zur ersten Lesung der aufgerufenen Gesetzesvorlagen.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster Reder hat das Wort Bürgermeister Perschau.

Bürgermeister Perschau: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Senat legt Ihnen heute die Entwürfe für einen Doppelhaushalt 2002/2003 und für den Nachtragshaushalt 2001 für die weiteren Beratungen vor. Es war bislang und es bleibt auch künftig das vorrangige Ziel der Haushalts- und Finanzpolitik des Senats und der ihn tragenden Koalitionsfraktionen, die Grundlagen der Eigenständigkeit des Zwei-Städte-Staats Bremen in einem zusammenwachsenden Europa zu sichern. Dazu gehört nicht nur die Überwindung der extremen Haushaltsnotlage, sondern vor allem eine umfassende Sanierung, also eine tiefgreifende Modernisierung unseres Gemeinwesens. Nur auf diesem Weg werden wir unsere Zukunft gestalten können. Dies sind wir nicht nur uns, sondern auch den künftigen Generationen der Bürgerinnen und Bürger schuldig, die in Bremen und Bremerhaven ein lebenswertes Umfeld vorfinden sollen.

Meine Damen und Herren, jeder, der mit wachem Blick und unvoreingenommen durch unsere Straßen geht, wird feststellen können, dass die von uns auf den Weg gebrachten Maßnahmen greifen.

(Beifall bei der CDU)

Bremen gewinnt zunehmend Lebensqualität für seine Bürger zurück und wird unübersehbar zu einem attraktiven Standort für neue und zukunftsweisende Unternehmen, die auch zusätzliche Arbeitsplätze bereitstellen. Unsere Finanzkennziffern belegen eindeutig, dass die Freie Hansestadt Bremen dem Sanierungsziel im engeren Sinne, also der Überwindung der extremen Haushaltsnotlage, im Jahr 2000 ein gutes Stück näher gekommen ist. Ich stelle fest, wie in den vorangegangenen Sanierungsjahren hat

der Finanzplanungsrat bestätigt, dass die Freie Hansestadt Bremen auch im Jahr 2000 alle Sanierungsaufgaben uneingeschränkt erfüllt hat.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Trotz des deutlichen und im Verhältnis zu den westdeutschen Ländern und Gemeinden weit überdurchschnittlichen Anstiegs der Investitionsausgaben im Stadtstaat im Jahr 2000 blieb die Gesamtausgabenzuwachsrate der bremischen Haushalte beträchtlich hinter den Zuwachsraten der westdeutschen Länder und Gemeinden zurück. So steht einer Steigerung der Investitionsausgaben in Bremen im Jahr 2000 um immerhin 11,9 Prozent ein Anstieg der Investitionen in den westdeutschen Ländern von lediglich 2,9 Prozent gegenüber. Gleichwohl konnte die Gesamtausgabenzuwachsrate der bremischen Haushalte im Jahr 2000 auf plus 0,5 Prozent begrenzt werden. Sie unterscheidet sich damit erheblich von der Gesamtausgabenzuwachsrate der westdeutschen Länder und Gemeinden von durchschnittlich plus 1,7 Prozent und unterschreitet die Vorgaben des Finanzplanungsrates für das Jahr 2000 von zwei Prozent.

Es liegt mir sehr viel daran, dass klar wird, dass unsere Ausgaben aus konsumtiven und investiven Positionen bestehen, und wenn wir weit über dem Durchschnitt unsere Investitionen steigern und trotzdem in den Gesamtausgaben weit unter den Zuwachsraten der anderen Länder liegen, dann ist das das Ergebnis unserer ganz ungewöhnlichen Spar-samkeit.

(Beifall bei der CDU)

Noch deutlicher treten die Konsolidierungserfolge des abgelaufenen Jahres zu Tage, wenn man einen Blick auf die Entwicklung der laufenden Ausgabenpositionen wirft, eben dieser konsumtiven. Während der Finanzplanungsrat für die Haushaltsnotlageländer die Ausgabenzuwachsrate für das Jahr 2000 auf plus 1,5 Prozent begrenzte und die Gesamtheit der westdeutschen Länder und Gemeinden mit Mehrausgaben von plus 1,4 Prozent diesen Referenzwert nahezu erreichte, sanken die konsumtiven Ausgaben in den bremischen Haushalten im gleichen Zeitraum um 1,3 Prozent.

Vor allem im Bereich der Personalausgaben haben wir im Jahr 2000 deutliche Fortschritte erzielt. Während die westdeutschen Länder und Gemeinden hier im vergangenen Jahr einen Ausgabenzuwachs von plus 1,2 Prozent zu verzeichnen hatten, konnte Bremen seine Ausgaben um 1,5 Prozent senken!

Meine Damen und Herren, diese Zahlen sprechen für sich. Sie sind ein deutlicher Beleg dafür, dass der Senat die Sanierung Bremens unter den gegebenen Voraussetzungen entschlossen vorantreibt. Gibt man

(C)

(B)

(D)

(A) sich mit einer isolierten Betrachtung des Jahres 2000 nicht zufrieden, sondern wirft man einen Blick auf den bisherigen Sanierungszeitraum, so ergibt sich Folgendes: Die jährlichen Vorgaben des Finanzplanungsrates im Rahmen der Sanierungsaufgaben beliefen sich für das zulässige Ausgabenwachstum in der Summe des Sanierungszeitraums auf maximal plus 18,3 Prozent. Das hätten wir machen können, um gleichzeitig aber noch die Sanierungsaufgaben des Finanzplanungsrates und des Finanzausgleichsgesetzes einzuhalten. Das Ist-Ergebnis, das die Freie Hansestadt Bremen für den Referenzzeitraum aufweisen kann, beträgt über diesen Siebenjahreszeitraum aber nicht 18,3 Prozent, sondern liegt bei plus 5,2 Prozent gegenüber plus 10,1 Prozent der westdeutschen Länder und Gemeinden insgesamt.

Wenn Sie das in Zahlen hören wollen: Bremen hat im genannten Zeitraum gegenüber den Ländern eine zusätzliche Minderausgabe von 374 Millionen DM und gegenüber dem vom Finanzplanungsrat eingeräumten Spielraum sogar eine Minderausgabe von rund einer Milliarde DM realisiert.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(B) Die Zinssteuerquote ist im bisherigen Sanierungszeitraum um 6,3 Prozent-Punkte auf gegenwärtig 21,8 Prozent zurückgeführt worden. Im gleichen Zeitraum konnten die westdeutschen Länder und Gemeinden einen Rückgang um lediglich 1,3 Prozent-Punkte verzeichnen. Ferner konnten die fundierten und schwebenden Schulden ohne Berücksichtigung des Kapitaldienstfonds um 1,5 Milliarden DM reduziert werden. Die Nichteinbeziehung des Kapitaldienstfonds ist dabei keine bremische Besonderheit, sondern gängige Praxis beim Bund und bei den anderen Ländern, die damit auch dokumentieren, dass es sich hierbei lediglich um vermögensneutrale Transaktionen handelt, Schulden und Vermögen wachsen in gleichem Maße.

Noch ein paar Zahlen für diejenigen, die immer noch behaupten, die Sanierungszahlungen des Bundes seien aufgrund der investiven Verwendung der Zinsersparnisse praktisch spurlos an den bremischen Haushalten vorübergegangen! Wären die Sanierungs-Bundesergänzungszuweisungen in den vergangenen Jahren nicht geflossen und vereinbarungsgemäß verwendet worden, hätte sich der Schuldenstand Bremens mit Ablauf des Jahres 2000 um zusätzliche 12,4 Milliarden DM erhöht, was rechnerisch einer jährlichen Zinsbelastung von 757 Millionen DM und einem Schuldenstand von 21 300 DM je Einwohner entsprechen würde. Ich denke, diese Größenordnungen dokumentieren nachdrücklich, dass die Sanierung der bremischen Haushalte allen Relativierungen der Opposition zum Trotz mit raumgreifenden Schritten vorankommt.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(C) Meine Damen und Herren, alle diese Fakten belegen eines ganz eindeutig: Bei der großen Aufgabe der Rückführung des konsumtiven Defizites sind der Senat und die ihn tragenden Koalitionsfraktionen ihrer von den Bürgerinnen und Bürgern übertragenen Verantwortung für das Land Bremen in vollem Umfang gerecht geworden. Seit Übernahme der Regierungsverantwortung konnten die konsumtiven Ausgaben um jährlich 0,4 Prozent gesenkt werden, ein Wert, der in den letzten 30 Jahren der Geschichte unseres Landes seinesgleichen sucht.

(Beifall bei der CDU)

Zur Erinnerung! Als sich ein Teil dieses Hauses, der heute aus der Opposition heraus Kritik an der Finanzpolitik des Senats artikuliert, in der Regierungsverantwortung befand, stiegen die konsumtiven Ausgaben jährlich immerhin durchschnittlich um vier Prozent. Es haben sich also nur das Komma und das Vorzeichen verändert. Wir haben jetzt eine Absenkung um 0,4 Prozent und nicht ein Wachstum von vier Prozent.

(D) Meine Damen und Herren, es wäre aber zur kurz gegriffen, wollte man den Begriff der Sanierung Bremens allein auf die Beseitigung des konsumtiven Defizits verengen. Kein konsumtives Defizit mehr aufzuweisen, was wir bis zum Jahr 2005 anstreben, bedeutet zunächst nur, alle laufenden Ausgaben aus laufenden Einnahmen bestreiten zu können. Eine nachhaltige Finanzpolitik ist mehr als die Überwindung der bestehenden extremen Haushaltsnotlage.

Die Eigenständigkeit Bremens auch für die Zukunft zu sichern heißt, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Stadtstaates, die trotz der finanz- und wirtschaftspolitischen Fehlentscheidungen der Vorgängerregierungen stadtstaatenbedingt noch ein überdurchschnittliches Niveau aufweist, konsequent auszubauen. Parallel dazu gilt es, die finanzpolitischen Verwerfungen zuungunsten Bremens auszugleichen, die durch die Benachteiligung unseres Landes bei dem geltenden System der Steuererlegung und der Umsatzsteuerverteilung entstehen.

Diese Defizite führen dazu, dass trotz unserer hohen Wirtschaftskraft die Steuerkraft niedrig ist und damit den wirtschaftlichen Realitäten unseres Landes nicht entspricht. Ich sage aber auch genauso deutlich, politische Mehrheiten für eine Beseitigung dieser Ungerechtigkeiten gibt es zurzeit nicht. Ich hätte sie gern, aber sie sind nicht da, und sie sind parteipolitisch unabhängig nicht da. Ich hoffe, dass es uns irgendwann gelingt, Mehrheiten dafür zu bekommen. Es gibt eine große Diskrepanz zwischen Wirtschafts- und Finanzkraft, und damit leben wir seit sehr langer Zeit. Ich hoffe, dass es uns gelingt, mehr Länder zu gewinnen, die mit uns gemeinsam dieses Problem auflösen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(A) Meine Damen und Herren, ich habe heute gerade eine Pressemitteilung des Statistischen Landesamtes Bremen bekommen, in der es die Länderwerte im Wirtschaftswachstum für das erste Halbjahr 2001 mitteilt. Der Bundesdurchschnitt liegt dabei bei einem Wachstum von 1,0 Prozent in diesem Jahr bis Ende Juni. Auf Platz eins liegt das Land Hessen mit 2,1 Prozent, auf Platz zwei Baden-Württemberg mit 2,0 Prozent, auf Platz drei liegt Hamburg mit 1,6 Prozent, und auf Platz vier liegt Bremen mit 1,5 Prozent. Ich finde es ganz schön, Bayern liegt bei 1,2 Prozent, Nordrhein-Westfalen bei 0,7, Rheinland bei 1,0 und – ich will jetzt die neuen Länder gar nicht zitieren – Schleswig-Holstein bei 0,2 Prozent.

Ich denke, hier zeigt sich, dass es uns wieder gelungen ist, ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum zu erreichen, das uns vom Bundesdurchschnitt abhebt und uns natürlich Sanierungschancen einräumt, denn das lassen Sie mich in aller Unmissverständlichkeit sagen: Die Sanierung des Landes Bremen ist nicht vorrangig ein fiskalisches Problem, sondern die Sanierung des Landes Bremen ist vorrangig eine Problemstellung, die sich mit wirtschaftlichem Strukturwandel, mit Infrastruktur und im Grunde genommen mit der Wettbewerbsfähigkeit der beiden Standorte Bremen und Bremerhaven im Verhältnis zu unseren Wettbewerbern orientieren muss. Die fiskalische Seite ist dabei nicht zu unterschätzen, aber wir müssen diese Modernisierung und die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit beider Standorte auch in den folgenden Jahren fest im Blick behalten und haben deshalb keine Veranlassung, diese Politik zu verändern.

(B) Meine Damen und Herren, genau hier an dieser Problematik setzt die Sanierungspolitik des Sparens und Investierens des Senats an, die eine konsequente Umsetzung des unter der Überschrift „Innovation und Sanierung“ stehenden Reformprogramms der Freien Hansestadt Bremen darstellt. Die Zielsetzung der wachstumsorientierten Komponenten der bremischen Sanierungspolitik ist klar: Es gilt, in absehbarer Zeit den früher entstandenen ökonomischen Wachstumsrückstand Bremens gegenüber dem übrigen Bundesgebiet aufzuholen. Dazu müssen wir eine nachhaltig verbesserte öffentliche Infrastruktur anbieten, die die Investitions- und Produktionsbereitschaft insbesondere der kleinen und mittelständischen Betriebe innerhalb der bremischen Grenzen fördert, so dass wir über die steuerlichen Einnahme- und entlastenden Ausgabeneffekte, die mit einer steigenden Wirtschaftskraft erreicht werden, die dauerhafte Stabilisierung der Haushalte und damit auch die Wettbewerbsfähigkeit Bremens sichern.

Dabei muss jedem bewusst sein, dass dieser Prozess einen langen Atem verlangt. Die ökonomischen Erfolge stellen sich nicht über Nacht ein, denn die eigentlichen Wachstumsimpulse insbesondere des Investitionssonderprogramms folgen nicht aus der

Realisierung der Infrastrukturmaßnahmen und -projekte selbst, sondern natürlich mit entsprechender zeitlicher Verzögerung in erster Linie durch die von ihnen auszulösenden Impulse im privatwirtschaftlichen Sektor.

Das Erfordernis eines langen Atems und eines stabilen Durchhaltevermögens birgt natürlich auch das Risiko verstärkter – und was durchaus nachvollziehbar ist – auch politisch motivierter Zweifel an der Sinnhaftigkeit und den Erfolgsaussichten des wachstumsorientierten Teils unseres Sanierungsprogramms. Den Kritikern halte ich aber entgegen, eine konsequente Durchführung wirtschafts- und finanzkraftstärkender Maßnahmen ist für eine dauerhafte Sanierung und Stabilisierung unserer Haushalte absolut alternativlos.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Es sind erneut die Zahlen, die uns bestätigen: Das positive Gesamtbild der zur Beschreibung der bremischen Wirtschaftslage zur Verfügung stehenden Indikatoren hat sich trotz schwieriger konjunktureller Rahmenbedingungen im Bundesgebiet auch in 2001 verfestigt, in einzelnen Teilbereichen sogar deutlich aufgeheitert. Die letzten Schätzdaten vom August zu den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten weisen einen Anstieg von mehr als 1,4 Prozent aus. Dieser Monatswert mag bei einzelnen Skeptikern als Ausreißer gelten. Tatsache ist aber, dass wir auch im gesamten Jahr 2000 knapp 8000 zusätzliche Arbeitsplätze gewinnen konnten. Nicht berücksichtigt bei diesem Wert sind die durch unsere Aktivitäten gesicherten Arbeitsplätze.

Bremens Fortschritte auf dem Weg der Sanierung werden auch an dieser für alle Beteiligten existentiell wichtigen Kerngröße der Arbeitsplätze sichtbar, doch es gibt auch andere Erfolgsindikatoren:

Die Umsätze im verarbeitenden Gewerbe sind bis Mai 2001 gegenüber dem Vorjahr um 8,4 Prozent gestiegen, der Seegüterumschlag in den bremischen Häfen um erneut insgesamt 6,6 Prozent, der Containerumschlag trotz seines ohnehin schon sehr hohen Niveaus sogar um 12,7 Prozent. Ähnliche Erfolge haben wir auch im Tourismussektor zu verzeichnen, was gleichfalls ein Indiz für die gestiegene Attraktivität insbesondere der Stadt Bremen ist. Sie kennen die Zahlen mit einem hohen Niveau von 1,2 Millionen Übernachtungen., und ich denke, dass wir auch beim Gastgewerbe im Durchschnitt der Monate dieses Jahres wieder ein Wachstum von etwa zwei Prozent erwarten können.

Dies alles zeigt, dass der eingeschlagene Kurs richtig ist. Es ist daher nur folgerichtig, dass die Ihnen jetzt für die weitere Beratung vorliegenden Entwürfe nahtlos an den von uns eingeschlagenen Weg anknüpfen. Sie basieren auf den Eckwertbeschlüssen des Senats vom 6. März 2001 und berücksichti-

(C)

(D)

(A) gen die Ergebnisse der Steuerschätzung vom Mai 2001.

Trotz derzeit schwieriger konjunktureller Rahmenbedingungen sind sie wie die Vorgängerhaushalte auch streng am Ziel der Verfassungskonformität der bremischen Haushalte im Jahr 2005 sowie den Anforderungen des Sanierungssicherstellungsgesetzes orientiert, das Legislative wie Exekutive der Freien Hansestadt Bremen bindet. Sie setzen auf den Ergebnissen des laufenden Haushaltsjahres auf, die ebenfalls auf dem Sanierungspfad liegen werden, denn der vor Ihnen liegende Entwurf für einen Nachtragshaushalt 2001 spiegelt nicht etwa eine Abweichung von ursprünglichen Zielsetzungen wider. Die Notwendigkeit seiner Vorlage hat sich vielmehr allein aus der Steuerreform des Jahres 2000 ergeben, der die Freie Hansestadt Bremen aus gesamtstaatlicher Verantwortung zugestimmt hat.

Die aus der Steuerreform zu erwartenden Steuermindereinnahmen konnten bei den Haushaltsberatungen im Frühjahr des Jahres 2000 noch nicht berücksichtigt werden. Die steuerreformbedingten Einnahmeausfälle in Höhe von 220 Millionen DM müssen daher im laufenden Haushalt über eine weitere Kreditaufnahme finanziert werden, was den Ihnen vorliegenden Entwurf erforderlich macht. Da sich im Verlauf des Jahres 2001 jedoch noch einige Veränderungen bei den zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben mit einem positiven Saldo von 19 Millionen DM ergeben haben, ist es uns gelungen, das Volumen des Nachtragshaushalts auf 201 Millionen DM zu begrenzen.

(B) Meine Damen und Herren, was den Umgang mit den aus der Steuerreform des Jahres 2000 resultierenden Steuermindereinnahmen angeht, ist festzustellen, dass die Freie Hansestadt Bremen hier zunächst nur in Vorlage für den Bund geht. Es gilt nach wie vor die Zusage der Bundesregierung, dass sanierungsbedrohende Verschlechterungen der bremischen Haushalte weder durch die aus der Steuerreform eintretenden Steuermindereinnahmen noch durch die Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs, auf den ich später noch einmal eingehen werde, eintreten dürfen. Angesichts des Ergebnisses, das die Freie Hansestadt Bremen bei den Verhandlungen zum Finanzausgleich erzielen konnte, besteht für den Senat kein Zweifel daran, dass der Bund seine Zusagen punktgenau einhalten wird.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Klar ist aber auch, dass im Jahr 2001 die vom Finanzplanungsrat vorgegebene Einhaltung der Obergrenze der konsumtiven Zuwachsrates von plus 1,5 Prozent strikt einzuhalten ist. Der Senat wird daher die weitere Ausgabenentwicklung sorgfältig beobachten und die zur Einhaltung der Obergrenze gegebenenfalls erforderlichen Maßnahmen ergreifen.

Meine Damen und Herren, ein Blick auf die Daten für die Haushalte 2002 und 2003 belegt, dass wir unserer Verantwortung für die Sanierung Bremens gerecht werden. Für das Jahr 2002 sind bereinigte Gesamtausgaben in Höhe von 7,69 Milliarden DM, für 2003 von 7,65 Milliarden DM veranschlagt. Gemessen am Ansatz des Jahres 2001 bedeutet dies Ausgabenkonstanz im Jahr 2002 und für 2003 einen Rückgang von 0,5 Prozent. Die Planung für den Bereich der konsumtiven Ausgaben sieht für das Jahr 2002 ein Volumen von 6,32 Milliarden DM vor, was gegenüber 2001 einen Rückgang von 2,2 Prozent bedeutet, für das Jahr 2003 ein Volumen von 6,28 Milliarden DM, und das bedeutet einen weiteren Rückgang um 0,4 Prozent.

Gleichzeitig realisieren wir in den Jahren 2002 und 2003 deutlich höhere Investitionsanteile. Konkret heißt das, dass wir für 2002 eine Investitionsquote einschließlich ISP von 17,8 Prozent und für 2003 von 17,7 Prozent aufweisen können. Dies ist bundesweit deutlich überdurchschnittlich. Das Gesamtvolumen für Investitionen wird sich im Jahr 2002 auf 1,38 Milliarden DM belaufen. Dieser Spitzenwert wird auch im Jahr 2003 nahezu gehalten. Der Bund selbst plant für 2002 lediglich eine Investitionsquote von 11,3 Prozent und für 2003 von 11,1 Prozent. Wir sind uns sicher, dass wir an unserer Wettbewerbsfähigkeit mit diesen Investitionen auch in Zukunft auf hohem Niveau weiterarbeiten müssen.

(D) Meine Damen und Herren, von einem Kaputtsparen, wie man es gelegentlich hört, kann dabei keine Rede sein. Lassen Sie mich dies durch einige Beispiele konkret belegen! Über einen Kontrakt mit dem Sozialressort wird der Bereich Kindertagesbetreuung bis zum Jahr 2005 geregelt. Dabei geht es vor allem darum, den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz finanziell abzusichern. Dies erfordert in den Jahren 2002 und 2003 einen zusätzlichen Bedarf von 24 Millionen DM, der insbesondere durch Rücklagenentnahmen gesichert wird, die auf eine Haushaltsverbesserung bei den Sozialleistungen in den Jahren 1999 und 2000 sowie im laufenden Jahr zurückzuführen sind. Ein noch fehlender Betrag von einer Million DM wird durch entsprechende Angebotssteuerung und durch den internen Ausgleich im Ressort dargestellt.

Auf diese Art und Weise erreichen wir schon für das Kindergartenjahr 2001/2002 gemessen an der Nachfrage einen Versorgungsgrad von 99,1 Prozent, und damit nimmt die Stadt Bremen im Bundesvergleich den absoluten Spitzenplatz in der Versorgung mit Kindertagesheimplätzen ein. Ich denke, das muss in einem Haushaltsnotlageland auch einmal öffentlich dargestellt werden.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Auch im Bereich der Schulen zeigt sich unsere Politik des Augenmaßes. Klar ist, dass bei den Sanie-

(A) rungserfordernissen kein Bereich von den Konsolidierungsnotwendigkeiten ausgenommen werden kann. Gleichwohl entspricht die Schüler-Lehrer-Relation in Bremen im laufenden Schuljahr exakt dem Länderdurchschnitt. Ich denke, auch dies ist eine Leistung, die für ein Haushaltsnotlageland nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Es bedarf schon besonderer Argumente gegenüber den Bundesländern mit einer unterdurchschnittlichen Versorgung, die sich trotz haushaltsmäßiger Normallage diesen Standard nicht leisten.

Unsere Bemühungen, zu konsolidieren, ohne das Leistungsangebot in unvertretbarer Weise einzuschränken, zeigen sich auch im Bereich der Bremer Straßenbahn AG. Sie wissen, dass unter dem Aufsichtsratsvorsitz von Staatsrat Dannemann hier eine ganze Reihe von Maßnahmen durchgesetzt worden ist und dass wir uns mit einem ganzen Paket von Maßnahmen in den nächsten Jahren von ursprünglich 170 Millionen DM Defizit auf 138 Millionen DM herunterarbeiten. Das ist anstrengend, es ist aber auch zwingend, dass wir dies tun, um die BSAG auf eine Liberalisierung der Verkehrsmärkte rechtzeitig vorzubereiten und die Weichen so zu stellen, dass die BSAG ihre Arbeitsplätze genauso sichern kann, wie sie ihre Wettbewerbsfähigkeit für die Zukunft erhält.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(B) Meine Damen und Herren, bei Aufstellung der Entwürfe für die Jahre 2002 und 2003 hat der Senat bewusst davon abgesehen, bereits zu diesem Zeitpunkt das maximal mögliche konsumtive Ausgabevolumen auf die Ressorts zu verteilen. Vielmehr wurde für beide Jahre ein Betrag von insgesamt 65 Millionen DM zunächst global eingestellt. Dies geschah vor dem Hintergrund der Notwendigkeit, den Umbauprozess der bremischen Verwaltung nicht nur mit dem Ziel gesteigerter Effizienz und Bürgerorientierung, sondern vor allem vor dem Hintergrund des Ziels verfassungskonformer bremischer Haushalte in 2005 aktiv zu fördern. Es bleibt daher den weiteren parlamentarischen Beratungen vorbehalten, unter Berücksichtigung der von den Ressorts entwickelten Ressortstrategien, unter Wahrung der Rahmensetzung des Sanierungssicherstellungsgesetzes, eine abschließende Entscheidung über die Aufteilung dieser Mittel vorzunehmen.

Meine Damen und Herren, auf der Einnahmenseite prognostizieren wir Einnahmen in Höhe von 5,87 Milliarden DM und in 2003 von 5,95 Milliarden DM. Klar ist aber, dass wir nicht zuletzt vor dem Hintergrund der aktuellen weltweiten Entwicklung unserer besonderen Augenmerk auf die Steuerschätzung im November legen müssen, um eventuellen, sich aus ihr für den Sanierungskurs ergebenden Notwendigkeiten im weiteren Verfahren Rechnung zu tragen.

Es sieht nicht so aus, als würden wir im Jahreschnitt 2001 ein bundesweites Wachstum von 1,0 Prozent, wie wir es im ersten Halbjahr hatten, zwangsläufig sicherstellen können. Heute ist aber bereits erkennbar, dass die Inflationsrate schon im August bei 2,6 Prozent liegt. Natürlich kann man nicht davon ausgehen, dass wir, wenn die Inflationsrate nahezu dreimal so hoch ist wie das Wachstum, daraus einen drastischen Anstieg im Konsum und bei den Investitionen erwarten können. Deshalb müssen wir uns auch darauf einstellen, dass wir die Ergebnisse der Steuerschätzung rechtzeitig einarbeiten.

Meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit der Haushaltsaufstellung möchte ich Sie von einem Novum unterrichten. Die Ihnen vorliegenden Haushaltsentwürfe sind nicht nur erstmalig in Euro gerechnet, sondern sie sind auch vollständig mit der Software SAP/R 3 aufgestellt worden. Das war auch für uns ein kompliziertes Verfahren. Auch hier nimmt die Freie Hansestadt Bremen eine Vorreiterrolle ein, denn als erstes Land verwenden wir eine betriebswirtschaftlich orientierte Software zur Haushaltsaufstellung.

An dieser Stelle darf ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Hauses, die hieran beteiligt waren, ein herzliches Wort des Dankes sagen.

(Beifall)

(D) Die Modernisierungsleistung, die wir gerade im Bereich der Verwaltungsmodernisierung und der Erneuerung der Haushaltsverfahren bei uns zu leisten haben, fordert die Mitarbeiter bis an die Grenze. Ich weiß, dass dies auch in anderen Ressorts der Fall ist, und ich denke, wir können froh sein über diese hohe Loyalität unserer Mitarbeiter. Ich weiß auch um die Kraft und das Engagement, die in der zurückliegenden Zeit erforderlich waren, um alle diese Projekte auf den Weg zu bringen.

Meine Damen und Herren, die Einführung der Budgetierung, der dezentralen Ressourcenverantwortung, die flächendeckende Einführung eines integrierten Rechnungswesens, die Kosten- und Leistungsrechnung, dies alles sind, um nur einige Elemente zu nennen, Etappen in einem Prozess, an dessen Ende ein modernes, effizientes, transparentes und bürgernahes Dienstleistungsunternehmen Stadt stehen wird, das auch in Zukunft die Versorgung unserer Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Dienstleistungen garantieren wird. Mit Projekten wie Media@Komm, Bürgerservicecenter Mitte in der Pelzerstraße, den Dienstleistungszentren Vegesack und Horn-Lehe, der Einrichtung einer Neubürgeragentur sowie dem Aufbau von Sozialzentren werden bürgerdienstleistungen geschaffen. Damit geben wir die richtigen Antworten auf die Erfordernisse der Zukunft.

(A) Kein anderes Bundesland hat sich in der Vergangenheit zugetraut, über einen so langen Zeitraum, wie ihn die Sanierungsphase unseres Landes darstellt, Einschränkungen im konsumtiven Haushalt vorzunehmen. Wir wissen, dass die am Anfang der bremischen Haushaltssanierung zu verzeichnende extreme Haushaltsnotlage des Landes, deren Abbau besonders mit Beginn der großen Koalition in Angriff genommen wurde, uns hierzu gar keine Wahl gelassen hat und auch lässt, und wir wissen auch, dass das Erreichen des Sanierungsziels im Jahr 2005 uns allen, Senat wie Bürgerschaft, noch sehr viel harte Arbeit abverlangt wird.

Der Weg zur Befreiung aus der extremen Haushaltsnotlage ist nicht ohne Risiken. Zwar gilt die Zusage des Bundes, durch entsprechende Ausgleichs ein erneutes Abgleiten Bremens in eine Haushaltsnotlage infolge von Einnahmeausfällen aus der letztjährigen Verabschiedung der Steuersenkungsgesetze zu vermeiden, neuen Versuchen, das Leistungsspektrum und die Kostenverteilung zwischen den Gebietskörperschaften weiter zuungunsten der Länder und Gemeinden auszuweiten oder umzuverteilen, kann die Freie Hansestadt Bremen allerdings nicht mehr mit zusätzlichen Eigenanstrengungen begegnen. Deshalb müssen wir hier natürlich auch mit möglichst einer Mehrheit der Länder dafür Sorge tragen, dass eine finanzielle Schlechterstellung der Länder im Verhältnis zum Bund nicht erfolgt.

(B) Meine Damen und Herren, wir bewegen uns mit unserem Sanierungskurs ganz unzweifelhaft an der Grenze des Leistbaren. Umso verständlicher ist es für mich daher, dass der Rechnungshof alle Anstrengungen unternimmt, diesen Konsolidierungsdruck durch überzogene Forderungen aus unserer Sicht zusätzlich zu erhöhen. Obwohl die Freie Hansestadt Bremen als Land mit extremer Haushaltsnotlage hinsichtlich der Abgrenzung konsumtiver Gestaltungsspielräume bereits wesentlich konsequenter agiert als die übrigen Bundesländer und der Bund, hält der Rechnungshof hier eine weitere Verschärfung für dringend geboten. Ein Land, ein Senat, vor allem aber das über die Haushalte entscheidende Parlament werden damit für ein Verhalten kritisiert, das im Vergleich zu fast allen Gebietskörperschaften des übrigen Bundesgebiets trotz der besonders ungünstigen Ausgangslage als vorbildlich einzustufen ist.

Ich bitte um Verständnis, dass ich diese Haltung des Rechnungshofs – sie läuft im Übrigen auf eine Verdoppelung unserer Sparanstrengungen bis 2005 hinaus – nur schwer nachvollziehen kann. Deshalb wird der Senat dazu auch noch eine sehr ausführliche Stellungnahme erarbeiten müssen. Ich glaube, dass wir nicht kaputtsparen. Ich glaube aber, dass wir die Sparschraube nicht beliebig anziehen können, ohne dass es auch zu schweren Schäden in unserer Sozialstruktur und in unserer Bildungsstruktur kommen kann.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(C) Deshalb werden wir einen vernünftigen Mittelweg gehen müssen, das Sanierungsziel fest im Auge zu haben, aber natürlich den Patienten nicht zu beschädigen, den wir zur Gesundheit bringen wollen.

Meine Damen und Herren, ein besonderer Schwerpunkt innerhalb der zur Erreichung der Haushaltssanierung notwendigen Aktivitäten werden auch zukünftig zweifellos die Bemühungen um die Stadt Bremerhaven darstellen. Sie alle wissen, dass die Seestadt in einer besonders kritischen Ausgangslage steckt, die insbesondere durch die angespannte Arbeitsmarktsituation und die anhaltend hohen Einwohnerverluste der Stadt geprägt ist. Ich übertreibe nicht, wenn ich sage, dass die Sanierung des Stadtstaatenhaushalts nur gelingen kann, wenn die Probleme Bremerhavens von uns allen wirkungsvoll und dauerhaft gelöst werden.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Der Senat ist sich dieser Verantwortung gegenüber der Seestadt sehr bewusst und hat die schon in der Koalitionsvereinbarung vorgesehene besondere Behandlung Bremerhavens, die sich in überproportionalen einwohnerbezogenen Transferzahlungen des Landes widerspiegelt, konsequent durchgehalten. Durch eine bedarfsgerechte Neuorientierung und Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs ab dem Jahr 2002 und durch eine weitere Intensivierung der Investitionsleistungen für Bremerhaven, die demnächst in einem Strukturentwicklungskonzept für die Stadt gebündelt werden sollen, wird dieser Kurs der besonderen Förderung in den kommenden Jahren fortgesetzt und intensiviert.

Lassen Sie mich abschließend nach der Bilanz des bisherigen Sanierungszeitraums, nach Einordnung der vorliegenden Haushaltsentwürfe für den Doppelhaushalt in die längere Haushaltskonsolidierung und nach Beleuchtung des Sanierungspfades bis zum Jahr 2005 noch einen Blick in die etwas fernere Zukunft der bremischen Haushaltsentwicklung werfen!

(D) Während das in extremer Haushaltsnotlage befindliche Land Bremen als Zwischenschritt der Sanierung bis zum Jahr 2005 zunächst Verfassungskonformität durch Abbau des konsumtiven Finanzierungsdefizits im Haushalt anstrebt, formulieren der Bund und einzelne wirtschaftlich starke Bundesländer für sich aktuell bereits deutlich weitergehende Zielsetzungen. Einige finanzstarke Länder sehen zwischenzeitlich sogar einen vollständigen Verzicht auf Nettokreditaufnahme vor. Lassen Sie mich dies in aller Deutlichkeit sagen: Bremen kann diesen Weg noch nicht mitgehen! Das ist völlig absurd! Ich empfinde es als unerträglich, dass immer wieder mit Hinweisen auf die bis zum Jahr 2005 wieder zunehmende Verschuldung des Landes ein Scheitern des Sanierungskurses unterstellt wird. Solche Aussagen zeugen von enormer Unkenntnis der tatsächlichen Zusammenhänge und stellen eine Diffamierung al-

- (A) ler derjenigen dar, die sich vorbehaltlos und mit nachweisbarem Erfolg um die Erreichung der Sanierungsziele bemühen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Selbstverständlich wird sich der Schuldenstand des Stadtstaates in den kommenden Jahren bei rückläufigen Sanierungszahlungen wieder erhöhen. Das Zwischenziel des Haushaltsnotlagelandes Bremen besteht allerdings darin, und ich betone das noch einmal, dass ab dem Jahr 2005 nicht mehr konsumtive, sondern verfassungskonform nur noch investive Ausgaben über Kredite finanziert werden. Die Erreichung dieses durch das Sanierungssicherungsgesetz abgesicherten Zieles wäre für Bremen ein riesiger Erfolg, und wir sollten ihn nicht kleinreden, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

- (B) Mit dem Ihnen bereits bekannten Ergebnis, das die Freie Hansestadt Bremen bei den Verhandlungen zur Neuordnung des Länderfinanzausgleichs erzielen konnte, haben wir einen Beitrag dazu geleistet, dass Bremen bei konsequenter Einhaltung des beschrittenen Weges der Sanierung nicht mit Pessimismus in die Zukunft blicken muss. Das vereinbarte System des bundesstaatlichen Finanzausgleichs, das bis zum Jahr 2019 Geltung haben soll, schafft ein gutes Stück Planungssicherheit für die Einnahmenseite unserer Haushalte, denn insgesamt konnte ein Ergebnis erzielt werden, das für das Land Bremen den höchsten Zugewinn pro Kopf aller Bundesländer verspricht.

Darüber hinaus wird das neue Finanzausgleichssystem mehr als das alte System Steuermehreinnahmen belohnen und zu höheren Einnahmen führen als das alte System. Das bedeutet, dass unser Weg der Stärkung der Wirtschaftskraft und Finanzkraft in Zukunft stärker durch die Neuorientierung des Länderfinanzausgleichs positiv begleitet wird. Ein Beispiel: Während von einer Million DM vom Land und seinen Städten mehr eingenommener Lohn- und Einkommensteuer im bisherigen System 15 Prozent nach Finanzausgleich im Land Bremen verbleiben – 15, nicht 50 Prozent! –, werden es jetzt in dem neuen System 24 Prozent sein. Darüber bin ich sehr froh, denn dieser sechzigprozentigen Erhöhung des Selbstbehalts bei den Steuereinnahmen werden unsere Anstrengungen, durch überdurchschnittliche Investitionsleistungen die Wirtschaftskraft zu stärken, wirklich honoriert.

Nun lassen Sie mich abschließend feststellen: Wenn wir es mit dem Gestaltungsauftrag für die Zukunft unseres Landes ernst meinen, dann sehe ich zu dem eingeschlagenen Weg, nicht, weil ich ein Pharisäer sein möchte, keine wirklich vernünftige Alternative. Wir werden weiter sparen müssen, und

wir werden weiter überdurchschnittlich in Innovation, Modernisierung und Wettbewerbsfähigkeit unserer Standorte investieren müssen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(C)

(Starker Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jubeln ist ja in Bremen zur vaterländischen Pflicht geworden, ohne uns, und diese Botschaft haben alle Ihre Reden zum Haushalt und zur Sanierung Bremens gemeinsam, Herr Senator Perschau! Heute gab es noch – nein, die gibt es eigentlich immer! – ein paar vorseilende Hiebe gegen die Grünen und neuerdings auch gegen den Rechnungshof. Damit zeigt der Senat vor allem eines: Faktenkritik und Nachfragen bringen uns vom angeblich guten Weg ab. Der gute Weg ist natürlich der der großen Koalition, Sie haben hier ja wieder den Unsinn von der alternativlosen Politik erzählt, und je unangenehmer die Zahlen und Fakten, je deutlicher sich abzeichnet, dass die Ziele der großen Koalition – nämlich ein Paket aus Schuldentilgung, Steigerung der Wirtschaftskraft und Finanzkraft und damit der Steuereinnahmen und Senkung der konsumtiven Ausgaben – so nicht erreicht werden, desto beschwörender werden Ihre Reden.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wem der Blick in unsere brummenden Straßen nicht genügt, weil er sich Gedanken über die finanzielle Zukunft unseres Gemeinwesens macht, kommt auf der Basis der vom Senat und vom Statistischen Landesamt vorgelegten Zahlen schlicht und einfach zu Ergebnissen, die Anlass zur Nachdenklichkeit und zu Korrekturen, wie ja auch von der SPD-Fraktion gefordert, des von Ihnen eingeschlagenen Sanierungsweges geben.

In den Sanierungsjahren 1995 bis 2000 blieb das Wirtschaftswachstum in Bremen um 0,5 Prozent hinter dem Durchschnitt der alten Bundesländer zurück. Die Zahl der Arbeitsplätze war um 1,2 Prozentpunkte niedriger als im Durchschnitt der alten Bundesländer und die Zahl der Einwohnerinnen um 0,8 Prozent, und Sie, Herr Senator Perschau, senden immer nur eine Botschaft aus: wunderbar, weiter so, möglichst noch weit über das Jahr 2003 hinaus!

Neuerdings räumen Sie auch ein, dass man einen langen Atem braucht, nur leider wird der Atem immer länger. Die Schulden Bremens und Bremerhavens betragen Ende des Jahres 2000 18,2 Milliarden DM. Dazu muss man nur die 200 Millionen DM des Nachtragshaushalts, der hier heute beschlossen werden soll, und die von Ihnen im Jahr 2002 und

- (A) 2003 geplante Kreditaufnahme von 622 Millionen DM beziehungsweise 702 Millionen DM hinzurechnen. Das zusammengerechnet sind schon wieder fast 20 Milliarden DM bremische Schulden. Bremen hat schon am Ende des nächsten Jahres mehr Schulden als zu Beginn des Sanierungszeitraums.

Sie loben hier die gesunkene Zinssteuerquote, aber das ist ja nun wirklich kein Kunststück, schließlich hat Bremen bisher über 13 Milliarden DM Sanierungshilfen erhalten. Selbstverständlich wäre es korrekt, die Zinsen aus der Kapitaldienstfinanzierung mit in die Zinssteuerquote einzurechnen. Dann liegt sie, da teilen wir die Aussagen des Rechnungshofs, bei 22,1 Prozent, Tendenz steigend. Einzig bei der Absenkung der Personalausgaben erreichen Sie wirklich ihre gesteckten Ziele. Mit den sehr ungleichen Folgen in der bremischen Verwaltung setzt sich der Senat aber offenkundig nicht mehr auseinander.

Dass in den ausgelagerten Betrieben, also Ihren vielen Gesellschaften, die die CDU-Fraktion so ungern kontrolliert haben möchte, das Beschäftigungsvolumen um fast acht Prozent gesunken ist, die Personalkosten aber nur um 1,2 Prozent, bestätigt nur, was alle wissen: Die Gesellschaften gibt es auch, damit wir Häuptlinge besser und Reinigungskräfte schlechter bezahlen können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- (B) Obwohl die Steuereinnahmen im Jahr 2000 um 8,8 Prozent unter den Einnahmen des Jahres 1999 lagen, geht die Finanzplanung des Senats weiter tapfer von steigenden Einnahmen aus. Auch hier wird Sie die Wirklichkeit einholen! Sie wollen es einfach nicht wahrhaben, dass Ihre Politik die Einnahmen Bremens nicht gesteigert hat, im Gegenteil, auch wegen des nach wie vor vorhandenen Verlustes der Bevölkerung sinken sie sogar.

Der finanzpolitische Trick, die Finanzplanung mit der neuen Kategorie „Ansprüche gegenüber dem Bund“ zu schönen, ist ja menschlich leicht nachzuvollziehen. Die Zustimmung Bremens zur Steuerreform der rotgrünen Bundesregierung wurde durch den Schröder-Brief zum Erfolg der großen Koalition hochgehjubelt. Es ist richtig, dass der Bundeskanzler Bremen Zusagen über die Erstattung von Steuerausfällen wegen der Steuerreform gemacht hat. Steuerausfälle, die konjunkturbedingt sind oder zum Beispiel auf den Verzicht von Gewerbesteuern zurückzuführen sind, können damit schwerlich gemeint sein. Deshalb sind diese 1,1 Milliarden DM, die Sie in die Finanzplanung bis zum Jahr 2005 eingestellt haben, ein völlig ungedeckter Wechsel. Der Betrag wurde schlicht und einfach deshalb so hoch in die Planung aufgenommen, weil Sie nur so hoffen können, dass Ihnen noch jemand ein paar Monate glaubt, es könnte gelingen, im Jahr 2005 einen verfassungskonformen und haushaltsrechtlich einwandfreien Haushalt vorzulegen.

(C) Eine letzte Betrachtung zu Ihrem Zahlenwerk möchte ich den von Ihnen so hochgelobten Investitionsausgaben widmen! Die Position des Rechnungshofs, Einkünfte aus Vermögensveräußerungen müssten von der Investitionsquote abgezogen werden, ist finanzpolitisch richtig, das müssten Sie eigentlich einräumen, ansonsten ist es für alle, die hier regieren, eher unangenehm. Wir kritisieren auch ausdrücklich, dass nach wie vor Zinsen für Projekte des Investitions Sonderprogramms aus dem Kapitaldienstfonds als Investitionen verbucht werden. Ansonsten wird auch für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 gelten, dass die tatsächlich getätigten Investitionen deutlich niedriger liegen werden als die im Haushalt von Ihnen veranschlagten. Das war in allen letzten Jahren so, das gehört mit in die Abteilung Reklamepolitik.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was folgt aus dieser Analyse? Die Lage ist nach wie vor sehr schwierig. Es ist keine entspannte Haushaltslage in Sicht, das können Sie hier noch so oft erzählen. Das Ziel, im Jahr 2005 einen verfassungskonformen Haushalt vorzulegen, können Sie ohne gravierende Verstöße gegen geltendes Haushaltsrecht und ein Kaputtsparen der Stadt nicht erreichen. Wir fordern Sie auf, das endlich einzuräumen. Auch wenn Ihnen dann die Exklusivbegründung für die große Koalition abhanden kommt, gewinnt man etwas anderes dafür, nämlich Spielräume für Politik. Man muss sich dann nicht mehr sklavisch an den Investitionsbegriff des Haushalts ketten, der nicht zulässt, dass Investitionen in die Lebensqualität unserer Städte über Kredite finanziert werden, obwohl gezielte Maßnahmen, Einwohnerinnen und Einwohner zu werben, sich sofort auch finanziell niederschlagen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D) Man muss dann auch nicht mehr jede Investition in zweifelhafte Projekte gut finden. Die finanziellen Folgen finden wir in den Haushalten vor, obwohl es eben in vielen Fällen keinen Nachweis der steuer- und finanzkraftstärkenden Effekte gibt. Verabschieden Sie sich von der Rennbahn für Herrn Jacobs, so sparen Sie 28 Millionen DM plus Zinsen in den nächsten Jahren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Verabschieden Sie sich von der Rennbahn, und erhalten Sie ein Naherholungsgebiet! Stecken Sie nicht allein aus symbolischen Gründen sechs Millionen DM in die Wache Sandstraße ohne überzeugendes Nutzungskonzept, und übergeben Sie das Weserstadion an Werder Bremen, dann kann der Fußballclub

- (A) den Stadionausbau auch ohne die öffentliche Hand finanzieren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ihre Finanzplanung wird ständig geschönt und ebenso oft korrigiert. Diese Zahlen bilden aber nicht die Zukunft ab. Sie werden so aufgestellt, damit rechnerisch im Jahr 2005 das Ergebnis stimmt, verfassungskonformer Haushalt. Abgesehen davon, dass Sie dieses Ziel nicht erreichen können, ohne Bremen kaputtzusparen, sagen die vorgelegten Haushalte wenig über Zukunftsprojekte von Politik aus. Keine Idee davon, was an Dienstleistungen in unserem Bundesland morgen nötig wird, keine Vorstellungen, welche Investitionen in welche Schwerpunkte mit welchem Ziel erforderlich sind! Sparen und Investieren ist zum Selbstzweck geworden, koste es, was es wolle!

Dass Sie in der Finanzplanung von gleich bleiben den Einwohnerzahlen ausgehen, passt ins Bild. Wo allerdings ist Ihr Umgehen mit dem demographischen Wandel? Wo findet sich ein Umbau von öffentlichen Dienstleistungen, Bau-, Sozial- und Stadtentwicklungspolitik, um auf eine älter werdende Gesellschaft vorbereitet zu sein? Fehlanzeige, Sie erfüllen stur Ihre Rasenmäher-Sparquote!

- (B) Besonders loben Sie sich ja nach wie vor für den Roland-Berger-Prozess, in Ihrer Rede kam Roland Berger allerdings nicht mehr vor. 13 Millionen DM wurden bisher an diese Firma bezahlt, den Beweis, dass die Vorschläge entsprechende Einsparungen erzeugen, sind Sie schuldig geblieben!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stattdessen geht das Gründen von Gesellschaften, von Sonderhaushalten und -vermögen unverdrossen weiter. Längst räumt auch der Finanzsenator ein, den Überblick verloren zu haben. Wie wäre es mit Aufräumarbeiten, bevor das Chaos perfekt wird? Wo ist denn die einheitliche Konzernstrategie, die verhindert, dass jeder gegen jeden, dafür aber vor allem für sich selbst arbeitet? Bisher erfolgreich verhindert, damit die BIG unverdrossen weiter Wirtschaftsförderungszusagen machen kann für Haushalte, die das Parlament noch gar nicht beschlossen hat!

Die neueste Variante des interessengeleiteten Wirrwarrs sind Ihre Stiftungen, Umbautöpfe und Impulsgelder. Vergessen Sie bei allen verständlichen Wünschen nach mediengerechter Vermarktung nicht, dass ein Haushalt klar, wahr, vollständig und überschaubar sein muss!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie blähen die Verwaltung auf, die für jede dieser vielen neuen Sonderzwecke ordentlich Papier pro-

duzieren muss. Bürgerfreundlich ist es auch nicht, wenn man Förderprofis braucht, die beraten, welche der vielen neuen Staatstöpfe es denn nun für welche Aufgaben gibt.

(C)

Die so genannten Umbauhilfen des Senats sind nichts weiter als das Stopfen von Löchern, die durch unrealistische Finanzvorgaben gerissen wurden. Mit viel Bürokratie und Papier rubeln die Ressorts die blanke Not in groß aufgeplusterte Umbaustراتيجien um. Kein Wunder, dass diese bei Herrn Eckhoff auf so viel Unwillen stießen, dass nur bereinigte und genehmigte Fassungen das Parlament erreichen sollten! Wir werden ja an den Haushaltsberatungen sehen, ob die große Koalition noch zu mehr fähig ist als zum Denken in „mein und dein Ressort“. Die Ressorts Bildung und Inneres können bestimmt mehr Geld gebrauchen. Eine Bewertung nach Notwendigkeiten im Interesse der Stadt ist so ein Koalitionsgeschacher jedenfalls nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zu den finanziell und inhaltlich völlig unseriösen Projekten gehört auch das von Herrn Senator Perschau gerade so hoch gelobte Bürgerzentrum in der Pelzer Straße. Unklare Rationalisierungsgewinne sollen das Projekt abbezahlen. Währenddessen fliegt das Geld nur so zum Fenster hinaus, weil der Senat es nicht fertiggebracht hat, ein mit dem Bau- und dem Sozialressort abgestimmtes Konzept vorzulegen. Das kann ich Ihnen jetzt schon sagen: Dieser Unsinn wird teuer!

(D)

Die Situation in Bremerhaven ist Ihnen wenig Konkretes wert. In Wirklichkeit sähe Ihr Finanzkonzept doch noch schlechter aus, wenn Bremerhaven seinen ihm zustehenden Anteil aus dem Investitions Sonderprogramm schon abgerufen hätte. Dass Bremerhaven durch Einwohnerverluste in seiner Existenz als Großstadt gefährdet ist, was zu weiteren finanziellen Einbußen führen würde, ist dem Senat keinen Gedanken wert. Hier wird es für Politik nur einen Weg geben: standortstärkende Hilfen, die gerade auch das Ziel verfolgen, Einwohner und Einwohnerinnen zu gewinnen und zu halten. Dazu gehören auch Verbesserungen des Kulturangebotes, des ÖPNV, bessere Schulen und Kindergärten und Hilfen für ältere Menschen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die zentrale grüne Kritik an Ihrer Sanierungsstrategie und Ihren Haushaltsentwürfen ist aber, dass Sie die Menschen in unseren Städten nicht zum Mittelpunkt Ihrer Überlegungen machen. Sie sind so verstrickt in Ihre Reklamepolitik, dass Sie nicht sehen können, wie Bremen und Bremerhaven durch Ihre Politik an Attraktivität für die Einwohner und Einwohnerinnen verlieren.

(A) Die Einsparungen im Bildungsbereich verschlechtern die Schüler-Lehrer-Relation und verkürzen den Unterricht. Eigentlich wissen Sie doch, dass ein gutes Schulwesen ein Standortfaktor ist. Die Einsparungen im Kindergartenbereich verschlechtern die Qualität.

(Senatorin A d o l f : Welche denn?)

Sie haben die Elternbeiträge erhöht, Sie haben die Ganztagsplätze reduziert.

(Senatorin A d o l f : Wann haben wir die Beiträge erhöht?)

Es gibt kein bedarfsgerechtes Angebot im Kindergarten. Was Sie wirklich in den letzten Jahren gemacht haben: Die Versorgungsquote mit Kindergartenplätzen in Bremen ist hoch. Da hat Bremen einen Spitzenplatz, was auch gut ist.

(Beifall bei der SPD)

Das ist doch gar nicht strittig! Dafür haben die Grünen mitgekämpft. Dagegen kann wirklich keiner etwas haben. Wenn Sie das halten wollen,

(Zuruf von der SPD: Willen wir!)

(B) dann müssen Sie die Qualität erhalten. Das tun Sie aber gerade nicht! Die Einsparungen im Kindergarten verschlechtern die Qualität, dabei wissen Sie doch, dass ein gutes und preisgünstiges Kindergartenangebot von den Familien gewünscht wird.

Beim peinlichen Hickhack um die Straßenreinigung liegt uns bis heute kein Finanzierungskonzept vor.

(Abg. P f l u g r a d t [CDU]: Was wollen denn die Grünen?)

Sie haben offensichtlich total vergessen, wie wichtig saubere Straßen und Plätze für das Wohlfühlen im Wohnquartier sind.

Der geniale Vorschlag von Frau Senatorin Wischer, Straßenbegleitgrün auszurupfen, damit der gesäte Rasen weniger Arbeit macht, zeigt, dass es weit gekommen ist mit der Ignoranz im Senat.

Vor allem das Austrocknen der Universitätsbibliothek macht schlechte Stimmung. Viel Geld kommt dabei nicht heraus. Die ständigen Quälereien im Kulturbereich vergeuden längst die Kräfte derjenigen Menschen, die mit an erster Stelle dafür sorgen, dass unsere Stadt lebendig und attraktiv ist. Mittel für die Vorbereitung Bremens als europäische Kulturhauptstadt haben Sie gar nicht erst eingepflanzt.

Auch die völlig unzureichenden Mittel im Bereich der Altlastensanierung sind mehr als kurzfristig.

Wenn der Dreck erst einmal im Grundwasser ist, ist guter Rat teuer, und schlechte Schlagzeilen sind garantiert.

(Vizepräsident R a v e n s übernimmt den Vorsitz.)

Oder im Bereich Sozialpolitik! Neben Ihren ganzen Worthülsen von Fördern und Fordern werden die Schuldnerberatungen zusammengespart und ausgerechnet die Dienstleistungszentren für ältere Menschen in ihrer Arbeit rabiat beschnitten. Während die Frauensensorin in Sonntagsreden das Gender Mainstreaming betont, kommt in der Rede von Senator Perschau die Gruppe der Frauen einfach gar nicht vor, so als seien nicht soziale Dienstleistungen, eine frauenspezifische Arbeitsförderung und Stadtplanung auch wichtige Standortfaktoren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Grünen, und damit beantworte ich Ihre Frage, Herr Pflugradt, werden genau für diese Bereiche, die ich hier vorgetragen habe, konkrete Anträge in die parlamentarischen Haushaltberatungen einbringen. Längst haben Ihr undifferenziertes Hochjubeln jedweder Investition und pauschales Zusammenkürzen der konsumtiven Ausgaben eine Qualität angenommen, die Bremen schadet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Böhrnsen.

Abg. **Böhrnsen** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn die Grünen sich zur Sanierungspolitik der großen Koalition äußern, dann höre ich immer ganz gespannt zu, denn ich warte darauf, dass sie nach der regelmäßigen Fundamentalkritik nun endlich einmal einen Gegenentwurf präsentieren.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Auch heute aber, Frau Kollegin Linnert, Fehlanzeige! Sie sagen, die Lage ist schwierig. Das wussten wir schon! Ansonsten kommen die Grünen über Mäkeln und Kritisieren leider nicht hinaus. Das ist zu wenig, erbärmlich wenig, auch für die Opposition!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Haushalte für die Jahre 2002/2003 sind ein wichtiger Schritt auf unserem Sanierungsweg. Die beiden untrennbar miteinander verbundenen Aufgaben der Sanierungspolitik, nämlich den öffentlichen Haushalt bis 2005 in Ordnung zu bringen und gleichzeitig die Wirtschafts-

(C)

(D)

(A) und Finanzkraft unseres Bundeslandes zu stärken, diese beiden Aufgaben haben wir erfolgreich angepackt. Wir wollen genauso erfolgreich weiter arbeiten. Wir wissen, dass noch ein steiniger Weg vor uns liegt, aber wir wollen entschlossen die Chancen nutzen, die Bremen durch die 2004 auslaufenden Sanierungshilfen des Bundes erhalten hat.

Ich denke, wir können eine positive Zwischenbilanz ziehen. Auf dem bisher Erreichten lässt sich aufbauen. Bremen holt in seiner wirtschaftlichen Entwicklung auf, die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich spürbar verbessert. Die Umstrukturierung der bremischen Wirtschaft macht Fortschritte. Mit 3,3 Prozent Wirtschaftswachstum und zwei Prozent Beschäftigtenwachstum hat sich das Land Bremen im vergangenen Jahr oberhalb des Bundesdurchschnitts positioniert. Dieser positive Trend, das haben wir eben gehört, scheint sich 2001 fortzusetzen.

Meine Damen und Herren, all das sind positive Signale, die zuversichtlich stimmen, dass wir unser Ziel erreichen werden.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Da sagt Herr Kröning aber etwas anderes!)

(B) Es kann doch nicht bestritten werden, dass sich die Stimmung in unseren Städten in den vergangenen Jahren zum Positiven verändert hat, dass sich unser Image als kleinstes Bundesland außerhalb Bremens gewandelt hat.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Bremen und Bremerhaven sind als Standorte wieder attraktiv. Niemand stellt unsere Selbständigkeit in Frage. Das sind Erfolge auf dem schweren Sanierungsweg, die nicht wegzudiskutieren sind.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wer, wie eben auch von der Opposition gehört, den Fortgang der Sanierung nur an dem Vergleich von Haushaltszahlen misst, der hat nicht verstanden, worum es eigentlich bei der Sanierung geht. Die Konsolidierung des staatlichen Haushalts ist notwendig, aber die Sanierung der Staatsfinanzen ist nicht Selbstzweck. Zentral geht es um attraktive und lebenswerte Städte, also darum, dass Bremen und Bremerhaven sich wirtschaftlich positiv entwickeln, dass man bei uns Arbeitsplätze findet, hier gut wohnen kann, ordentliche Schulen, Ausbildungsmöglichkeiten und Sozialeinrichtungen vorfindet, auf ein reichhaltiges Angebot von Kultur, Freizeit und Sport zugreifen kann.

(Beifall bei der SPD)

(C) Meine Damen und Herren, nur eine Politik, die in diesem Sinne auf Attraktivität und Lebensqualität unserer beiden Städte setzt, sichert die Zukunft unseres Landes und ist eine Politik für die Menschen in unseren beiden Städten.

(Beifall bei der SPD)

Ich räume durchaus selbstkritisch ein, dass wir vielleicht am Anfang unseres Sanierungsweges zu wenig Augenmerk darauf gelenkt haben. Als SPD-Fraktion haben wir reagiert und uns für die zweite Phase der Sanierungspolitik eine behutsame Neujustierung vorgenommen. Ich nenne das die notwendige neue Qualität unserer Sanierungspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Nur eine solche Politik kann unsere Einwohnerentwicklung positiv beeinflussen. Nur eine solche Politik kann die notwendige Akzeptanz auf dem steinigen Sanierungsweg bei den Bremerinnen und Bremerern schaffen.

Meine Damen und Herren, Sicherung und möglichst Ausbau der Einwohnerzahlen sind für unseren Stadtstaat zum Erreichen des Sanierungszieles von überragender Bedeutung. Die Bürger an unsere Stadt zu binden und neue hinzu zu gewinnen, ist ein zentraler Gestaltungsschwerpunkt unserer Sanierungspolitik.

(Beifall bei der SPD)

So wie wir uns bislang um die Ansiedlung neuer Unternehmen bemüht haben, müssen wir jetzt verstärkt um weitere Einwohner werben. Dazu soll die von der SPD-Fraktion vorgeschlagene und mittlerweile von allen Fraktionen unterstützte Einrichtung einer Neubürgeragentur gute Dienste leisten. Wir müssen und werden die Finanzierung der Anlaufkosten einer solchen Neubürgeragentur im Rahmen der parlamentarischen Haushaltsberatungen sichern. Hier kann sich Bremen bundesweit profilieren.

(Beifall bei der SPD)

(D) Meine Damen und Herren, für uns als Sozialdemokraten steht auch und gerade unter Sanierungsbedingungen eines obenan, die Sicherung und die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Stärkung unserer Wirtschaftskraft. Dabei kommt der Ausweisung von Gewerbeflächen an attraktiven Standorten eine Schlüsselrolle zu. Stichworte sind hier zum Beispiel die Süderweiterung des Technologieparks an der Universität und die dort angestrebte Verdichtung, der Science Park nahe der gerade eröffneten Internationalen Universität in Bremen-Grohn, der Fischereihafen von Bremerhaven als künftiges Zentrum für biotechnologische Forschung und Anwendung.

(A) Meine Damen und Herren, die Entwicklung unserer Häfen ist außerordentlich erfreulich. Das beweist ein Wachstum im ersten Halbjahr 2001 von mehr als 23 Prozent. Doch wir dürfen uns auf dem Erreichten nicht ausruhen. Wir müssen Vorreiter sein, um unsere Position abzusichern. Deshalb war die Entscheidung für die Neuausrichtung unserer Häfenverwaltung richtig und notwendig. Mit Gründung der Bremen Ports GmbH hat die Hansestadt den entscheidenden Schritt zur Überführung des Hafens in eine nach betriebswirtschaftlichen Kriterien geführte wettbewerbsorientierte Organisation vollzogen. Wir denken, dass dies auch ein entscheidender Vorteil beim gemeinsamen norddeutschen Projekt Tiefwasserhafen sein wird, und ich füge nach dem vergangenen Sonntag hinzu, Hamburg muss dabei sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir Bremer aber setzen vor allem auf unsere eigenen Stärken, die wir weiter ausbauen wollen. Die Containerterminal-Verlängerung in Bremerhaven befindet sich in der Umsetzung, die Realisierung des Ausbaus CT IV in Planung. Zur maximalen Kapazitätsausweitung in Bremerhaven gibt es ebenso wenig eine Alternative wie zur Pflege der Hafeninfrastuktur, zur bedarfsgerechten Anpassung der in die Häfen führenden Schleusen und zu einer weiteren Vertiefung der Fahrinne der Außenweser.

(B) Meine Damen und Herren, die konsequente Nutzung arbeitsmarktpolitischer Instrumente hat den Arbeitsmarkt in Bremen und Bremerhaven im vergangenen Jahr um immerhin 6400 Stellen entlastet. Für uns Sozialdemokraten haben deshalb die Fortführung und der Ausbau aktiver Arbeitsmarktpolitik trotz der Sparzwänge weiterhin hohe Priorität.

(Beifall bei der SPD)

Innovative Lösungen sind möglich. Das belegt der von Hilde Adolf aufgezeigte Weg zur Neustrukturierung der Beschäftigungspolitik. Gefördert werden sollen künftig vor allem Maßnahmen, die auf die Vermittlung Arbeitsloser in den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet sind. Priorität haben außerdem stadtteilerorientierte, die Umwelt und die soziale Infrastruktur verbessernde Beschäftigungsmaßnahmen. Wir haben uns verpflichtet, die Komplementärfinanzierung sämtlicher für Bremen erreichbaren arbeitsmarktpolitischen Programme aufzubringen. Dies wollen wir auch im Doppelhaushalt 2002/2003 sicherstellen.

Meine Damen und Herren, der Sanierungspolitik stellen sich alle Ressorts. Dem Sozialressort gelingt dabei beispielhaft der Beweis, dass Umbau statt Abbau möglich ist.

(Beifall bei der SPD)

(C) Trotz Sparzwang und Sanierungsaufgaben wollen wir Menschen in schwierigen Lebenslagen mit konkreter Hilfe zur Seite stehen. Armut bekämpfen, sozial Benachteiligte integrieren, Angebote für Familien verbessern, die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen unterstützen, auch das gehört zur Investition in Lebensqualität in unseren beiden Städten.

(Beifall bei der SPD)

Die zwischen dem Sozialressort und dem Senat geschlossenen Haushaltskontrakte sind der richtige Weg zu einer zukunftsweisenden Sozialpolitik. Es geht um Umorientierung, den Ausstieg aus sozialer Abhängigkeit und Intensivierung der Betreuung und nicht um Leistungsabbau und weniger Geld.

Meine Damen und Herren, ich habe schon am Anfang meiner Rede auf die Notwendigkeit einer behutsamen Nejustierung in der zweiten Phase der Sanierung hingewiesen. Angesichts der engen Haushaltslage können solche Korrekturen in der Tat nur behutsam sein. Wir wollen keine falschen Erwartungen wecken, aber die Bremerinnen und Bremer sollen wissen, dass wir als sozialdemokratische Parlamentarier auch angesichts der enger werdenden Spielräume nicht resignieren, sondern verantwortungsvoll gestalten wollen.

(Beifall bei der SPD)

(D) Deshalb, meine Damen und Herren, werden wir trotz der engen finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch in diesem Doppelhaushalt im Bildungsbereich einen politischen Schwerpunkt setzen. Es geht dabei um die Absicherung der Unterrichtsversorgung sowie um eine zeitgemäße Ausstattung mit Sachmitteln und die notwendigen Sanierungsmaßnahmen in den Schulgebäuden. Darüber hinaus treten wir aber auch für bildungspolitische Innovationen ein, damit Bremen weiter an Attraktivität und Lebensqualität gewinnt.

Wir haben bereits im letzten Doppelhaushalt 2000/2001 das Projekt verlässliche Grundschule auf den Weg gebracht und finanziell abgesichert. Das hat sich als familien- und bildungspolitischer Erfolg erwiesen.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem Einstieg in schulische Ganztagsangebote in der Sekundarstufe I wollen wir nun den nächsten Schritt tun. Ganztagsangebote ermöglichen nicht nur eine bessere individuelle Förderung von begabten ebenso wie von benachteiligten Schülerinnen und Schülern und erhöhen so die Bildungschancen der Jugendlichen, sie gewährleisten überdies eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Um unsere bildungspolitischen Schwerpunkte unter Einhaltung der restriktiven finanzpolitischen

- (A) Rahmenbedingungen durchzusetzen, bedarf es gewiss einer gewaltigen Anstrengung. Wir wollen diese Anstrengung auf uns nehmen, für uns ist Bildungspolitik immer auch eine Investition in die Zukunft.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, so wie in der Bildungspolitik wollen wir auch bei der Familienpolitik in diesen Haushaltsberatungen einen Akzent setzen und mit der Einrichtung von Betriebskindergärten zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen. Modellhaft sollen in den kommenden drei Jahren an drei Standorten Betriebskindergärten eingerichtet werden, um so die Attraktivität der Arbeitsplätze weiter zu erhöhen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, lebendige Stadtteilzentren fördern die Identifikation der Bewohner und Bewohnerinnen mit ihrem Stadtteil und damit mit ihrer Stadt. Eine positive Identifikation führt zur Bindung und Gewinnung von Einwohnerinnen und Einwohnern und beugt damit Wanderungsverlusten vor. Für eine solche Identifikation, ich will das hier nicht unerwähnt lassen, ist auch ein sauberes Stadtbild erforderlich.

- (B) (Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir müssen mehr tun für die Sauberkeit in unseren Stadtteilen, aber wir müssen es so tun, dass der Bürger, die Bürgerin einen unmittelbaren Nutzen hat und nicht das Gefühl, ihm solle unter dem Vorwand, andere Probleme zu lösen, Geld aus der Tasche gezogen werden.

(Beifall bei der SPD)

Hier müssen wir, meine Damen und Herren, als große Koalition einen neuen Anlauf machen und eine Lösung möglichst noch während der Haushaltsberatungen hinbekommen. Ich weiß um die Schwierigkeiten, aber diese Koalition ist angetreten, solche Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen,

(Beifall bei der SPD)

und dass wir das können, haben wir in den vergangenen Jahren immer wieder bewiesen. Bei allen inhaltlichen Kontroversen haben wir bislang stets in fairer Partnerschaft am Ende einen Kompromiss nicht nur gesucht, sondern auch gefunden, sei es beim Polizeigesetz, bei den Impulsgeldern, beim Beirätegesetz. Ich bin sicher, dass wir auch bei der Stadtreinigung, bei allen anderen Problemen, die auf unserem Sanierungsweg noch auf uns zukommen, in-

- nerhalb der großen Koalition eine tragfähige Lösung finden werden. (C)

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, durch die schrecklichen Terroranschläge vom 11. September haben Fragen der inneren Sicherheit eine zusätzliche, besondere Bedeutung bekommen. Die große Koalition hat bereits in der vergangenen Legislaturperiode durch die Herausnahme des Polizeivollzugsdienstes aus der so genannten PEP-Quote und durch kontinuierliche Investitionsanstrengungen dafür gesorgt, dass die innere Sicherheit nicht vernachlässigt wurde. Angesichts der Bedrohung durch den weltweiten Terrorismus, aber auch vor dem Hintergrund der nun noch stärkeren Verpflichtung zur Integration und zum friedlichen Zusammenleben in Bremen beizutragen, müssen wir das Sicherheitsgefüge von Polizei und Diensten in Bremen auf den Prüfstand stellen.

Wir wollen, dass diese große Koalition alles Menschenmögliche unternimmt, um die innere Sicherheit in Bremen zu gewährleisten.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Darauf müssen sich nicht nur die Angehörigen US-naher Institutionen und Firmen verlassen können, darauf dürfen jüdische Mitbürger und Institutionen vertrauen, und darauf dürfen auch deutsche und nichtdeutsche Bremerinnen und Bremer muslimischen Glaubens bauen. – Ich danke Ihnen! (D)

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schon bitter, denn manchmal weiß ich nicht, ob meine Leidensfähigkeit durch diese unfähige Wirtschafts- und Finanzpolitik von SPD und CDU nicht doch irgendwann einmal erschöpft ist. Aber machen Sie sich da einmal keine falsche Hoffnung, denn Ihre skandalöse Politik auf Kosten der Bürger gibt mir jedes Mal neue Kraft, zum Wohle der Bürger gegen den wirtschaftlichen und finanziellen Ruin des Landes Bremen und der Stadt Bremerhaven vehement anzukämpfen! Letzte Woche ein skandalöser Eckwertebeschluss mit einem unverantwortlichen Nachtragshaushalt in der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung und in dieser Woche unverantwortliche Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2002/2003!

Meine Damen und Herren, Sie mögen in der Mitteilung des Senats vom 21. August 2001 mit der Drucksachen-Nummer 15/787 nicht einmal mehr die Vergleichszahlen des Haushaltes 2000/2001 gegen-

(A) überstellen. Glauben Sie denn wirklich, dass die Bürger in diesem Lande ihre Verschleierungstaktik nicht erkennen? Für wie blöd halten Sie eigentlich unsere Bürger? Es ist doch Aufgabe der Opposition, von dieser grünen Opposition haben Sie nun wirklich nicht viel Gegenwert zu erwarten, dass die Verfehlungen des Senats deutlich aufgezeigt werden.

Es erfüllt mich mit großer Sorge, wenn wir in einer von Ihnen zu verantwortenden finanziellen Notlage noch tiefer in den Strudel einer verfehlten Finanzpolitik geraten. Wer in dieser Vorlage auf Seite drei die Passage zur Einhaltung der Landeshaushaltsordnung liest, wird sich mit Grausen abwenden, ich will es einmal in aller Deutlichkeit sagen. Sie erfüllen in den Bereichen Inneres, Justiz, Bildung, Kultur, Bau, Wirtschaft und Sport nicht die dringend erforderlichen Anforderungen. Sie kürzen besseren Wissens in den Eckwerten und erhöhen dann im Jahr 2003 drastisch im Ausgabenbereich, um den Bürgern Sand in die Augen zu streuen.

Hoffen Sie denn allen Ernstes für 2003 auf eine bessere Wirtschaftslage bei dieser Bundesregierung, oder glauben Sie an das Wunder der Strukturverbesserung in diesem Ausmaß? Das glauben Sie doch selbst nicht! Ich habe das Gefühl, dass hier der Senat einzig und allein das persönliche Ziel hat, die Pensionsgrenze zu erreichen, und den Mitgliedern der Regierungsfractionen ist es scheinbar egal, nach dem Motto: Auch in der Opposition gibt es dann noch gutes Geld. Das kann doch aber keine verantwortungsbewusste Finanzpolitik sein!

(B) Sie gefährden mit Ihrer gescheiterten Politik die innere Sicherheit unseres Bundeslandes. Wir sind ja bald schon so weit, dass unsere Polizeibeamten für ihre Streifenwagen selbst Benzin mitbringen müssen. Verurteilte Straftäter können mangels Personal nicht mehr eingesperrt werden, Asylbewerber können nicht mehr abgeschoben werden, weil die Flugkosten zu hoch sind und so weiter und so weiter. Die innere Sicherheit bricht in allen Bereichen total zusammen, kein Geld, kein Personal, es ist unglaublich.

Im wichtigen Bildungsbereich stellen Sie keine Lehrer mehr ein. Schulen werden nicht mehr im erforderlichen Umfang saniert, Schulen werden zum Teil nicht mehr geheizt, dafür fällt dann im Winter der Unterricht aus. Die Schüler, die von einer solchen geführten Schule kommen, brauchen dann auch keine Universität mehr, insofern können Sie in Bremen auch die Universität sparen.

Meine Damen und Herren, im Kulturbereich gibt es dann über den Verkehrsverbund Fahrkarten nach Oldenburg zum dortigen Theater, weil wir uns in Bremen kein Theater mehr erlauben können, da wir unser Geld für „Jekyll and Hyde“ aus dem Fenster geworfen haben. Im Baubereich kommen dann Berechtigungsscheine für eine Zeltunterkunft am Unisee, weil Sozialwohnungen das Preisniveau von ex-

klusiven Eigentumswohnungen erreicht haben. Sozialhilfeempfänger bekommen dann ihre Sozialhilfe in Raten ausgezahlt. Eine Qualifizierung von Arbeitslosen wird dann überhaupt nicht mehr vorgenommen, und eine vernünftige Wirtschaftsförderung kann dann auch nicht mehr betrieben werden.

(C)

Meine Damen und Herren, dieses Horrorszenario wird das baldige Endergebnis Ihrer gescheiterten mittelfristigen Finanzplanung sein. Ich als Vertreter der Deutschen Volksunion werde Ihnen zu den Haushaltsberatungen im Dezember einen detaillierten Antrag vorlegen, wie wir uns die Lösung der finanziellen Probleme langfristig vorstellen.

Meine Damen und Herren, das Gesetz, das der Senat mit Unterstützung der großen Koalition uns jetzt hier vorlegt, ist so funktionsfähig, wie die Hansekogge im Deutschen Schifffahrtsmuseum schwimmfähig ist!

Meine Damen und Herren, kommen wir nun einmal zum Nachtragshaushaltsgesetz und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen 2001! Hier sage ich Ihnen ganz klar und deutlich, die große Koalition steht vor dem finanziellen Bankrott. Sie stehen tief im Scherbenhaufen ihrer gescheiterten Finanzpolitik, und es ist schon interessant, wie Sie sich mit Schönwetterreden aus diesem finanzpolitischen Desaster herausreden wollen.

Ich teile mit Ihnen die Auffassung, dass durch eine verfehlte Wirtschafts- und Steuerpolitik der Bundesregierung und durch eine maßlose Erhöhung der Lebenshaltungskosten die Binnennachfrage fast auf null gesunken ist. Die Bundesregierung hat in ihrer enormen sozialen Art und Weise dafür gesorgt, dass sich unsere Bürger fast nichts mehr erlauben können, aber wer natürlich dann mit einem Chauffeur im Dienstwagen sitzt, der braucht sich auch um einen stetig steigenden Benzinpreis keine Sorgen mehr zu machen, das ist mir schon klar.

(D)

Meine Damen und Herren, trotz Sanierungszahlungen des Bundes haben das Land Bremen und die Gesellschaften, bei denen das Land Anteilseigner ist, einen Schuldenstand erreicht, den kein Mensch mehr abbauen kann, und diese große Koalition erst recht nicht. Ihre Haushaltsführung ist für die Menschen in unserem Bundesland schädlich und verwerflich, selbst die nachfolgenden Generationen werden unter dieser katastrophalen Finanzpolitik noch sehr lange unmenschlich, unerträglich lange leiden müssen. In Ihren Haushaltsplanungen sind die Kredite der Gesellschaften nicht enthalten, aber die Bürger dieses Landes müssen dafür geradestehen.

Haushaltsrechtlich mag Ihr Handeln rechtmäßig sein, aber moralisch ist es höchst verwerflich. Selbstverständlich bin ich gern dazu bereit, aktiv an der Konsolidierung der Finanzen mitzuwirken. Dafür bin ich auch gewählt worden, und ich nehme im Ge-

(A) gensatz zu einigen von Ihnen mein Mandat doch sehr ernst. Dazu ist es aber dringend erforderlich, dass der Senat der Opposition eine ehrliche Eröffnungsbilanz aller finanziellen Probleme vorlegt. Ich fordere alle Fraktionen in diesem Hause auf, diese berechnete Forderung der Deutschen Volksunion auch durchzusetzen.

Meine Damen und Herren, Paragraph 19 der Landeshaushaltsordnung ermächtigt uns zu einer höheren Kreditaufnahme, wenn wir in einer besonderen wirtschaftlichen Notlage sind. Der Systemfehler, den Sie begehen, da bin ich mit dem Landesrechnungshof vollkommen einer Meinung, ist, Sie rechnen Verkäufe nicht gegen Kredite, sondern als ganz gewöhnliche Einnahmen. Ich frage Sie: Wie lange soll das denn noch gut gehen? Sie verschleudern das Tafelsilber und haben dabei noch nicht einmal Werte geschaffen.

Meine Damen und Herren, Sinn der Sanierung war es doch, durch Investitionen Steuerkraft und Arbeitsplatzzahlen zu erhöhen. Ihre Investitionspolitik ist nach meiner festen Überzeugung erstens nicht rechtmäßig und zweitens auf klägliche Weise gescheitert. Ich sage hier nur einmal das Stichwort „Jekyll and Hyde“. Meine Damen und Herren, ich bin gespannt, wie Sie die ausgegebenen zusätzlichen Zuschüsse, die von uns noch nicht einmal genehmigt worden sind, durch die politischen Gremien bringen wollen. Da bin ich aber einmal gespannt!

(B) Am besten, schlage ich Ihnen vor, am parlamentarischen Abend, weil dann der eine oder andere in selbiger Weinlaune vielleicht etwas großzügiger ist! Ich könnte hier noch mehr Beispiele aufzählen, aber dafür würde sogar meine erweiterte Redezeit nicht mehr ausreichen.

Ich bin wahrlich kein Freund der Bremerhavener CDU, aber sie hat zumindest nach der Fusion der Stadtwerke dieses Geld zum Schuldenabbau genutzt. Sie aber machen im Land Bremen den elementaren Fehler, mehr Geld auszugeben, als Ihnen tatsächlich zur Verfügung steht. Man muss es sich einmal genüsslich auf der Zunge zergehen lassen, Sie haben sage und schreibe – ich mache das einmal ganz deutlich und in Ruhe – 59 100 000 DM Mindereinnahmen. Es gelingt Ihnen nicht, den Begriff Aufgabenkritik umzusetzen. Dieser Nachtragshaushalt ist die Bankrotterklärung des Senats und der Fraktionen, die diesen Senat stützen. Die so genannte Sanierungscoalition sollte zum Wohl der Bürger und im Interesse unseres Bundeslandes schnellstens aus diesem Bundesland verschwinden, genauso wie „Jekyll and Hyde“ aus diesem Bundesland verschwunden ist, denn das spart Geld und ist im Sinne der Bürger. – Ich bedanke mich!

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Eckhoff.

Abg. **Eckhoff** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte einige

Bemerkungen aus Sicht der CDU-Fraktion auch zu diesen Haushaltsberatungen machen. Zunächst einmal möchte ich das unterstreichen, was der Kollege Böhrnsen gesagt hat, was Bremen betrifft: Die Stimmung in der Stadt und auch im Bundesland ist deutlich besser geworden. Infrastrukturmaßnahmen sind auf den Weg gebracht, Projekte sind erfolgreich verwirklicht, und das Image ist überregional deutlich verändert.

(Beifall bei der CDU)

Vielen Dank, Herr Böhrnsen, für die Erklärung, dass die CDU in dieser Regierung sein muss!

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte mich, bevor ich anfangen, die Zahlen zu bewerten, zunächst einmal ganz herzlich beim Finanzsenator und Bürgermeister Hartmut Perschau und allen Mitarbeitern bedanken, die uns diesen Haushalt hier heute präsentiert haben.

(Beifall bei der CDU)

Die Zahlen belegen eindrucksvoll diese veränderte Situation, die unter anderem auch der Kollege Böhrnsen hier skizziert hat. Hartmut Perschau, ich möchte die Kernzahlen noch einmal wiederholen, hat es gesagt: Die konsumtiven Ausgaben sind seit 1995 um minus 0,4 Prozent pro Jahr gesunken. Ohne Sanierungsbeihilfen hätten wir 12,4 Milliarden DM mehr Schulden, und die Investitionsquote erreicht in den Haushaltsplänen 2002/2003 fast 18 Prozent. Darüber hinaus haben wir die modernste Haushaltssteuerung in der Bundesrepublik Deutschland.

Sehr geehrte Damen und Herren, diese Zahlen, die hier vorgelegt wurden, sind der Ausdruck, der schriftliche Beweis der erfolgreichen Politik der letzten Jahre.

(Beifall bei der CDU)

Finanzpolitik ist aber nur eines, die Wirtschaftszahlen belegen dies darüber hinaus: 1,5 Prozent Wachstum im ersten Halbjahr. Wir hätten natürlich gern mehr gehabt, wir hätten auch gern wieder die Zahlen des Vorjahres gehabt. Es liegt allerdings in erster Linie, wie es der Bundesdurchschnitt beweist, an den mäßigen Rahmenbedingungen, die im Bund vorliegen, dass dieser Satz mit 1,5 Prozent nicht höher ist.

Das, was ich aber für das Jahr 2000 noch einmal hervorheben möchte, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Frau Linnert, ist, dass es gelungen ist, fast 8000 zusätzliche Arbeitsplätze netto im Land Bremen zu schaffen. Dies ist tatsächlich eine herausragende Leistung des Jahres 2000.

(Beifall bei der CDU)

(C)

(D)

(A) Liebe Frau Linnert, ich kann natürlich auch den Vorwurf nachvollziehen, dass Sie sagen, wenn man so manche Zahlen, zum Beispiel auch die Arbeitsplatzzahlen, von Beginn des Sanierungszeitraums bis zum Jahr 2000 nimmt, die wir dort entsprechend vorliegen haben, gibt es dort zum Beispiel einen Nettoverlust.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, nein!)

Doch, das haben Sie ja auch kritisiert!

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, 1995 habe ich angefangen!)

Dies liegt natürlich auch ganz maßgeblich an den schlechten Rahmenbedingungen, die wir übernommen haben, und daran, dass natürlich sowohl Infrastrukturmaßnahmen als auch Projektmaßnahmen Zeit brauchen, bis sie eine entsprechende Wirkung am Arbeitsplatz entfalten. Deshalb ist diese Zahl natürlich ein Ausdruck der konsequenten Sanierungspolitik.

(Beifall bei der CDU)

(B) Nicht nur diese Zahlen, sondern auch 3,3 Prozent Wirtschaftswachstum im Jahr 2000, 24 Prozent Wachstum zum Beispiel im Bereich der Häfen unterstreichen deutlich diese Zahlen.

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist einiges erreicht worden, und natürlich spiegelt sich das deshalb in diesen Zahlen entsprechend wider. Gewerbegebiete wie die Hemelinger Marsch, wie der Flughafen, wie der Technologiepark sind gefüllt und laufen weiterhin voll. Investitionsprojekte sind umgesetzt worden wie zum Beispiel das Universum, wie die Messehallen, natürlich auch das Musical. Es ist doch vollkommen klar, und darüber braucht man sich auch nicht zu streiten, dass, wenn viel bewegt wird, natürlich das eine oder andere Projekt vielleicht nicht die gewünschte Wirkung erzielt, wie wir uns das alle versprechen. Nur, sehr geehrte Damen und Herren von den Grünen, wer kein Risiko eingeht, wird auch keinen Erfolg ernten.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD – Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/Die Grünen]: Es geht darum, welche Risiken man eingeht!)

Das habe ich gehört, liebe Frau Trüpel. Frau Linnert hat sich distanziert von der Galopprennbahn, von der Sandstraße und vom Weserstadion. Das heißt, 98 Prozent der Investitionsprojekte trägt sie

offensichtlich mit. Das ist die Fundamentalkritik der Opposition hier in diesem Landtag! (C)

(Beifall bei der CDU und bei der SPD – Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Das Geld haben Sie doch schon alles ausgegeben!)

Sehr geehrte Damen und Herren, darüber hinaus sind erfolgreiche weitere Projekte in Arbeit, die natürlich auch positive Wirkungen auf die Situation des Arbeitsmarktes hier in Bremen erzielen werden: Space-Park als im Moment eine der größten Baustellen in Norddeutschland oder aber auch die Halle VII, um nur zwei Beispiele zu nennen. Infrastrukturmaßnahmen wie der Hemelinger Tunnel sind in Arbeit beziehungsweise schon eröffnet wie die Georg-Bitter-Straße.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Anfang ist gemacht. Wir packen es hier an, aber es wird natürlich Zeit dauern, bis diese Wirkung – –.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Nach sechs Jahren!)

Liebe Frau Linnert, wenn 30 Jahre die Politik in die falsche Richtung zeigte, sind sechs Jahre ein sehr kurzer Zeitraum für einen Sanierungsweg!

(Beifall bei der CDU – Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen) (D)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen das Tempo auch im Bereich der Wirtschaftspolitik intensivieren. Neue Gewerbegebiete sind auszuweisen. Deshalb haben wir uns zum Beispiel auf die Süderweiterung und die Intensivierung der Flächennutzung im Technologiepark verständigt. Wir haben uns ja auch darauf verständigt, dass wir ein Stadtentwicklungsgutachten in Auftrag geben werden. Ich bin mir sicher, das Ergebnis des Stadtentwicklungsauftrages wird sein, dass wir auch die Norderweiterung des Technologieparks in der kommenden Legislaturperiode brauchen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. D r . S i e l i n g [SPD])

Sehr geehrte Damen und Herren, wir werden den Hightech-Bereich intensiver fördern. Deshalb wird die Koalition dazu in Kürze einen gemeinsamen Antrag vorlegen, und wir werden das sicherlich in den Haushaltsberatungen auch entsprechend berücksichtigen.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Das haben Sie doch schon zehnmal angekündigt!)

(A) Wir wollen den Autobahnring schließen. Wir werden den Logistikbereich weiter ausbauen, und wir werden auch, sehr verehrte Damen und Herren, den Tourismus weiter vorantreiben. Diese 1,2 Millionen Übernachtungsgäste sind eine gute Zahl, wenn man sich die Zahlen des Jahres 1994 ansieht. Wenn man sich vergleichbare Zahlen wie zum Beispiel aus Nürnberg mit 1,8 Millionen Übernachtungen ansieht, so haben wir noch deutlichen Nachholbedarf. Insofern müssen wir die Infrastruktur dort auch erhöhen. Deshalb bin ich mir sicher, dass das Erfolgsmodell Schlachte ausgeweitet werden wird, dass das Universum mit dem Visionarium einen zweiten Bauabschnitt erfahren wird und dass wir natürlich auch die Halle I der Stadthalle entsprechend kapazitätsmäßig erweitern, um den erfolgreichen Weg im Bereich des Tourismus weiter fortzusetzen, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ein Wort auch beziehungsweise nicht nur ein Wort, sondern einige Bemerkungen zu Bremerhaven! Dort müssen wir uns besonders anstrengen.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Ein Anfang ist gemacht!)

(B) Sie sagen, ein Anfang ist gemacht. Ich teile vollkommen Ihre Auffassung, dass wir uns insgesamt in einer sehr schwierigen Lage befinden. Dabei widerspricht Ihnen doch gar keiner.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Das erzählen Sie doch!)

Liebe Frau Linnert, Ihre Alternative von Politik aber ist, dass Sie im Endeffekt aufgeben und in den alten Schlendrian zurück wollen. Dies wollen wir nicht. Wir wollen den Sanierungsweg dort entsprechend fortsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Der Anfang ist auch in Bremerhaven gemacht. Es sind dort massive Investitionen in die Infrastrukturmaßnahmen der Häfen: CT III, nächste Woche der erste Spatenstich – so kann man das dort wohl nicht nennen, ich glaube, Rammschlag heißt es im Hafenbereich – für CT III a. Die Fischereihafenschleuse ist eröffnet, das Schaufenster ist dort zu einer modernen Tourismusattraktion geworden. Der Flugplatz Luneort ist ausgebaut worden genauso wie das Carl-Schurz-Gelände.

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Alles CDU-Projekte!)

Die Attraktivität hat auch in Bremerhaven zugenommen. Die Investitionen in dem Bereich des Zoos

am Meer, des Deutschen Schifffahrtsmuseums oder aber auch des Stadttheaters belegen dies eindrucksvoll, und – darüber werden wir im Laufe dieser Tagesordnung der Bürgerschaft auch noch debattieren – für Bremerhaven stehen auch die 25 Prozent Anteil am Investitionssonderprogramm zur Verfügung. Sie müssen nur dafür Sorge tragen, dass diese Mittel auch abgerufen werden, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU – Abg. T ö p f e r [SPD]: Wenn das Wirtschaftsressort nicht immer alles blockiert!)

Hier wollen wir natürlich auch das Tempo erhöhen. CT IV steht auf dem Programm. Der Wirtschaftssenator Josef Hattig unternimmt alles, um dieses Projekt möglichst zeitnah zu realisieren.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt neue Bestrebungen, den Neuen Hafen entsprechend auszubauen und dort auch ein machbares Konzept tatsächlich vorzulegen. Die neue Technologie hält in Form der Biotechnologie auch dort in Bremerhaven entsprechend Einzug.

Dies ist ein Beitrag zum Strukturwandel, den wir entsprechend fördern und ausbauen müssen. Wir, meine Damen und Herren von den Grünen, als große Koalition brauchen wirklich keine Nachhilfe, was den Bereich Bremerhaven betrifft. Wir werden unsere Konzentration auf Bremerhaven richten, damit dieser Strukturwandel sich möglichst auch in Bremerhaven entsprechend zeitlich schneller realisieren lässt und wir unsere Bemühungen intensivieren, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Sehr dankbar bin ich für den Beitrag des Kollegen Böhrnsen zum Bereich der inneren Sicherheit. Es war ja nicht immer selbstverständlich, dass Sozialdemokraten sich tatsächlich auch so vehement zum Bereich der inneren Sicherheit bekennen, wie es der Kollege Böhrnsen gerade gemacht hat. Er hat aus Hamburg natürlich gelernt. Das ist doch vollkommen klar.

(Beifall bei der CDU – Abg. B ö h r n s e n [SPD]: Sie hoffentlich auch, Herr Eckhoff! – Abg. K l e e n [SPD]: Wir haben in Hamburg nicht verloren! – Lachen bei der CDU)

Lieber Herr Kleen, wer hat mehr an die Schill-Partei verloren?

(Unruhe bei der SPD)

Insofern werden wir sicherlich gemeinsam in den Haushaltsberatungen die Notwendigkeiten, die sich

(C)

(D)

- (A) im Bereich der inneren Sicherheit auch durch die neuen Formen ergeben, die wir leider im Bereich des internationalen Terrorismus zur Kenntnis zu nehmen haben, um die weitgehende Sicherheit der Bürger zu gewährleisten, auch finanziell entsprechend ausstatten müssen.

Sehr geehrte Damen und Herren, noch einige ganz kurze Bemerkungen zu drei weiteren Bereichen! Zum einen zur Bildungspolitik: Hartmut Perschau hatte es schon gesagt, ich sage es noch einmal, gute Bildung hat nicht immer automatisch auch etwas mit finanzieller Ausstattung zu tun. Wir in Bremen haben noch immer die Situation, dass wir von allen Bundesländern pro Schüler am meisten Geld im Bildungsbereich ausgeben. Leider waren die Ergebnisse in der Vergangenheit nicht immer so, wie wir es uns gewünscht haben. Aus diesem Grund müssen wir natürlich nicht nur die finanziellen Gesichtspunkte sehen, sondern uns auch inhaltlich weiterentwickeln. Deshalb werden wir natürlich auch versuchen, in der nächsten Zeit das flächendeckende zwölfjährige Abitur und natürlich auch die Abschlussprüfungen im Bereich Zentralabitur, Haupt- und Realschule umzusetzen, weil es nicht nur eine Frage der Finanzen ist, dass unsere Kinder eine vernünftige Bildungspolitik bekommen.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Es ist uns aber auch immer gelungen, die finanziellen Rahmenbedingungen zu schaffen. 120 Millionen DM für Schulraumsanierung werden vermutlich auch im Laufe dieser Jahre zur Verfügung gestellt werden, 180 Millionen DM waren es, glaube ich, in der letzten Legislaturperiode. Wir haben es geschafft, in den letzten Haushaltsberatungen eine deutlich bessere Computerausstattung hinzubekommen. Dies müssen wir insgesamt auch weiter schaffen, aber wir müssen uns auch inhaltlich über die Positionen verständigen.

Eine weitere Bemerkung zum Bereich der Kulturpolitik: Sehr geehrte Damen und Herren, die Kulturpolitik ist für die CDU-Fraktion hier im Haus auch Standortpolitik. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass wir das, was wir den Kulturtreibenden auch zugesagt haben, nämlich eine Deckelung des Betrages von 133,8 Millionen DM, als Mindestbasis erreichen.

Wir werden natürlich, das habe ich auch immer gesagt, auch wenn es neue gute Ideen gibt, liebe Frau Dr. Trüpel, wenn die entsprechenden Untersuchungen eine positive Chance ergeben, Kulturhauptstadt Europas zu werden, dies auch finanziell entsprechend ausrüsten, weil es uns als ein sinnvolles Ziel erscheint, das wir auch gemeinsam über die Parteigrenzen hinweg tragen wollen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, das freut mich!)

(C) Eine Bemerkung zum Bereich der Baupolitik: Natürlich, lieber Kollege Böhrnsen, bringt jeder Einwohner Einnahmen. Deshalb ist es richtig, dass wir gemeinsam den Bereich der Neubürgeragentur entwickelt haben. Wir wollen das auch während dieser Haushaltsberatungen finanziell absichern. Ich gestehe durchaus zu, dass die erste Äußerung im öffentlichen Bereich natürlich aus der SPD-Fraktion kam, dafür kam von uns das erste Konzept. Sie hatten die Idee, wir hatten das Konzept, das ist doch eine hervorragende Zusammenarbeit!

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Lieber Herr Kollege Böhrnsen, zu der erfolgreichen Arbeit der Neubürgeragentur gehören natürlich auch neue Flächen, und da wird mir Angst und Bange. Deshalb hoffe ich, dass Frau Wischer wirklich nun endlich alles dazu beiträgt, dass sich die Bebauung der Osterholzer Feldmark und in Brokhuhting realisieren lassen, damit wir für die Neubürger tatsächlich auch ein Angebot in dieser Stadt haben.

(Beifall bei der CDU)

(D) Eine letzte Bemerkung auch zu dem Bereich, den Sie genannt haben, der Stadtreinigung: Wir kennen das ja schon, zunächst einmal die Probleme und das Chaos auslösen und dann die CDU zur Hilfe rufen!

(Lachen bei der SPD)

Wir werden Ihnen helfen! Nachdem die SPD-Fraktion selbst die Vorschläge der Senatskanzlei und der Bausenatorin zurückgezogen hat, werden wir uns gern mit Ihnen hinsetzen, weil uns die Stadtreinigung am Herzen liegt und wir eine vernünftige Lösung für dieses Problem haben werden.

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Parlamentarier und insbesondere die Mitglieder des Haushaltsausschusses haben schwere Wochen vor sich. Anmeldungen für 150 Millionen DM gab es noch im Ressort, 25 Millionen DM Restmittel stehen zur Verfügung. Ich wünsche dem Haushaltsausschuss viel Erfolg bei seinen Beratungen, und ich freue mich jetzt schon auf die zweite Lesung im Dezember! – Vielen Dank!

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Mützelburg.

(A) Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Eckhoff, Sie haben sich mit Ihrer vehementen Rede ja fast für einen Hamburger Senatorenposten empfohlen!

(Abg. E c k h o f f [CDU]: So leicht werdet ihr mich nicht los hier!)

Meine Damen und Herren, die Koalition hat sich wieder redliche Mühe gegeben, auf die Grünen einzuschlagen, insbesondere Herr Kollege Böhrnsen. Sie haben das erzählt, was Sie an dieser Stelle immer wieder erzählen müssen, wir hätten kein Konzept für die Sanierung, Sie wären auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der CDU)

Danke für den Beifall! Sie haben es nötig, ja?

Schauen wir uns doch einmal die Lage an! Frau Kollegin Linnert hat ja darauf hingewiesen, was Sie hier eigentlich von uns verlangen, ist, dass wir Ihre Probleme lösen.

(Lachen bei der CDU)

(B) Sie haben das Geld der nächsten Jahre ja schon weitgehend ausgegeben! Wenn man dem Finanzsenator und seinem Haus glauben kann – und ich glaube ihm im Regelfall, was die Zahlen betrifft –, dann stehen vom Investitionssonderprogramm für diese Legislaturperiode noch ganze zehn Millionen DM zum Ausgeben zur Verfügung, die nicht verpflichtet und festgelegt sind. Von den Beträgen bis zum Jahr 2010, über die noch niemand beschlossen hat, über die es eine Art Anschlussinvestitionsprogramm gibt, sind schon knapp 50 Prozent festgelegt, meine Damen und Herren. Das sind die Gestaltungsspielräume für die Zukunft, die jetzt festgelegt und zum größten Teil auch schon fest einbetoniert sind.

Was Sie von uns verlangen, ist, dass wir dieses Geld aus dem Beton wieder herausholen und in der Zukunft noch einmal verfügbar machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dieses Wunder, das gebe ich gern zu, schaffen auch die Grünen nicht! Deshalb verlangen wir jetzt auch überhaupt nicht, dass irgendjemand hier ein Wunder schafft. Wir unterscheiden uns in einem Punkt: Wir wollen hier keine Marketingstrategie, sondern wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern Bremens sagen, was Tatsache ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) Tatsache ist, dass die Belastungen, Herr Perschau hat ja den Schuldenstand für den einzelnen Bürger angedeutet, pro Kopf der Bevölkerung wachsen und nicht abnehmen. Das muss man offen sagen. Das führt in der Tat dazu, und das wird auch bei den Grünen nicht bestritten, dass wir nicht darum herumkommen, neue Schulden zu machen. Wir streiten uns gar nicht darüber, Herr Perschau.

Die jetzige Lage hat sich gegenüber der Debatte vor vier oder fünf Jahren verändert, das Geld ist weg, und niemand schafft es wieder herbei. Da das aber so ist, ist es noch wichtiger, sich darum zu streiten, wofür die Gelder ausgegeben werden, die wir jetzt auf Kosten unserer Kinder aufnehmen müssen. Darum geht heute der Streit in Wirklichkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Kollege Eckhoff, wenn Sie sagen, die Grünen wollten den alten Schlendrian wieder haben, nichts dergleichen! Schon als wir regiert haben, haben wir versucht, mit ganz vielen Elementen anzufangen, die Herr Perschau heute in seiner Rede ja gelobt und die die Regierung jetzt konsequent fortgesetzt hat. Das ist doch gar nicht unser Problem. Wir wollen aber nicht den neuen Schlendrian, den man in der einen oder anderen staatlichen Gesellschaft wunderschön beobachten kann. Das fängt bei den Geschäftsführergehältern an, die weit oberhalb auch dessen liegen, was ein Senator in diesem Lande verdienen kann, und das hört nicht da auf, wo und wie unkontrolliert ohne öffentliches Vergaberecht, ohne Ausschreibungen Aufträge vergeben werden.

(D) Wenn Sie mir nachweisen, dass in diesen Gesellschaften überall und grundsätzlich das erreicht wird, was Sie erreichen wollten, Transparenz und Kostensenkung, dann, Herr Perschau und Herr Eckhoff, können wir noch einmal über Schlendrian reden. Da gibt es aber soviel Schlendrian wie in der öffentlichen Verwaltung. Das verwundert auch gar nicht, weil letztlich diese Gesellschaften die verlängerte Werkbank des Staates sind und nur eine neue Organisationsform haben, ohne dass alle alten Schwächen beseitigt worden sind. Da wollen wir genau hinschauen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich habe mich über Ihren Beitrag, Herr Böhrnsen, sehr gefreut, auch wenn Sie ein bisschen Polemik gegen die Grünen loswerden mussten, weil Sie jetzt einmal versucht haben, genauer zu beschreiben, was Neujustierung des Investitionssonderprogramms ist. In der Tat haben Sie jetzt das ziemlich präzise – nicht im Detail, das schauen wir uns ja noch einmal an – ausgeführt, was wir Grünen hier seit vier Jahren zum Investitionssonderprogramm sagen:

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(A) Anknüpfen an den eigenen Bremer Stärken, nach außen Neues gewinnen und nach innen die Bürger in diesem Stadtstaat halten! Das Halten ist im Moment mindestens genauso wichtig wie das Gewinnen neuer Bürger, darüber müssen wir uns klar sein, denn noch sinkt die Einwohnerzahl in dieser Stadt.

Es ist wichtig, vor allen Dingen junge Menschen hier in dieser Stadt zu halten. Ich glaube, darüber muss man sich klar werden. Es muss Schluss sein damit, ich danke Ihnen auch, dass Sie das noch einmal ausdrücklich gesagt haben, egal wie der haushaltsrechtliche Investitionsbegriff ist, dass Ausgaben für junge Bürger in dieser Stadt, die wir hier halten wollen, keine einfachen konsumtiven Ausgaben sind, die einfach nur dem Verzehr unseres Vermögens dienen, sondern sie dienen gleichzeitig dem Zuwachs am volkswirtschaftlichen Vermögen dieser Stadt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Ich komme jetzt noch zu zwei Punkten. Der eine Punkt, den haben jetzt alle angesprochen, ist die Bildungspolitik, meine Damen und Herren. Herr Eckhoff hat Recht, Geld ist da nicht alles, aber ohne Geld geht nichts, auch nicht in der Bildungspolitik. Man kann über die eine oder andere Umverteilung reden, aber das wird nicht ausreichen. Es wird auch nicht ausreichen zu sagen, wie die SPD es im Moment sagt, wir leisten über die Bildungspolitik einen Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Erziehung, was insbesondere die Frauen betrifft, durch verlässliche Grundschule, durch Ganztagsangebote. Darin liegt gesellschaftlich ein richtiger Kern, aber ich glaube, wir müssen noch genauer darüber nachdenken.

Das Wesentliche in der Bildungspolitik ist nach unserer Überzeugung, dafür zu sorgen, dass mehr junge Menschen in dieser Stadt besser qualifiziert sind, dass mehr Leute Abitur machen, dass insgesamt mehr Schüler Haupt- und Realschulabschlüsse bekommen, weil das das Zukunftspotential für Bremen ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn man feststellt, dass während der Amtszeit der großen Koalition die Zahl der Abiturienten prozentual und in absoluten Zahlen zurückgegangen ist und dass die Zahl der Hauptschüler, die ohne Abschluss von der Schule gehen, nach wie vor bei zehn Prozent liegt, dann ist das kein Ruhmesblatt für die Bildungspolitik und zeigt deutlich, dass es in der Bildungspolitik das Wichtigste ist, qualitativ etwas zu tun, die Kinder zu fördern, ein flexibles Schulsystem zu haben, in dem die Lehrer mehr Chancen haben, etwas für die Kinder zu tun, und sich weniger ab-

plagen müssen mit den Verwaltungsvorschriften und Regularien einer Behörde. (C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der zweite Punkt ist: Herr Perschau, Sie weisen uns neuerdings immer wieder darauf hin, dass wir mit wachem Blick durch diese Stadt gehen sollen. Das machen, glaube ich, alle. Natürlich sehen wir Baustellen, die Schlachte sehen wir jeden Tag, weil wir da unser Büro haben, und das haben wir schon vorausschauend da gemietet. Das ist, glaube ich, nicht der Kernpunkt, sondern wenn man mit wachen Augen durch die Stadt geht, sieht man natürlich auch noch einige andere Sachen.

Man sieht zum Beispiel in der Innenstadt trotz teurer Umbaumaßnahmen, die wir ja im Prinzip nicht abgelehnt haben, dass die Einzelhandelsquadratmeterfläche dort in der ganzen Zeit der großen Koalition um keinen Quadratmeter gestiegen ist, dass aber die Leerstände gestiegen sind. Wenn wir durch den Bereich gehen – heute wird noch einmal in der Stadtbürgerschaft darüber diskutiert –, in dem ich lebe, durch das Steintor und den Ostertorsteinweg, haben wir da heute Leerstände, die im ganz anderen Umfang als vor fünf, sechs oder sieben Jahren vorhanden sind. Wenn ich die Straße An der Weide in der Innenstadt ansehe, dann ist da fast jeder Laden mittlerweile zu. Das sind auch Entwicklungen. (D)

Jetzt würde Herr Hattig sagen, so ist das in der Wirtschaft mit den Entwicklungen und der Umstrukturierung. Nein, das ist es nicht allein! Es geht auch darum, was gefördert wird und was nicht. Diese Koalition setzt seit sechs Jahren auf den Ausbau des großflächigen Einzelhandels. Letztlich gehört auch der Space-Park dazu, den Sie jetzt hier gerade gelobt haben, das Walle-Center, das Hansa-Carrée und was es noch alles gibt. Wenn ich die Planungen für die Nebenzentren ansehe, sind das alles Infrastrukturförderungen, die nicht gerade den kleinen und mittelständischen Einzelhandel in den gewachsenen Gebieten stärken. Das ist auch ein Politikpunkt in dieser Stadt, über den wir ernsthaft reden müssen, wenn man mit wachen Augen durch die Stadt geht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn Herr Böhrnsen Recht hat, dass wir überall, wo sie leben, etwas für die Bürger in dieser Stadt tun müssen, dann gehört auch dazu, den kleinen und mittelständischen Einzelhandel zu fördern, die gewachsenen Standorte und Stadtteile zu halten und nicht einfach auf der grünen Wiese alles zuzubetonieren.

Herr Eckhoff, da können wir gleich noch einmal mit dem Wohnungsbau anknüpfen. Das Kernproblem in Bremen ist im Moment nicht, dass es keine Woh-

(A) nungsbauflächen gibt. Ihnen geht es nicht schnell genug.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Im Augenblick liegt das Problem in der ökonomischen Situation, dass nicht alle Wohnungen in den Neubaugebieten überhaupt so ohne weiteres an den Mann gebracht werden können. Unsere Aufgabe ist eigentlich viel mehr, dafür zu sorgen – Bremen hat ja im Grunde genug Wohnungen bei sinkender Einwohnerzahl –, dass das, was vorhanden ist, auch attraktiv für junge Bürger und Bürgerinnen in dieser Stadt wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das gehört, glaube ich, auch zu einer Umjustierung, Herr Kollege Böhrnsen.

Meine Damen und Herren, wir werden noch im Einzelnen über die Haushaltsfragen reden, über das, was Herr Eckhoff noch an Wohltaten für Bildung und Polizei vollbringen wird. Wir werden auch sicherlich noch einmal über die innere Sicherheit reden müssen. Ich will das jetzt hier nicht vertiefen, weil auch da das Problem nicht allein in der Ausweitung des Personals liegt, sondern es sind auch qualitative Seiten zu berücksichtigen sowohl beim Personal als auch in den Aktionsfeldern, in denen gearbeitet wird.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will nur zum Schluss noch eines für das Parlament sagen: Herr Senator Perschau, was mich in Ihrer Rede sehr wenig erfreut hat, unabhängig von all den politischen Seiten, war, dass Sie dieses Forum hier genutzt haben, um den Rechnungshof anzugreifen, nicht weil der Rechnungshof ein heiliges Instrument ist, aber der Rechnungshof ist letztlich ein Instrument des Parlaments. Das Parlament hat Rechnungsprüfungsausschüsse, und diese Ausschüsse bewerten die Aussagen des Rechnungshofs. Sie bewerten sie einmal zustimmend, einmal lehnen sie sie ab, einmal nehmen sie sie zur Kenntnis. Sie gehen ernsthaft damit um und tragen dann dem Parlament vor, was sie davon halten.

Der Senat muss uns dann meiner Meinung nach nicht belehren, und ich hoffe, zumindest die Kollegen in den Rechnungsprüfungsausschüssen unterstützen diese Position, weil wir diejenigen sind, die den Senat zu seiner Stellungnahme zu den Meinungen des Rechnungshofes befragen werden und die sich dann ihr Urteil bilden. Ob sie die Meinung des Rechnungshofes teilen oder nicht, das Entscheidende ist, glaube ich, dass wir ihn erhalten als ein kritisches und auch von der Regierungspolitik möglichst unabhängiges Instrument. Die Bewertung seiner Tä-

tigkeiten ist unsere Angelegenheit. Meiner Meinung nach muss der Senat dabei nicht vorangehen.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass ich Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses bin. Deshalb werde ich hier heute, Herr Kollege Eckhoff, so früh nicht die Dankesworte sprechen, weil die Kollegen und Kolleginnen, die im Finanzressort arbeiten, aber auch die, die jetzt in den Fachressorts mit dem Haushalt beschäftigt sind, sicherlich aufgrund der Arbeit der Regierungsfractionen und erst Recht aufgrund der Arbeit der Oppositionsfractionen noch viele harte Tage, Wochen und auch Nächte Arbeit vor sich haben werden. Dann danken wir vielleicht noch einmal zusammen. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen.

Es ist vereinbart worden, bei den Haushaltsgesetzen zuerst die erste Lesung durchzuführen, um im Anschluss daran über die Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss und an die Ausschüsse, deren Aufgabenbereiche betroffen sind, abzustimmen.

(D)

Als Erstes lasse ich über das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2002 in erster Lesung abstimmen.

Meine Damen und Herren, wer das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2002, Drucksache 15/787, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und
Abg. T i t t m a n n [DVU])

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Jetzt lasse ich über das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2003 in erster Lesung abstimmen.

Wer das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2003, Drucksache

- (A) 15/787, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und
Abg. T i t t m a n n [DVU])

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Meine Damen und Herren, bei den verschiedenen Vorlagen zum Haushalt 2002 und 2003 ist die Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss, federführend, sowie die Ausschüsse, deren Aufgabenbereiche betroffen sind, vorgesehen. Dies sind gemäß Paragraph 63 a Absatz 2 unserer Geschäftsordnung der Rechtsausschuss, der Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen, der Datenschutzausschuss, der Ausschuss für die Gleichberechtigung der Frau, der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit, der Ausländerausschuss und der Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten.

- (B) Jetzt lasse ich über die Überweisung abstimmen.

Wer der Überweisung der Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2002 und 2003, Drucksache 15/787, der Haushaltspläne und der Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2002 und 2003, der Produktgruppenhaushalte für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 und der produktgruppenorientierten Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss, federführend, und die entsprechenden Ausschüsse seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Haushaltsgesetze 2002 und 2003, die Haushaltspläne und Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2002 und 2003, die Produktgruppenhaushalte für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 und die produktgruppenorientierten Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss, federführend, sowie an die entsprechenden Ausschüsse.

(Einstimmig)

Außerdem möchte ich Sie darum bitten, damit einverstanden zu sein, dass die bei der Verwaltung der

Bremischen Bürgerschaft noch eingehenden Anträge und Änderungsanträge zu den Haushalten 2002 und 2003 unmittelbar an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss sowie die entsprechenden Ausschüsse weitergeleitet werden. Die Ausschüsse werden gebeten, dem Haushalts- und Finanzausschuss Bericht zu erstatten, und dieser wiederum wird gebeten, der Bürgerschaft (Landtag) einen Gesamtbericht vorzulegen.

Ich stelle Einverständnis fest!

Jetzt lasse ich über das Nachtragshaushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2001 in erster Lesung abstimmen.

Meine Damen und Herren, wer das Nachtragshaushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2001, Drucksache 15/788, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und
Abg. T i t t m a n n [DVU])

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Auch hier ist nach der ersten Lesung die Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss vorgesehen.

Wer der Überweisung des Nachtragshaushaltsgesetzes und des Nachtragshaushaltsplanes der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2001 zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist das Nachtragshaushaltsgesetz und den Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2001 zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

(Einstimmig)

Zum Schluss lasse ich über die Finanzwirtschaftlichen Rahmenseetzungen der Haushaltsaufstellungen 2002 und 2003, Finanzplanfortschreibungen 2001 bis 2005, abstimmen.

Auch hier ist die Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss vorgesehen.

(C)

(D)

(A) Wer der Überweisung der Finanzwirtschaftlichen Rahmensetzungen der Haushaltsaufstellungen 2002/2003, Finanzplanfortschreibungen 2001 bis 2005 zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Finanzwirtschaftlichen Rahmensetzungen der Haushaltsaufstellungen 2002/2003, Finanzplanfortschreibungen 2001 bis 2005 zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

(Einstimmig)

„Zukunft der Union“ – Vorbereitung der Regierungskonferenz der EU 2004

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU vom 14. August 2001 (Drucksache 15/781)

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Dr. Scherf, ihm beigeordnet Staatsrat Bettermann.

(B) Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir debattieren heute in Fortführung einer guten Tradition einen gemeinsamen Antrag zur Zukunft der Union. Ich bedanke mich, dass es möglich war, auf der Grundlage des Entwurfes vom Bündnis 90/Die Grünen eine Entschließung aller Fraktionen vorzulegen. Auf einen Punkt, auf den wir dabei verzichten mussten, werde ich später eingehen.

(Unruhe auf dem Besucherrang)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung der Sitzung 12.10 Uhr)

*

Vizepräsident Ravens eröffnet die Sitzung wieder um 12.11 Uhr.

Vizepräsident Ravens: Herr Dr. Kuhn, ich bitte fortzufahren!

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Fraktion verbindet mit diesem Antrag die Erwartung, dass der Senat auf der Grundlage dieses Antrages in Zukunft Europapolitik machen wird. Ich füge hinzu, dass wir erwarten, dass es eine bessere Europapolitik als bisher sein wird.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, ich möchte mit den Ereignissen der letzten Woche beginnen, die ins Zentrum der Europapolitik führen. Die große Triebkraft und Legitimation der europäischen Einigung, die Sicherung des Friedens, schien allmählich im Bewusstsein zu verblassen. Die letzten Wochen haben uns dramatisch vor Augen geführt, dass die Frage des äußeren wie des inneren Friedens nach wie vor ein entscheidender Existenzgrund der Europäischen Union ist.

Die Bedrohung dieses Friedens hat auch die europäischen Regierungen wieder zusammenrücken lassen. Wo sonst über nationale Kompetenzen sehr streng und eifersüchtig gewacht wurde, etwa in der Innen- und Justizpolitik, geht es jetzt wieder ein Stück weiter auf dem Weg in die „immer engere Union der Völker Europas“, wie die Verträge es vorsehen. Das liegt einfach daran, dass die Probleme unserer real zusammenwachsenden Welt anders nicht mehr zu lösen sind. Wir geben, und das ist die Kernidee der europäischen Einigung, Teile unserer Kompetenzen und unserer Macht ab, um überhaupt wieder in die Lage zu kommen, unser Leben gemeinsam zu gestalten. Dieser Antrag ist auch ein Appell, sich wieder auf diese Grundidee europäischer Politik zu besinnen.

(D)

Meine Damen und Herren, „Zukunft der Union“ heißt der Beschluss, den der europäische Gipfel von Nizza im vergangenen Jahr gefasst hat, spätestens im Jahr 2004 eine Konferenz abzuhalten und die Debatten um die Zukunft der europäischen Institutionen zusammenzufassen und zu einem Ergebnis zu bringen, zu einem „Verfassungsvertrag“, der auch eine erweiterte Union auf Dauer trägt.

Die deutschen Länder haben besonders auf diese Debatte gedrängt. Sie wollten vor allen Dingen, dass die Frage der Kompetenz erstens klarer geregelt und natürlich auch vor allen Dingen zu Gunsten der deutschen Länder verändert wird. Der Ihnen heute vorliegende Antrag nimmt ausführlich zu dem so genannten Post-Nizza-Prozess Stellung, zum Verfahren wie auch zu den Grundsätzen der Reform. Ich will die Kernpunkte nur knapp zusammenfassen.

Erstens: Die kommende Regierungskonferenz soll durch einen Konvent vorbereitet werden, in dem Parlamentarier sowohl der europäischen als auch der nationalen Ebene eine entscheidende Stimme haben und dessen Arbeitsweise offen und transparent

(A) ist. Ich sehe, dass dieses Ziel eigentlich gegenwärtig eher Konsens wird.

Zweitens: Wir gehen nicht davon aus, dass die europäischen Institutionen die Verteilung der Macht untereinander ganz neu erfinden müssen. So interessant die visionären Debattenbeiträge sind – auch Spitzenpolitiker meiner Partei haben sich ja daran beteiligt –, ich bin doch eher für eine gewisse Skepsis gegenüber den so genannten großen Sprüngen nach vorn. Wir schlagen stattdessen eher eine beharrliche Weiterentwicklung vor in Richtung größere Transparenz der Arbeit des Europäischen Rates, Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen und vor allem und ganz entschieden mehr Rechte für das Europaparlament.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, Demokratisierung ist eben nach wie vor zuallererst Parlamentarisierung. Das bedeutet in unseren Augen nicht eine personelle Vermischung von Europaparlament und nationalen Parlamenten. Es bedeutet weitere Stärkung der Befugnisse des Europaparlaments und Stärkung der Macht der nationalen Parlamente zur Kontrolle der Mitgliedsstaatsregierung, und, das ist für uns ein Kernpunkt in dieser Debatte, es heißt auch Stärkung der deutschen Landesparlamente gegenüber den Landesregierungen, was die Formulierung und Kontrolle deren Europapolitik angeht.

(B)

Da gibt es, weiß Gott, noch eine Menge zu tun. Ich habe das gerade in der letzten Woche erlebt, als wir mit dem Ausschuss in Brüssel waren. Die Bürgerschaft wird immer erst über die Position des Senats informiert, wenn schon ein einstimmiger Beschluss der Europaministerkonferenz oder gar der Ministerpräsidentenkonferenz gefasst ist, an dem dann kaum noch zu rütteln ist. Wir wollten mit unserem Entwurf des Antrags der Bürgerschaft die Möglichkeit geben, sich vor Beschlussfassung der Ländergremien eine Meinung zu bilden und dem Senat auch zu sagen, in welcher Richtung er agieren soll. Das nimmt das nationale Parlament selbstverständlich für sich in Anspruch. Ich finde auch, ein Länderparlament muss das für sich in Anspruch nehmen, wenn es Europapolitik machen will. Ich bedauere, dass die Koalition diese Formulierung abgelehnt hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zu der von den deutschen Ländern in den Vordergrund gestellten Kompetenzverteilung gibt der Antrag nur eine Richtung an, da ja hier auch noch keine Vorschläge auf dem Tisch liegen. Wir wollen eine klare Kompetenzverteilung, ja, das ist auch notwendig. Eine solche Zuteilung darf aber kein starres Korsett schaffen, das es der EU erschweren oder unmöglich machen würde, flexibel auf neue Ent-

wicklungen zu antworten. Sie darf auch kein Vorwand sein, und das zeichnet sich in der Frage der Strukturpolitik ab, sich aus der europäischen Solidarität davonzumachen.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Insgesamt, meine Damen und Herren, relativiert der Antrag die Bedeutung der institutionellen Fragen, auch der Fragen, die den Ländern so an den Herzen liegen. Er wendet sich wieder mehr den Erwartungen und Hoffnungen der Menschen an die Inhalte europäischer Politik zu, denen wir uns stellen müssen, eben der Chance jedes Bürgers, in Freiheit zu leben, sich ausbilden lassen zu können, arbeiten zu können und das Recht auf gesunde Nahrung und eine intakte Umwelt. Das ist das, was wir von Europa erwarten. Der Formulierung solcher Politik auf europäischer Ebene müssen wir mehr Gewicht beimessen.

Sie kennen ja alle die sehr facettenreiche Kritik an der so genannten Globalisierung, die zum Teil ja auch die EU einschließt. Die EU muss in dieser Debatte, die viele Menschen, und zwar von verschiedenster Seite, bewegt, zeigen, dass die europäische Vereinigung nicht Teil des Problems ist, sondern dass sie Teil der Lösung ist, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D)

Ich bin davon überzeugt, auch in Fragen der Sozialpolitik, der Steuerpolitik, des lebenslangen Lernens und der Umweltpolitik stehen gemeinsame und koordinierte Anstrengungen der EU auf der Tagesordnung. Es ist nicht die Frage entscheidend, wo die Kompetenz formal liegt, am Ende ist entscheidend, wie wir gemeinsam Kompetenz in Europa mobilisieren, um diese Fragen zu lösen. Ich bin überzeugt, es gibt eine europäische Tradition, Gesellschaften so zu gestalten, dass sie Markt und den Schutz vor dem Markt, dass sie Freiheit und Solidarität verbinden. Wir müssen diese Tradition in Europa aber deutlicher sichtbar machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, ich hatte eingangs gesagt, dass auf der Grundlage dieses Antrages nach unserer Auffassung eine bessere Europapolitik des Landes möglich ist. Ich kritisiere ausdrücklich nicht das Büro in Brüssel. Wir waren letzte Woche da und haben uns von deren Arbeit wieder überzeugen können. Ich begrüße an dieser Stelle auch ganz herzlich den Leiter des Brüsseler Büros, der hier anwesend ist. Ich kritisiere das politische Auftreten in den letzten Jahren, den Versuch, sich der weiteren europäischen Integration mit Hinweis auf unveräußerlichen Landesbesitz entgegenzustellen. Dieser Versuch ist schon gescheitert bei den Landesbanken und

(A) bei dem Versuch, um die so genannte Daseinsvorsorge einen Zaun zu ziehen. Er wird auch bei der Kompetenzzuordnung scheitern, wenn die Länder den ernsthaften Versuch machen wollten, sich selbst das Recht wiederzuholen, ihre Strukturpolitik und damit auch die gesamte Frage der Subventionen wieder allein entscheiden und gestalten zu können. Das wird scheitern. Dafür gibt es keine Chance. Hier gibt es auch keine Resonanz in den anderen Ländern der Europäischen Union.

Verheerend aber, meine Damen und Herren, ist, und ich sage das immer wieder, der Ton, in dem dies vorgetragen worden ist. Damit Sie verstehen, was ich meine, darf ich aus dem „Spiegel“ vom März dieses Jahres den Bürgermeister Dr. Scherf zitieren, der dort gesagt hat, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: „Nichts gegen Europa, aber wir brauchen eine Kommission, die uns vor Ort nicht ständig mit bürokratischem Kleinkram erdrückt.“ Auf Nachfrage des Journalisten: „Die machen doch auch nur ihren Job!“ sagt Herr Scherf: „Ach was! Immer wenn wir in Schwierigkeiten geratenen Unternehmen helfen wollen, damit unsere Wirtschaftsstruktur nicht zusammenbricht, kommt irgend so ein Bürokrat aus Brüssel, der von dem, was bei uns los ist, keine Ahnung hat, holt seine Chicago-Boys-Lehrbücher heraus und sagt, dass man das nicht darf. Dann werden wir in den Ländern komisch, alle.“

(B) (Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, es werden aber einige besonders komisch, dazu gehört in der Tat der Präsident des Senats.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Er kann ja mit dieser Rede nur den Bremer Vulkan meinen. Ich kann nur sagen, und das war das einmütige Ergebnis des Untersuchungsausschusses zu dieser Frage: Gut, dass die Europäische Kommission ihren Job gemacht hat, sonst hätte eine Landesregierung noch Hunderte Millionen Steuergelder in ein schwarzes Loch versenkt,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

weil sie zu feige war, den Menschen hier in dieser Stadt die Wahrheit zu sagen! Dafür gab es keinen anderen Grund.

Solche Äußerungen zu machen, meine Damen und Herren, und dann scheinheilig auf Europaskepsis hinzuweisen und sie zu beklagen, das nenne ich eine unverantwortliche Europapolitik. Eine solche Politik ist durch Beschlüsse dieses Hauses, Gott sei Dank, nicht gedeckt und wird nach diesem Antrag erst recht nicht gedeckt sein.

Meine Damen und Herren, gestattet Sie mir am Ende und sozusagen eigentlich außerhalb meines

Beitrages noch einige Sätze! Staatsrat de luxe Herr Bettermann wird ja gleich seine Jungferrede hier in diesem Haus halten, die gleichzeitig seine Abschiedsrede sein wird.

(Abg. K l e e n [SPD]: Zwei Reden auf einmal!)

Ich gestehe, ich bedauere beides, dass er nicht schon früher hier zu Europa geredet hat, mancher schrille Ton wäre hier dann vermieden worden, ich bedaure auch, dass er heute geht.

Sehr geehrter Herr Bettermann, Sie werden sich in diesen Tagen noch viele Würdigungen, Sie nennen sie ja Grabesreden, anhören müssen. Ich möchte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nur sagen, dass wir uns in Respekt von Ihnen verabschieden. Ich kann das ja heute sagen, ohne dass es Ihnen schadet.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie waren im besten Sinne ein bremischer Spitzenbeamter, ein bremischer Gesandter, immer loyal, aber immer auch fair gegenüber der Opposition. Ich jedenfalls konnte mich immer gut mit Ihnen streiten, denn Sie haben das Parlament geachtet, soweit das einem Staatsrat naturgemäß möglich ist. Sie hatten auch eine Idee und eine Überzeugung von Europa.

Unsere Fraktion und auch ich ganz persönlich, wir bedanken uns für die gute Zusammenarbeit und wünschen Ihnen sehr viel Erfolg bei Ihrer neuen Aufgabe! – Schönen Dank!

(Beifall)

Vizepräsident Ravens: Das Wort hat der Abgeordnete Nalazek.

Abg. **Nalazek** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist sehr erfreulich, dass die Fraktionen zu einer gemeinsamen Vorlage zum Thema „Zukunft der Union, Vorbereitung der Regierungskonferenz der EU 2004“ gekommen sind. Mit diesem Antrag bekunden alle drei Fraktionen, dass wir in Bremen ein gemeinsames Interesse zur Fortentwicklung der Europäischen Union haben.

Es geht uns nicht darum, die Bürokratie in Brüssel zu verstärken oder die Macht der Ministerialbürokratie der Mitgliedsstaaten zu verbreitern. Im Gegenteil, wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Aufgabenverteilung in der Europäischen Union nach dem Prinzip der Subsidiarität vorgebracht wird. Konkret: Was die Gemeinschaft besser kann, sollte die Gemeinschaft tun. Was in den Mitgliedsstaaten in den Regionen und Kommunen besser selbst erledigt werden kann, sollte im Rahmen einer neuen

(C)

(D)

- (A) Kompetenzordnung der Europäischen Union stärker dem regionalen Einflussbereich zugeordnet werden. Damit würde sich eine klare und durchschaubare Abgrenzungsposition zwischen der europäischen Ebene, das heißt dem Europaparlament, Ministerrat und Kommission, sowie der nationalen Ebene, den nationalen Parlamenten und ihren jeweiligen Regierungen sowie den regionalen und kommunalen Vertretungskörperschaften, ergeben. Eine ganz besondere Rolle und gewichtige Bedeutung hat hierbei die starke Einbeziehung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger in die Entscheidungsvorbereitung und deren Umsetzung für gesamteuropäische Fragen und Probleme.

Meine Damen und Herren, Europa ist nach wie vor für viele Bürgerinnen und Bürger undurchsichtig. Wer was entscheidet, wer wo verantwortlich ist und wer welche Zuständigkeiten hat, können viele Bürgerinnen und Bürger einfach nicht nachvollziehen. Die Weiterentwicklung der Europäischen Union ist aber zu bedeutsam, um sie nur der großen Politik zu überlassen. Der Bürger muss die europäische Einigung als ein Gemeinschaftswerk empfinden, das sich um seine Anliegen kümmert und ihm konkrete Vorteile bringt.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Wesentlich für eine erfolgreiche Politik der Bürgernähe ist, dass sich eine bürgernahe Europäische Union auf die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften stützt, die aktiv am Aufbau des Europas von morgen mitwirken möchten. Sie sind in der Lage, Netzwerke für Solidarität und den Austausch der Erfahrungen einzurichten, da sie in den Politikbereichen mit der größten Bürgernähe tätig sind und somit die Bedingungen für gutes Regieren gewährleisten. In diesem Zusammenhang möchte ich betonen, dass in der Präambel des Vertrages über die Europäische Union die unumgängliche Verpflichtung festgeschrieben ist, sich bei Entscheidungen um Bürgernähe zu kümmern.

Für den Bürger ist das Gefühl der Bürgernähe mit guter Politik gleichzusetzen, das heißt mit derjenigen, die den Bedürfnissen der Gesellschaft Rechnung trägt und für Solidarität unter ihren Mitgliedern sorgt.

(Beifall bei der SPD)

Dabei sind vier Aspekte von Bedeutung. Erstens, Effizienz! Das institutionelle Gefüge aus EU, Mitgliedsstaaten und Gebietskörperschaften muss gut funktionieren und positive Resultate hervorbringen. Zweitens, Klarheit! Die Politiken der EU müssen bürokratischen Aufwand vermeiden und in ihren Zielen, Mitteln und Ergebnissen vollkommen verständlich sein. Drittens, Nähe! Die Politiken und Beschlüsse der Europäischen Union müssen denen na-

he sein, für die sie gedacht sind, so dass die Menschen sie akzeptieren und voll in ihr tägliches Leben aufnehmen. Viertens, Flexibilität! Die Bürger müssen über große Freiräume zur Mitwirkung an Beschlüssen, die für die Anwendung der Gemeinschaftspolitik bestimmend sind, verfügen.

Meine Damen und Herren, Bürgernähe in diesem Sinne ist gleichbedeutend mit funktionierender und als solcher anerkannter Demokratie in der Europäischen Union. Sie ist so ein wichtiger Baustein der politischen Entscheidungsfreiheit auf dieser Ebene, die dem Bürger am nächsten ist, um ihm größere Einflussmöglichkeiten durch demokratische Entscheidungen zu sichern. Aus diesem Grund möchten wir mit dem gemeinsamen Antrag „Zukunft der Union und Vorbereitung der Regierungskonferenz der EU 2004“ den Vereinen und Organisationen, den NGOs, den Nichtregierungsorganisationen, und den Mitgliedern des Ausschusses der Regionen, AdR, noch mehr Raum für Mitsprache einräumen.

(Beifall bei der SPD)

Sie sollen ihre Überlegungen entwickeln und vortragen können, wobei die Umsetzung dann über die Kommunal- und Landesparlamente in die Regierungsüberlegungen und die Gestaltungsrechte der nationalen Parlamente wie des Europäischen Parlaments einfließen kann. Dass dafür auch die in Nizza proklamierte Charta der Grundrechte der EU von besonderer Bedeutung ist, versteht sich von selbst.

Meine Damen und Herren, zu allen anderen im Antrag vorgestellten Positionen haben wir durch das Mittragen des Antrags unsere Standpunkte deutlich genug gemacht, Wiederholungen bringen uns da nicht weiter. Ich halte es aber für angebracht, darauf hinzuweisen, dass dieser Antrag zur Zukunft der Europäischen Union aufnimmt, was die Bundesregierung auf maßgebliche Initiative der Bundesländer als deutsche Position in Nizza vertreten hat. Die Bremische Bürgerschaft unterstützt mit dem gemeinsamen Antrag die vom Bundeskanzler Schröder dargestellten Vorstellungen. Wir Bremer Sozialdemokraten haben keinen Grund, uns nicht dazu zu bekennen.

(Beifall bei der SPD)

Im Gegenteil, Bremen hat sich schon sehr frühzeitig für die europäische Einigung engagiert. Wir können hier auf eine lange Tradition zurückblicken. Der große Repräsentant der Bremer Sozialdemokratie, Bürgermeister Wilhelm Kaisen, hat sich in der Zeit, als der europäische Einigungsprozess höchst umstritten war, stark für die westeuropäische Einigung eingesetzt und damit Krach und Auseinandersetzungen mit der Bonner Parteispitze in Kauf genommen. Von der Montanunion über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, EWG, bis zur Europäischen Gemeinschaft, EG, und der Europäischen

(C)

(D)

- (A) Union, EU, gab es eine eindeutige bremische Haltung, immer vertreten durch Bürgerschaft und Senat. Damals wie heute wollten wir beim europäischen Einigungsprozess eine förderliche Rolle spielen. Durch konkretes Handeln und öffentliches Engagement haben wir das in all den Jahrzehnten unter Beweis gestellt.

Der Präsident des Senats und der Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen haben im Jahre 2000, als Bremen den Vorsitz in der Ministerpräsidentenkonferenz innehatte, maßgeblich die Haltung der Länder zur Regierungskonferenz in Nizza geprägt und im Schulterschluss mit allen Ländern wirkungsvoll gegenüber der Bundesregierung vertreten. Wir gehen nun davon aus, dass der Senat auch in den kommenden Beratungen im Rahmen des Post-Nizza-Prozesses engagierte Position bezieht und die europapolitische Interessenlage der Freien Hansestadt Bremen einbringt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, im Sinne dieser Grundposition haben wir diesen Antrag mit vorgelegt. Er will die Rechte des Europaparlaments und damit der wirklichen Volksvertreter stärken. Er will den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsame Grundrechte in der Europäischen Union sichern, und er will eine sachgerechte Aufgabenteilung im Sinne der Subsidiarität erreichen und die Chancen für eine Bürgergesellschaft auf europäischer Ebene vorbereiten.

(B)

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir auch ein persönliches Wort an Herrn Staatsrat Bettermann! Zum Ende Ihrer Amtszeit, Herr Bettermann, möchte ich Ihnen herzlich Dank sagen für die gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren. Gleichzeitig wünsche auch ich Ihnen viel Erfolg bei Ihrer neuen Tätigkeit als Intendant bei der „Deutschen Welle“! – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält der Abgeordnete Neumeyer.

Abg. **Neumeyer** (CDU *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich freue mich, dass es uns erneut gelungen ist, bei dem wichtigen Thema „Zukunft der Union“, bei der zukünftigen Gestaltung der Europäischen Union wieder ein Einvernehmen, einen einheitlichen Antrag dieses Parlaments, zumindest der großen Fraktionen, hier hinzubekommen.

Herr Dr. Kuhn hat natürlich Recht, dass dann, wenn man so viel Einigkeit hat, schrille Töne nicht am Platz sind. Infolgedessen hätte ich mir eigentlich auch gewünscht, dass Sie sich das eben auch

*) Vom Redner nicht überprüft.

gespart hätten. Was hat eigentlich der Vulkan, was haben irgendwelche Interviews, die zwei Jahre alt sind, denn noch mit unserem Antrag hier zu tun?

(C)

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Die Bremische Bürgerschaft befindet sich hierbei allerdings auch in guter Gesellschaft mit der Europaministerkonferenz, der Ministerpräsidentenkonferenz und dem Bundesrat, die allesamt bereits Beschlüsse hierzu gefasst haben, zuletzt der Bundesrat am 13. Juli dieses Jahres. Auch der Zeitpunkt für die Entschließung ist meines Erachtens gut gewählt, denn in den nächsten Wochen bis zum Europäischen Rat von Laaken erfolgt die erforderliche Weichenstellung für die im Januar 2002 beginnende Vorbereitungsphase, die dann, das ist bereits erwähnt worden, spätestens im Jahr 2004 in die Regierungskonferenz einmünden soll und wird.

Mit der im Dezember 2000 in Nizza verabschiedeten Erklärung zur Zukunft der Union wurde eine breit angelegte, die gesamte europäische Öffentlichkeit einbeziehende Debatte insbesondere zu den Themen Kompetenzverteilung, Status der Grundrechtecharta, Vereinfachung des europäischen Vertragswerks und Rolle der nationalen Parlamente in Europa eingeleitet. Für die deutschen Länder und ihre europäischen Partner ist diese öffentliche Debatte von weitreichender Bedeutung, denn auch die subnationale Ebene wird von ihren Ergebnissen unmittelbar betroffen sein.

(D)

Wir als Parlamentarier hier in der Bremischen Bürgerschaft haben uns auch aktiv in diese Debatte eingemischt. Insbesondere die Frage der Kompetenzverteilung hat bei uns natürlich eine zentrale Bedeutung. Hier fühlen wir uns von den Ministerpräsidenten der Länder ausdrücklich gut vertreten, egal ob das Herr Stoiber oder Herr Scherf ist. Hierbei geht es eben nicht nur um bloße juristische Instrumentarien, sondern vor allen Dingen um politische Aufgabenverteilungen zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedsstaaten in zentralen Politikfeldern. Eine ganze Reihe dieser Politikfelder berühren nämlich originär die Zuständigkeiten der deutschen Länder und damit auch der Länderparlamente, wie zum Beispiel die Kultur- und Bildungspolitik, die Umweltpolitik oder die regionale Strukturpolitik.

Wir sind also alle gut beraten, gemeinsam mit unseren europäischen Partnern die bewährten, unserer verfassungsgemäßen Ordnung entsprechenden politischen Gestaltungsräume zu erhalten beziehungsweise auszubauen. Richtschnur ist hierbei das Subsidiaritätsprinzip, also Grundsatzentscheidungen auf der staatlichen Ebene zu fällen, auf der sie zugunsten der betroffenen Bürger am besten gefällt werden können. Zugleich wird die mit der Klärung der Strukturen einhergehende Rückbesinnung der europäischen Organe auf europäische Kernthemen

(A) einen wichtigen Beitrag zu ihrer notwendigen Stärkung leisten.

Als überzeugte Europäer liegt uns sehr daran, die positive Rolle, die die europäischen Organe in der Vergangenheit gespielt haben, den Bürgerinnen und Bürgern stärker ins Bewusstsein zu rücken. Im Hinblick auf die Erklärung von Laaken und die zu schaffenden Vorbereitungsstrukturen für die Regierungskonferenz im Jahr 2004 sprechen wir uns für ein dem Grundrechtekonvent entsprechendes verwandtes Gremium aus. Die Zusammensetzung des vorbereitenden Gremiums muss eine mehrheitliche Beteiligung der nationalen Parlamente und insbesondere natürlich auch des Europäischen Parlaments als natürliche Interessenwahrer der Bürgerinnen und Bürger in den Mitgliedsstaaten sicherstellen. Überdies sind die europäischen Organe und Institutionen, die nationalen Regierungen und die Beitrittskandidatenländer angemessen in die Strukturen einzubinden.

Vom Europäischen Rat von Laaken erwarten wir eine verbindliche, unsere Forderungen berücksichtigende Festlegung von Mandatszeitplan und Verfahrensgrundsätzen für das Vorbereitungsgremium, dessen Aufgabe es sein wird, Vorschläge für den bei der nächsten Regierungskonferenz zu beschließenden Verfassungsvertrag zu erarbeiten. Es wäre gut, wenn Mandat und Zeitplan dabei ehrgeiziger ausfallen würden als in der Post-Nizza-Erklärung. So sollte der erste Vertragsentwurf nach Möglichkeit bereits im Laufe des Jahres 2003 erstellt und die Behandlung auf der Regierungskonferenz so rechtzeitig beendet werden, dass bereits mit der Europawahl 2004 in Kenntnis dieser Ergebnisse die Regierungskonferenz stattfinden kann.

(B) Der erfolgreiche und möglichst frühzeitige Abschluss eines neuen Vertrages ist eine entscheidende Voraussetzung für die Sicherung der Handlungsfähigkeit in einer erweiterten Union. Zudem würde ein signifikanter Beitrag zum Abbau des Demokratiedefizites und zur Schaffung von mehr Transparenz und Effizienz in der Europäischen Union geleistet. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, die Bürgerinnen und Bürger weiter für Europa zu gewinnen und ihre Zustimmung zu den anstehenden Herausforderungen, wie zum Beispiel zur Erweiterung, zu erhalten.

Damit die Bremische Bürgerschaft in die Lage versetzt wird, in optimaler Weise zeit- und entscheidungsnah am Politikformulierungsprozess teilhaben zu können, erwarten wir vom Senat, den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit fortlaufend über den Stand der nationalen und europäischen Willensbildung informiert zu halten.

An der Stelle darf ich dann auch abschließend dem scheidenden Staatsrat Bettermann meinen Dank aussprechen dafür, dass das in der Vergangenheit immer hervorragend geklappt hat und wir als Par-

lamentarier uns in der Tat so ernst genommen gefühlt haben, wie sich das auch gehört. Ihnen persönlich für die Zukunft alles Gute!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort Staatsrat Bettermann.

Staatsrat Bettermann: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Senat begrüßt, dass alle drei Fraktionen mit ihrem gemeinsamen Antrag diese heutige Debatte angestoßen haben, eine Debatte über die Zukunft der Europäischen Union, die damit ein wichtiger Beitrag ist zu dem vom Europäischen Rat in Nizza ausgehenden breiten öffentlichen Diskussionsprozess. Die Bürgerschaft (Landtag) bezieht damit Position für eine Fortentwicklung der europäischen Integration und benennt, so darf ich aus unserer Sicht sagen, die wichtigsten Elemente für die Verhandlungen im Rahmen des so genannten Post-Nizza-Prozesses.

Die Europäische Union steht, wie wir alle wissen, vor wichtigen Entscheidungen: wenige Tage bis zur Einführung des Euro, die Frage der Osterweiterung bis hin zum Thema des europäischen Verfassungsvertrages! Zur gleichen Zeit müssen wir ja alle erkennen, nicht nur in Bremen, nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern in fast allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, dass die Unterstützung bei den Bürgerinnen und Bürgern für die europäische Politik abnimmt.

Das in der Zeit, in der man noch mit viel Enthusiasmus vor 50 Jahren Schlagbäume durchgesägt hat und damals nie geglaubt hätte, dass man noch selbst erleben würde, einmal einen gemeinsamen europäischen Pass, geschweige denn eine europäische Währung zu haben, begründete Engagement, das man bedauern, fehlt heute. Auf der anderen Seite muss man begrüßen, dass gerade jüngere Menschen eigentlich diese Europäische Union als Selbstverständlichkeit annehmen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Meine Damen und Herren, wir wissen aber alle, Desinteresse, Uninformiertheit und Ablehnung gefährden das europäische Projekt. Nur mit den Menschen und nicht gegen sie wird die Weiterentwicklung der Union und die Erweiterung möglich sein!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Deshalb bin ich davon überzeugt, dass eine offene Debatte gerade in den Parlamenten und den Landtagen über europäische Themen von entscheidender Bedeutung ist, um die Bürgerinnen und Bürger

(C)

(D)

(A) in Europa zu sensibilisieren, die europäische Dimension konkret und erfahrbar zu machen und ein einigtes Europa als einzige Chance für Frieden, Wachstum und Gerechtigkeit anzusehen. Wenn Sie wollen, dass Europa künftig in diesem Sinne von der Gesellschaft eher als Instrument zur Lösung vieler Probleme und nicht vor allem als Träger von Problemen wie BSE und anderen Erfahrungen wahrgenommen wird, ist der konstruktive öffentliche Dialog über europäische Themen unverzichtbar. Gleichzeitig müssen wir darauf hinwirken, dass sich die Union selbst in einer Weise entwickelt, die Zustimmung und Verständnis beim Bürger findet.

Meine Damen und Herren, im vorliegenden Antrag der Fraktionen heißt es unter anderem, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: „Für viele Aufgaben der Politik sind die Mitgliedsstaaten zu klein geworden, aber für andere Aufgaben ist die Europäische Union möglicherweise zu groß geworden.“ Dies ist in der Tat der zentrale gemeinsame Befund über den heutigen Zustand der Union.

(B) Meine Damen und Herren, die tragischen Ereignisse des 11. September 2001, vor 14 Tagen, haben doch auf erschreckende Weise dokumentiert, wie anfällig unsere Zivilisation gegen derartige Terroranschläge ist. Auch Europa und die Union sind dabei, aus dem furchtbaren Geschehen in New York und Washington erste Schlussfolgerungen zu ziehen. Gegen den international agierenden Terror wird man auch in Europa nur gemeinsam vorgehen können. Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die verstärkte Zusammenarbeit in den Bereichen Inneres und Justiz, gemeinsame polizeiliche Maßnahmen, europäische Zuständigkeit bei der Flugsicherung und stärkere Kontrolle der Geldströme sind nur einige der Konsequenzen, die nun auf europäischer Ebene aus den Ereignissen in den Vereinigten Staaten gezogen werden müssen. Hier gilt: Für diese Aufgaben sind die Mitgliedsstaaten in der Tat zu klein geworden, europäische Antworten sind gefragt! Es ist offensichtlich, dass dabei auch Zuständigkeiten berührt sind, die in der Bundesrepublik Deutschland bei den Ländern liegen. Niemand wird sich angesichts dieser Situation der Weltpolitik dem entziehen wollen oder können.

Umfassende Antworten, meine Damen und Herren, erfordert jedoch nicht nur der internationale Terrorismus, auch die Globalisierung der Ökonomie, der Finanzmärkte, die Unterentwicklung der so genannten Dritten Welt, globale Themen des Umweltschutzes stellen Herausforderungen dar, für die nationale Maßnahmen zu kurz greifen. Auch hier ist zunehmend ein einheitliches europäisches Handeln gefragt, und die Europäische Union braucht entsprechende Zuständigkeiten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(C) Gleichzeitig stellen wir aber fest, Europa kann und soll nicht alles regeln. In vielen Bereichen macht es einfach keinen Sinn, Brüsseler Regelungen zu erlassen, die von Portugal bis Finnland und demnächst von Lettland bis Zypern gelten. Zu unterschiedlich sind vielfach die Bedingungen, als dass man sie über einen Kamm scheren könnte. Unsere Überzeugung ist, dass in vielen Politikbereichen Problemlösungskompetenz, Transparenz und Bürgernähe vor Ort viel eher vorhanden sind als in europaweiten Regelungen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Dies gilt, meine Damen und Herren, in besonderer Weise für die Bundesrepublik Deutschland. Unser föderales System hat nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende der schrecklichen Hitlerdiktatur nicht nur eine stabile Balance zwischen dem Bund und den Ländern gewährleistet, es hat gleichzeitig die Entstehung regionaler Vielfalt, kultureller Identität und Bürgernähe der Politik gesichert. Dies gilt es auch in einem wachsenden Europa zu bewahren.

(D) Aufgabe ist daher vor allem die Herstellung einer vernünftigen Balance, so meine ich, zwischen den europäischen Zuständigkeiten, wo sie geboten sind, und angemessenen Entscheidungs- und Handlungsspielräumen der Mitgliedsstaaten und ihrer Regionen, wo diese erkennbar besser in der Lage sind, die politischen und gesellschaftlichen Probleme zu lösen. Nur wenn der Bürger klar erkennt, wer für welche Entscheidung zuständig ist, wird seine Mitwirkung am politischen Geschehen langfristig zu sichern sein. Nur auf diese Weise kann auch das Kernelement unserer demokratischen Ordnung, die Verantwortung der Parlamente, auf der jeweiligen Ebene gesichert werden.

Es ist dies der Ausgangspunkt der Forderungen der deutschen Länder, bis zur Regierungskonferenz im Jahre 2004 zu einer klareren Kompetenzordnung für die Europäische Union im Verhältnis zu den Mitgliedsstaaten und ihren Regionen zu kommen. Es soll, das ist schon gesagt worden, hierzu in einer Regierungskonferenz das weitere Vorgehen entschieden werden. Der Europäische Rat in Laaken im Dezember dieses Jahres wird ein Gremium einsetzen, das voraussichtlich in ähnlicher Weise wie der Konvent zur Erarbeitung der Grundrechtecharta gestaltet ist.

Die deutschen Länder haben zu diesem Prozess detailliert Stellung genommen. Die Bundesregierung hat zugesichert, dass die Länder durch einen Vertreter des Bundesrates an den Beratungen des Konvents beteiligt sein werden. Einigkeit besteht zwischen Bund und Ländern auch dahingehend, Zwischenergebnisse und Beratungen dieses konventähnlichen Gebildes auf nationaler Ebene zur Diskussion zu stellen. Dem Deutschen Bundestag und

(A) den Landtagen wird auf diese Weise eine wichtige Rolle bei der Beurteilung der Arbeit des Konvents zukommen.

Der Bremer Senat hat schon bisher in dieser Diskussion eine aktive Rolle eingenommen. Herr Dr. Kuhn, gerade der Präsident des Senats hat in seiner Rolle als Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz, wie ich meine, maßgeblich dazu beigetragen, dass die Länder im Vorfeld des Europäischen Rates von Nizza geschlossen gegenüber der Bundesregierung aufgetreten sind. Gleichzeitig hat Herr Bürgermeister Dr. Scherf mehrfach gegenüber dem Präsidenten der Kommission und beim Europäischen Parlament die Position der deutschen Länder vortragen. Ich möchte die Behauptung aufstellen, wenn nicht dieser Diskussionsprozess in der Bundesrepublik Deutschland stattgefunden hätte, hätte es ein Nachdenken auch innerhalb der Europäischen Kommission nicht gegeben.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Seither hat Bremen die Federführung für die Verhandlungen zwischen den Ländern und dem Bund über den so genannten Post-Nizza-Prozess. Der Senat hat damit im Kreis der Länder eine verantwortungsvolle und allseits in Deutschland anerkannte Rolle übernommen. Ich bin sicher, er wird dies auch weiterhin mit dem nötigen Augenmaß und dem Ziel fortsetzen, die europäische Integration zu fördern und gleichzeitig den Handlungsspielraum der Länder und damit der Freien Hansestadt Bremen zu sichern.

(B)

Wir haben im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit dieses Parlaments kontinuierlich über die europapolitischen Themen referiert, Sie unterrichtet und intensiv diskutiert. Ich glaube, dass der heute von Ihnen zu beschließende Antrag sicherlich diese Form der Kooperation zwischen Exekutive und Legislative in dem Fall des gemeinsamen Auftretens für Europa eher stärken als schwächen wird.

Die Europäische Union befindet sich seit langem im Übergang von einer europäischen Wirtschaftszu einer politischen Gemeinschaft. Dieser Prozess ist unumkehrbar. Lassen Sie uns daher und dabei nicht aus dem Blick verlieren, dass die Europäische Union auch und vor allem eine europäische Friedens- und Wertegemeinschaft war und ist!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Gerade, und lassen Sie mich das bitte noch einmal kurz ansprechen, in diesen Tagen wird schmerzhaft deutlich, wie fragil der Weltfrieden ist. Gleichzeitig erkennen wir, dass ein einheitliches Europa unverzichtbarer denn je ist. Europa hat seinerzeit

mit der Westintegration die Folgen des Zweiten Weltkrieges überwinden können. Es hat nach dem Fall des Eisernen Vorhangs die Teilung Europas überwunden oder ist dabei, sie zu überwinden. Nun steht Europa vor seiner dritten großen Herausforderung, seinen Beitrag zu leisten gegen den internationalen Terrorismus. Dies wird, neben kurzfristig zu ergreifenden Maßnahmen, langfristig nur im Sinne einer umfassenden Friedensregelung auf der Grundlage von Gerechtigkeit, Freiheit und gegenseitigem Respekt der Völker und Kulturen möglich sein.

(C)

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben als Freie Hansestadt Bremen im Bund diesen Beitrag mitgetragen und mitbeeinflusst. Wir sollten in unserem eigenen Interesse gemeinsam alles tun, um die Europäische Union und ihre Institutionen in diesem Prozess zu unterstützen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, gerade die internationale Orientierung dieser Freien Hansestadt Bremen ist im deutschen Föderalismus besonders gefragt. Ich bin dankbar, dass ich Ihr Mandat, Ihren Auftrag hatte, fast zehn Jahre an dieser Aufgabe mitzuwirken. Es war möglich und hat Bremen diese besondere Rolle auch gegeben, nicht weil ein Einzelner irgendwo für dieser Freie Hansestadt Bremen agiert hat, sondern weil er wusste, dass in dieser Frage über innerbremische politische Unterschiede hinweg ein breiter Konsens, getragen von bremischen Bürgerinnen und Bürgern und ihren gewählten Vertretern, also der Bremischen Bürgerschaft, mitgetragen wurde. Ich wusste, ob es Tätigkeiten in Bonn, in Berlin oder in Brüssel waren, dass ich mich auf die Unterstützung dieser Bremischen Bürgerschaft verlassen konnte.

(D)

Ich gebe Ihnen heute diesen Auftrag zurück. Ich glaube, es ist die richtigste Form, wie ich aus meinem Verständnis Abschied von Bremen nehme, hier vor dem Parlament diesen Auftrag Ihnen zurückzugeben, und dann sind Feierlichkeiten eigentlich zweitrangig in diesem Zusammenhang. Ich bedanke mich für das gemeinsame Auftreten von uns allen. Ich bedanke mich für die parteiübergreifende Unterstützung bei der Durchführung meiner Aufgabe. Ich werde dem Land Bremen, der Freien Hansestadt Bremen, beiden Städten, mich nicht nur verbunden fühlen, sondern ich habe heute im Senat gesagt, ich habe auch ein Stück neue, zweite Heimat gefunden!

Ich wünsche dem Schiff Bremen immer die berühmten zwei Handbreit Wasser unterm Kiel, pralle Segel, gute Steuerleute und allzeit gute Fahrt! – Vielen Dank!

(Starker Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(A) **Vizepräsident Ravens:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Bevor ich zur Abstimmung komme, da dies die letzte Bürgerschaftsdebatte war, an der Sie, Herr Staatsrat, teilgenommen haben, lassen Sie mich auch von dieser Stelle aus sagen: Das Haus, nein, ich muss sagen, Bremen, dankt Ihnen für Ihre Arbeit, die Sie für unser Bundesland geleistet haben! Wir wünschen Ihnen von allen hier im Haus, aber auch von der Bevölkerung für Ihre neue berufliche Aufgabe viel Erfolg und auch für Ihre persönliche Zukunft alles Gute. Wie Sie sagten: Sie haben eine neue Heimat gefunden. Besuchen Sie uns wieder!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU mit der Drucksachennummer 15/781 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Ich bitte um die Gegenprobe! Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

**Gesundheit von Kindern und Jugendlichen:
Entwicklung, Bewertung und Prävention**

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen
vom 28. Februar 2001
(Drucksache 15/641)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 26. Juni 2001
(Drucksache 15/765)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Adolf.

Frau Senatorin Adolf, ich frage, ob Sie die Antwort auf die Große Anfrage mündlich wiederholen wollen. – Dies ist nicht der Fall.

Ebenfalls gehe ich davon aus, dass wir in eine Debatte eintreten wollen. – Das ist der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Hoch.

Abg. Frau **Hoch** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen wird zunehmend schlechter. In der letzten Zeit gab es alarmierende Aussagen von Fachleuten, die auf dieses ernst zu nehmende Thema immer wieder hinweisen. Deshalb hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Große Anfrage zur Gesundheitslage von Kindern und Jugendlichen in unserem Bundesland Bremen gestellt, eine notwendige Anfrage nicht nur zu Erkrankungen, sondern zu allen Belangen, die den Gesundheitszustand der Kinder und Jugendlichen beeinflussen. Zusätzlich haben wir nach der Bewertung der Ergebnisse und nach Präventionsmaßnahmen gefragt.

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass wir bei der Definition von Gesundheit die Beschreibung der Weltgesundheitsorganisation, der WHO, zugrunde legen. Diese besagt, dass Gesundheit nicht nur die Abwesenheit von Krankheit ist, sondern Gesundheit ist eindeutig ein umfassendes körperliches, soziales und materielles Wohlbefinden.

Doch zurück zu der Anfrage! Der Senat hat sehr ausführlich und fachlich geantwortet. Darum möchte ich nicht versäumen, an dieser Stelle ganz klar ein Dankeschön auszudrücken. Nach gründlicher Durchsicht der Senatsmitteilung wird deutlich, dass auch hier für das Land Bremen ein dringender Handlungsbedarf vorliegt, Handlungsbedarf besonders, meine Damen und Herren, bei den fünf Schwerpunktbereichen Umwelt, Allergien, Ernährung, soziale Lagen und Bewegung. Darüber hinaus stellt es sich als besonders wichtig dar, dass die Datenlage über die Kinder- und Jugendgesundheit erweitert und verbessert werden muss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Trotz des Umfangs der Senatsantwort ist festzustellen, dass es keine gesicherte Datenlage über den Gesundheitszustand unserer Kinder im Lande Bremen gibt. Die derzeitigen Befunde stützen sich auf Einzeluntersuchungen und auf punktuelle Beobachtungen von Ärzten, Psychologen, Pädagogen und anderen Berufsgruppen, die mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben.

Zu einer Reihe von Problemen kann der Senat keine Daten beziehungsweise keine systematischen Erkenntnisse vorlegen. So gibt es zum Beispiel keine Erkenntnisse über das Ausmaß und die Entwicklung von Allergie- und Atemwegserkrankungen bei Kindern in unserem Bundesland, auch nicht zu den gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch Umwelteinflüsse wie zum Beispiel Luftschadstoffe, Chemikalien und Lärm. Ebenfalls fehlen Daten über

(C)

(D)

(A) Ernährungsmängel bei sozial benachteiligten Kindern und auch über die gesundheitlichen Folgen von Armut beziehungsweise bei sozialer Benachteiligung in den Problemstadtteilen von Bremerhaven und Bremen. Meine Damen und Herren, auch über den Gesundheitszustand von Kindern aus Migrantenfamilien wissen wir zu wenig.

Diese Kenntnislücken müssen geschlossen werden. Deshalb ist es ja so wichtig, dass die Gesundheitsberichterstattung in diesen Punkten verbessert werden muss, damit wir die Grundlage für eine Konkretisierung von Unterstützungsangeboten und -maßnahmen schaffen können. Diese Angebote und Hilfen müssen stadtteilorientiert angesetzt werden. Dafür sind die so genannten sozialräumlichen Analysen ein guter und ein wirksamer Ansatz, doch dazu wird meine Kollegin, Frau Stahmann, später noch einiges ausführen.

Kommen wir zurück zur Senatsmitteilung und zu ihren Aussagen! Fakt ist, dass zu den traditionellen Kinderkrankheiten heute neue, meist chronische Erkrankungen hinzukommen. Ich nenne hier nur Neurodermitis, Allergien und Atemwegserkrankungen, dazu kommt noch das Problem der Über- und Fehlernährung. Als Gründe dafür drängen sich auf ein verändertes Freizeitverhalten, neue Lebensstile und eine ständige Zunahme von vielfältigen Schadstoffen.

(B) Deshalb ist es notwendig, diese Gesundheitsgefährdungen für Kinder und Jugendliche in der Gesundheitsförderung und in der Prävention neu zu bewerten. Dies wird auch deutlich in der Mitteilung des Senats, besonders deutlich in dem Satz, ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten aus der Senatsmitteilung: „Diese Befunde erfordern von der Politik, den gesetzgeberischen Maßstab für die Bewertung von Gesundheits- und Umweltbelastungen am kindlichen Organismus zu orientieren.“

Meine Damen und Herren, wir sehen in diesem Satz eine klare Aufforderung an alle, hier tätig zu werden. Dieser Appell gilt nicht nur für die Politiker aus dem Gesundheitsbereich, ich denke ebenso an die Kolleginnen und Kollegen aus den Bereichen Soziales, Bildung und Umwelt, auch sie sind hier gefordert.

Wie ich schon am Anfang meiner Rede gesagt habe, ist die Senatsmitteilung sehr ausführlich. Das wollten wir auch so, denn somit haben wir jetzt eine erfolgsversprechende Arbeitsgrundlage für die nächste Zeit. Besonders bestehen Handlungsbedarfe in den Bereichen Umwelt, Allergie, Ernährung, soziale Lagen und Bewegung, auch darauf habe ich schon hingewiesen. Alle fünf Schwerpunkte sind natürlich in Zusammenhängen zu sehen. Keiner steht isoliert für sich, nehmen wir als Beispiel nur einmal die Wechselwirkung von Allergien und Umwelt.

Der Anteil der Kinder, die an einer allergischen Erkrankung leiden, wird hier im Land Bremen auf

31 Prozent geschätzt, eine erschreckend hohe Zahl! Erschreckend auch, weil wir wissen, dass ein großer Teil dieser Allergien oft chronisch wird, was auch internationale Studien beweisen. Das kann heißen, als Kind leidet der kleine Mensch unter Heuschnupfen, als Erwachsener eventuell unter Asthma, also besteht eine Beeinträchtigung für das ganze Leben. Schrecklich, werden Sie jetzt denken! Doch diese Frage muss gestellt werden, und auch die Frage, was wir dagegen tun können. Ich denke, eine ganze Menge! Als Regel gilt natürlich, dass ein Allergiker die Stoffe meiden sollte, gegen die er allergisch ist. Das hört sich gut an. Doch was ist, wenn diese betroffenen Kinder das nicht tun können, weil zum Beispiel diese allergieauslösenden Stoffe in den Baustoffen von Kindergärten und Schulen sind oder wenn sie bei Pollenflug in der Pause auf den Schulhof geschickt werden?

Ein erster Schritt in die richtige Richtung, wie man so schön sagt, sind, denke ich, unser gemeinsamer Antrag und auch der Antrag zur Schadstoffmessung, den Frau Dr. Mathes nachher noch vorstellen wird. Aber dieser Schritt muss weitergeführt werden.

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]:
Wir haben doch hier keinen gemeinsamen Antrag!)

Nachher in der Stadtbürgerschaft, ja! Ich denke, Sie kombinieren die beiden Themen ja zusammen!

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]:
So flexibel bin ich nicht!)

Das ist schade! Ich denke, die Messung und Einhaltung von Richtwerten sind nur ein Anfang. Eine allergische Reaktion richtet sich nicht nach Richtwerten, das Auslösen dieser Reaktionen ist individuell verschieden. Darum muss das Ziel sein die Vermeidung von Schadstoffen, denn das ist konsequent und präventiv.

Auch wenn in einigen Fällen die Wirkungsbeziehungen einzelner Stoffe noch nicht vollständig wissenschaftlich belegt sind, müssen wir bestmögliche Bedingungen für unsere Kinder und Jugendlichen schaffen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das gilt insbesondere für die kommunale Politik, die sich für eine gesunde und kinderfreundliche Stadt engagieren muss, und das nicht nur verbal, sondern auch mit Taten und Beschlüssen.

Lassen Sie mich noch auf die Über- und Fehlernährung kommen! Auch hier sind die Ergebnisse besorgniserregend, weil Fettleibigkeit inzwischen zu den chronischen Erkrankungen im Kindesalter gehört und es einen ansteigenden Trend gibt. Bereits

(C)

(D)

(A) im Vorschulalter tritt vermehrt Fettleibigkeit auf. In Bremen sind 8,2 Prozent der Schulanfänger behandlungsbedürftig übergewichtig, in Bremerhaven sogar zwölf Prozent.

Diese betroffenen Kinder leiden dann häufig auch als Erwachsene an Übergewicht und haben damit so ein erhöhtes Erkrankungsrisiko für Diabetes, Herz-, Kreislauf-, Gelenkerkrankungen sowie auch für psychosomatische Störungen. Auch in diesem Feld sind dringend Interventionsmaßnahmen notwendig, um eine Chronifizierung zu verhindern. Genauso wie bei den Essstörungen ist hier eine zunehmende Tendenz zu verzeichnen. Hier haben sich in Bremen inzwischen gute Hilfsangebote etabliert, die weiterhin gefördert werden müssen.

Zum Schluss möchte ich noch kurz auf die Bewegungsdefizite eingehen! Wie schon gesagt, veränderte Lebensstile und ein verändertes Freizeitverhalten führen bei Kindern und Jugendlichen zu mangelnder Bewegung und auch zu Haltungsschäden. Hochwichtig ist für junge Menschen das Trainieren der Koordination und des Gleichgewichts. 13,3 Prozent der Kinder im Land Bremen wird Fördersport empfohlen. Sportunterricht darf aber nicht nur auf Leistung ausgerichtet werden, sondern hat auch eine präventive Funktion, jedoch möchte ich auf den Schulsport hier auch nicht näher eingehen. Die grüne Fraktion hat zu diesem Thema eine Große Anfrage und auch einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, wonach die Situation des Schulsports verbessert werden soll.

(B)

Meine Damen und Herren, alle gesundheitlichen Probleme von Kindern und Jugendlichen, die ich hier angesprochen habe, sind auch auf Bundesebene erkennbar. Auch da liegen keine repräsentativen Studien zur Situation der Kindergesundheit in Deutschland vor, aber die Bundesregierung hat jetzt an das Robert-Koch-Institut einen Auftrag erteilt, zu diesem Thema eine Studie zu erstellen. Ich denke aber, mit der Antwort auf die Große Anfrage können wir hier in Bremen die ersten Schritte einleiten und sind damit auf dem richtigen Weg. Ich möchte Sie bitten, diesen Weg auch mit uns zu gehen und deshalb auch später in der Stadtbürgerschaft diesen Anträgen zuzustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Hammerström.

Abg. Frau **Hammerström** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Hoch, alles in Ehren, aber das ist genau der Unterschied zwischen der Gesundheitspolitik, wie sie sich die Grünen vorstellen, und dem, was die große Koalition hier in den letzten Jahren gemacht hat. Sie sehen immer nur das, was wir nicht haben! Sie tragen das ganze Elend

dieser Welt auf Ihren Schultern und stellen eine Große Anfrage, in der wirklich aber auch alles innerhalb der Gesundheitspolitik hineingebracht wurde. Es ist eine große Seifenblase, und wenn man dann hineinpiekt, dann kommen so ein paar Splitter. So stelle ich mir Gesundheitspolitik in dieser Stadt nicht vor!

(C)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Sie müssen schon sagen, was Sie auch als grüne Gesundheitspolitikerin hier für Lösungen anbieten, und nicht nur immer sagen, alles ist schlecht, und dieses ganze Elend dieser Welt tragen wir –. Sagen Sie, was wir besser machen können, und dann können wir uns doch daran einmal abarbeiten!

Neue Lebensstile, verändertes Freizeitverhalten, chronische Erkrankungen, Unfälle, Verhaltensauffälligkeiten, Allergien, Gesundheitsgefährdungen, Kinderkrankheiten, Atemwegserkrankungen, alles wird in einen Topf geworfen. Dann fordern Sie, ich zitiere: „Dies alles erfordert von der Politik, den gesetzgeberischen Maßstab für die Bewertung von Gesundheit und Umweltbelastung am kindlichen“ Organismus –.

(Heiterkeit)

„Organismus zu orientieren“!

Das war falsch! Sie dürfen sich ja gleich noch einmal melden! Aber, Frau Hoch, das ist zu kurz gegriffen! Zur Gesundheitspolitik gehört auch ein Stück Verantwortung dazu, Verantwortung des Einzelnen, Verantwortung von Eltern. Man kann nicht immer nur nach Vater Staat rufen und hier sagen, nun werde einmal tätig!

(D)

(Beifall bei der CDU)

Sie haben aber positiv auch erwähnt, dass die Antwort umfassend und erschöpfend ist. Sie war sogar so erschöpfend, Frau Senatorin, ich hatte gehört, einige Senatskollegen haben sich darüber mokiert, dass sie so erschöpfend war, nach dem Motto, Sie haben wohl sonst nichts zu tun. Aber das nur nebenbei! Wenn wir es richtig hätten wissenschaftlich machen wollen, dann hätten wir einen Jugendgesundheitsbericht fordern können, dann hätten wir die validen Daten, aber das war nicht Auftrag dieser Großen Anfrage.

Es sind viele positive Sachen zusammengeschrieben. Was meines Erachtens fehlt – aber da sind wir auch gefordert, wir als Gesundheitspolitiker alle gemeinsam –, dies jetzt einmal zusammenzuschreiben, einmal zu überlegen, wo wir Unter-, Fehl- oder Überversorgung haben. In dieser Stadt geschieht gerade im Selbsthilfebereich sehr viel, die Krankenkassen, die Kammern, Psychologen, Ärzte, Krankenhäuser, alle machen etwas. Wir sollten dann vielleicht ein-

- (A) mal organisieren, das zusammenzutragen und dann zu benennen, wo es Unterversorgung, Fehlversorgung und auch Überversorgung gibt.

Die Sozialdemokraten werden sich dieser Aufgabe in den nächsten Monaten stellen. Wir wollen das aber nicht mit diesem Rundumschlag, dass wir alles zusammenpacken, sondern wir wollen es explizit an zwei Sachen einmal versuchen, nämlich am Thema Bewegung – Sie haben es auch angesprochen, mangelnde Bewegung, zum Schulsport haben wir ja nachher noch Ihre Große Anfrage – und am Thema Ernährung. Deshalb haben wir auch ganz gern Ihren Antrag in Teilen mitgemacht.

(Vizepräsident Dr. Kuhn übernimmt den Vorsitz.)

Ich möchte aber einmal auf einen Aspekt eingehen, nämlich eben nicht immer Forderungen an das staatliche Gesundheitswesen zu stellen! Vom ersten Lebensjahr an sterben mehr Kinder an den Folgen von Unfällen als an Krebs und Infektionskrankheiten insgesamt. Das lassen Sie sich einmal auf der Zunge zergehen! Da sind wir gefordert. Sie können mit dem Kopf schütteln, es ist so! Es sterben mehr Kinder an Unfällen, im Haushalt, im Verkehr, als überhaupt an Infektionskrankheiten und an Krebs gemeinsam.

- (B) Hier sollten wir anfangen, präventiv zu wirken. Wenn Sie das Wort Prävention hier ansprechen: beim Säugling Stürze vom Wickeltisch, aus der Tragetasche, im Auto – wenn ich manchmal sehe, wie manche Eltern ihre Kinder im Auto in Kindersitzen angeschnallt haben –,

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Stürze aus dem Fenster, Balkonstürze! Das zu verhindern ist Prävention, an die wir auch einmal herangehen müssen. Es gibt ein schönes Informationsblatt unter www.kindersicherheit.de, das ich jedem Elternteil oder Großelternteil wärmstens empfehlen kann! Hier müssen wir mehr Öffentlichkeitsarbeit machen.

Loben möchte ich die Aktionen der Polizei und vom ADAC, die sie machen, wenn die Schule beginnt. Das sind öffentlichkeitswirksame Maßnahmen, bei denen man sagen kann, Autofahrer aufgepasst, Kinder sind da! Das ist Prävention, die uns hilft, Unfälle und Krankheiten zu vermeiden.

Über Essstörungen hatten wir hier schon einmal gesprochen, Sie haben das auch eben angesprochen, Über- und Fehlernährung. Aber auch da kann man nicht sagen, wir brauchen jetzt in Krankenhäusern mehr Therapieangebote für adipöse Kinder, auch hier sind das Elternhaus und die Schule gefordert.

(Beifall bei der CDU)

Vernünftiges gesundes Essen – das steht ja auch in unserem gemeinsamen Antrag, insofern haben wir es gern auch mitgemacht –, da müssen wir ansetzen! Wir können nicht sagen, erst wenn der Sechzehnjährige dick und fett ist, dann machen wir etwas. Ich kann ein schönes Beispiel aus Bremen-Nord nennen, die Kinderklinik in Bremen-Nord beschäftigt sich sehr intensiv mit diesem Thema, sie hat ein über mehrere Jahre laufendes Therapie- und Schulungsangebot für adipöse Kinder gemeinsam mit den Eltern. Ich möchte hier auch noch einmal lobend die AOK und den Lüssumer Turnverein erwähnen, die gemeinsam mit der Kinderklinik dieses Programm machen.

Dazu gehört aber auch, dass Kinder lernen zu kochen, Essen muss Spaß machen, sie müssen Freude daran haben, Essen kann lustvoll sein, und insofern kann ich jetzt auch fast zum Schluss meiner Rede kommen. Ich glaube, Sie warten alle auf das lustvolle Ereignis gleich beim Mittagessen. Notfalls melde ich mich noch einmal. – Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dreyer.

Abg. Frau **Dreyer** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Kollegin Frau Hammerström hat es ja auch schon angesprochen: Die Fülle der Fragen durch die gesamte Palette und die langen Antworten machen es mir leider nicht möglich, das Thema Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in der ihnen zustehenden Breite und Tiefe zu diskutieren. Ich werde mich daher auf einige wenige Punkte beschränken, und zwar auf die positiven Punkte, Frau Hoch, weil ich mir schon irgendwie gedacht habe, dass Sie das Elend der Welt wieder durch dieses Haus tragen und das, was sich bei der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen wirklich positiv entwickelt hat, einfach ausblenden. Deshalb werde ich mich auf das Positive beschränken. Ich glaube, das wird den Eltern gut tun und auch ein Stück der Ängste nehmen, die von Ihnen hier ja relativ blind geschürt worden sind.

Also machen wir es heute einmal positiv! Positiv möchte ich als Erstes hervorheben, dass die Teilnahme an den Früherkennungsmaßnahmen bei Kindern kontinuierlich steigt und in einigen Bereichen Spitzenwerte von über 90 Prozent erreicht. Die Vorsorgeuntersuchungen haben eine sehr hohe Qualität, und das ist eben die denkbar beste Voraussetzung, dass sie von den Eltern für ihre Kinder auch gern und umfangreich genutzt werden.

Wenn wir jetzt in Bremen und Bremerhaven auch endlich das flächendeckende Neugeborenen-Screening einführen und die Kassen die Kostenzusagen erteilen würden, wäre in diesem Bereich auch die letzte ganz wichtige Hürde genommen, die für die

(C)

(D)

- (A) Gesundheit der Kinder und Jugendlichen eigentlich noch dringend geschaffen werden musste. Sie vom Bündnis 90/Die Grünen haben leider nicht danach gefragt, obwohl das an dieser Stelle nach Meinung der CDU besonders wichtig gewesen wäre.

Ebenfalls positiv ist die Aussage des Senats über die sehr gute regional bezogene Versorgung bei chronischen Erkrankungen. In Bremerhaven ist es das Krankenhaus am Bürgerpark, in Bremen sind es die Kliniken Links der Weser, Bremen-Nord und Sankt-Jürgen-Straße. Eine derart gute Versorgung der kurzen Wege sucht in anderen Bundesländern seinesgleichen. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CDU)

Das Land Bremen hat hier eine Spitzenposition. Ich hoffe, wir können sie auch halten, wenn erst einmal die Fallpauschalen der rotgrünen Bundesregierung, kurz DRG's, die Kostenstruktur ganz deutlich verändern werden. Das diskutieren wir dann im Jahr 2004. Heute können wir noch keine Aussagen dazu machen. Es gibt nur die beunruhigenden Hinweise mehrerer Studien, dass 100 000 Klinikbetten in Deutschland ersatzlos entfallen werden. Wir, die CDU-Fraktion, werden sehr darauf achten, dass dies nicht zum Nachteil der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen geschieht, das ist schon einmal klar.

- (B) (Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, nun zu den Fragen der Fehlernährung und Überernährung bei Kindern! Dort gibt es auch erst einmal eine positive Nachricht, die Sie von den Grünen anscheinend gar nicht bemerkt haben, und zwar meinen wir die Aktionswochen „Fünf Mal am Tag“ der Bremer Krebsgesellschaft. Dort werden 12 000 Kinder in den kommenden Wochen mit gesunder und abwechslungsreicher Ernährung in den Kindertagesheimen bekannt gemacht. Außerdem werden Kochkurse für Eltern angeboten. Es nützt herzlich wenig, wenn die Kinder über die gesunde Ernährung recht umfangreich und gut informiert sind und die Eltern weiterhin das Essen zu viel, zu fett und zu süß auf den Tisch des Hauses bringen.

Für die CDU-Fraktion danke ich der Bremer Krebsgesellschaft an dieser Stelle ganz besonders, die sich diesem wichtigen Thema widmet und in einer breit angelegten Kampagne Eltern und Kinder aufklärt und vor allen Dingen mit viel Freude und Spaß auf ein abwechslungsreiches und gesundes Essen hinweist, denn ohne Spaß wird es nicht gehen.

(Beifall bei der CDU)

Die Aussage, dass Kinder immer häufiger falsch ernährt werden, Übergewicht und ein eklatanter Bewegungsmangel registriert werden, was dann wie-

der zu Haltungsschäden führt, ist allerdings bedenklich. Hier gibt es dann zwei gute Möglichkeiten, die ich auch benennen möchte: erstens, die vielfältigen Selbsthilfegruppen mit dem dort versammelten ehrenamtlichen Engagement zu stärken und, zweitens, Eltern und Kinder immer wieder auf die hervorragende Arbeit der Bremer und Bremerhavener Sportvereine hinzuweisen. Meine beiden Vorrednerinnen haben ganz viel über Ernährung gesagt, darin steht aber auch etwas über Bewegung. Bewegung macht man in den Sportvereinen. Die Arbeit, die in den Selbsthilfegruppen und vor allen Dingen in den Sportvereinen geleistet wird, kann in diesem Zusammenhang gar nicht hoch genug bewertet werden. Wir, die CDU-Fraktion, wollen das nicht nur erhalten, sondern auch ausbauen, deshalb haben wir das hier noch einmal in diese Debatte eingefügt!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Sportvereine bieten vom Babyalter bis in die dritte Lebensphase den Menschen in Bremen und Bremerhaven eine vielfältige und abwechslungsreiche Palette, die Freude macht, Menschen zusammenführt und für ganz wenig Geld mit viel ehrenamtlichem Einsatz eine präventive Gesundheitsförderung betreibt und anbietet, die ihresgleichen sucht. Hierauf sind wir auch stolz.

Meine Damen und Herren, dafür muss man allerdings dahin gehen, den Computer zur Seite schieben, das kuschelige Sofa verlassen und das Fernsehgerät abstellen. Dies bleibt selbstverständlich weiterhin die ganz persönliche Entscheidung von Eltern und Kindern. Wir, die Politik gemeinsam mit Sportvereinen und Selbsthilfegruppen, können nur appellieren: Nehmen Sie bitte die tollen Angebote wahr, haben Sie Spaß und Freude am Sport, bleiben Sie gesund, und bleiben Sie fit! – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Großen Anfrage meiner Fraktion wollten wir jetzt die Welt nicht schlecht machen, sondern es ging uns einfach darum, eine valide Datenbasis zu bekommen und das Thema Kindergeundheit verstärkt in den Mittelpunkt des politischen Handelns zu rücken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Schließlich waren es ja die europäischen Gesundheits- und Sozialminister, die sich im Jahr 1999 zusammengesetzt und gesagt haben, das Thema „Um-

(C)

(D)

(A) welt und Gesundheit“ möchten wir jetzt verstärkt politisch bearbeiten, und das Thema „Kindergesundheit“ verlangt nach nationalen Aktionsplänen. Es wurde, wie wir von der Sozialdeputationsreise aus England ja wissen, eine „Agenda for Action“ verabschiedet. Die Länder, die Bundesrepublik und auch die Bundesländer, sind aufgefordert, sich an einem bundesweiten Programm „Umwelt und Gesundheit“ zu beteiligen.

Die Große Anfrage der grünen Bürgerschaftsfraktion thematisiert auch die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Gesundheit und sozialer Lage bei Kindern und Jugendlichen. Wirkt sich die soziale Situation der Familien auf die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen aus? Das hat uns interessiert. Beeinflusst Armut den Gesundheitszustand der Kinder? Ich muss sagen, nach dem Lesen der Großen Anfrage lautet meine Antwort, auch die Antwort meiner Fraktion: Ja! Wenn Kinder in schlechteren sozialen Situationen leben, haben sie einen deutlich schlechteren Gesundheitszustand. Dieser Zusammenhang wurde bisher viel zu sehr vernachlässigt, das müssen wir ändern!

Wir sind politisch aufgefordert, das im Landtag zu thematisieren und nicht nur an die Bevölkerung zu appellieren. Es ist ja richtig, wenn Sie sagen, Eltern stehen in der Verantwortung, das ist ein sehr wichtiger Ansatz. Es wird auch in der Antwort auf die Große Anfrage immer wieder darauf hingewiesen, dass viele Dinge, gerade Ernährung mit Erziehung, zusammenhängen, aber es gibt Faktoren, die Eltern nicht beeinflussen können. Ich werde gleich noch einmal explizit am Thema „Arbeitslosigkeit“ darauf eingehen, was eigentlich der größte psychosoziale Stressor für Familien ist, der auch bei den Kindern deutlich gespürt wird und die Gesundheit folglich beeinträchtigt.

Wir können es nicht hinnehmen, dass Kinder aus sozial benachteiligten Familien kränker sind als Kinder aus guter sozialer Lage. Wir können es nicht hinnehmen, dass Kinder mit einem Handikap starten und damit benachteiligt sind. Ich denke auch, dass die Senatorin das erkannt hat. Diese Aktion „Fünf Mal am Tag“, Frau Dreyer hat es angesprochen, gesunde Ernährung im Kindergarten, ist ein guter Ansatz. Das hat nicht nur die Deutsche Krebsgesellschaft allein in die Wege geleitet, von mir wurde auch registriert, dass die Senatorin dieses Thema verstärkt in die Kindergärten holt.

Wir haben den Senat gefragt: Welche Unterschiede im Gesundheitszustand der Kinder und Jugendlichen gibt es zwischen den Stadtteilen in Bremen und Bremerhaven? Wie erklärt der Senat diese Unterschiede? Die Antwort des Senats auf die Große Anfrage sagt unmissverständlich, dass der Gesundheitszustand der Kinder auch von der sozialen Lage der Familien beeinflusst werden kann. Je geringer der Sozialstatus desto höher ist bereits im Vorschulalter die Häufigkeit zu erkranken. Hier wurde das

Thema Adipositas, also Übergewicht oder Fettleibigkeit, angesprochen. Das zeigt für Bremen eine vorliegende Sozialraumanalyse, die allerdings nicht an die Große Anfrage geheftet war.

Für Bremerhaven gibt es leider derartige Untersuchungen nicht, das würden wir uns für die Zukunft wünschen. Wir werden das Thema auch in die Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven einbringen. Frau Tuczek, ich höre schon Ihre Äußerungen! Das ist uns auch wichtig gewesen, wir werden uns dort auch noch mit unseren Kolleginnen und Kollegen zusammensetzen.

Der Gesundheitszustand der Kinder und Jugendlichen in Bremen unterscheidet sich nach Stadtteilen. Da, denke ich, sind wir politisch aufgefordert, in der Kinder- und Jugendpolitik und in der Sozialpolitik zu sehen, welche Stadtteile besonders benachteiligt sind und welche Einrichtungen wir verstärkt in den Blickpunkt nehmen müssen. Kinder aus sozial benachteiligten Wohnquartieren weisen höhere Gesundheitsrisiken auf, nehmen in geringerem Umfang an Krankheitsfrüherkennungsmaßnahmen teil, sind schlechter geimpft und erkranken dadurch auch häufiger. Ich denke, das sind Erkenntnisse, die man sich noch einmal bewusst machen soll.

Wir fragten auch: Welche Erkenntnisse hat der Senat zur gesundheitlichen Situation der in Armut aufwachsenden Kinder und Jugendlichen im Vergleich zu den nicht in Armut lebenden Kindern und Jugendlichen? Dabei kam heraus, Kinder leiden besonders unter der Armut. Die Folgen der Armut erstrecken sich beispielsweise auch auf die Gesundheit, die gerade Familien betrifft, in denen die Eltern arbeitslos sind. Wenn die Eltern arbeitslos sind, so stellen Forscher fest, rauchen sie auch häufiger, trinken häufiger, und es finden zu Hause auch oft häufiger Situationen statt, in denen Kinder mitbekommen, dass das Leben nicht so einfach ist. Das setzt Kinder unter Druck und ist ein richtiges Problem. Wie geht man damit künftig politisch um?

Es wird auch darauf hingewiesen, dass die Sterblichkeit von Säuglingen nach der Geburt in gesellschaftlich benachteiligten Gruppen zweimal bis dreimal so hoch ist wie in den oberen sozialen Schichten, der Unfalltod zweimal so häufig ist und auch Krankheiten, vor allem chronische Krankheiten, deutlicher auftreten. Das sagt auch ein Bericht aus Niedersachsen, das nicht so weit von uns entfernt ist.

Besonders hervorheben möchte ich noch einmal die Studien der AWO zur Kinderarmut, den zehnten Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung und den Bericht zur sozialen Lage, den ersten Armutsbericht und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Dort werden auch noch einmal deutlich die Defizite der Familienpolitik aufgedeckt, der alten Bundesregierung der CDU, CSU und FDP nicht zu vergessen!

(C)

(D)

(A) Während wir vor Jahren das Phänomen hatten, dass Armut in Deutschland eine Altersarmut war, ist Armut mittlerweile jung geworden. Sie betrifft in erheblichem Ausmaße Familien mit Kindern, ist erschreckend angewachsen und betrifft auch sehr viele Alleinerziehende. Inzwischen lebt in Deutschland jedes siebte Kind unterhalb der Armutsgrenze. Wenn wir diese Zahlen auch nicht abgefragt haben, müssen wir davon ausgehen, dass auch in Bremen und explizit in Bremerhaven die soziale Lebenssituation von Kindern stärker thematisiert werden muss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sehr verehrte Damen und Herren, zum Vergleich: In Niedersachsen liegt die Armutsquote mit 11,7 Prozent deutlich über dem Schnitt der westdeutschen Bundesländer von 9,1 Prozent. Das ist die Antwort der niedersächsischen Landesregierung auf eine Große Anfrage zum Thema „Soziale Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in Niedersachsen“. Gerade Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit sind kein leichtes Pflaster, und das ist für Familien mit Kindern nicht einfach. Geld ist nicht alles, sagte heute schon mein Kollege Mützelburg, aber ohne Geld ist auch alles nichts. Materielle Armut ist auch häufig mit einer unzureichenden Versorgung im sozialen und kulturellen Bereich verknüpft. Dadurch sind Kinder auch in ihren Entwicklungschancen massiv benachteiligt.

(B) Ich will jetzt gar nicht in einen Wettstreit mit Ihnen über die besten familienpolitischen Strategien auf Bundesebene treten. Mir geht es auch darum, dass wir hier auf Landesebene Maßnahmen ergreifen und dieses Thema in das Zentrum unseres politischen Handelns holen. Daraus leite ich ab, dass wir gezielte ressortübergreifende Programme der Jugendhilfe, der Schulpolitik, der Sozial- und Gesundheitspolitik und der Wohnungspolitik brauchen. Das Thema „Bewegungsmangel“ hängt auch ganz stark mit der Stadtentwicklung und der Verkehrsplanung in der Stadt zusammen. Das ist von der großen Koalition bisher noch nicht so thematisiert worden. Ich denke, damit müssen wir uns auch im Landtag stärker auseinander setzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Eine besondere Bedeutung kommt den Kindertagesstätten und den Schulen zu. Dort, finde ich, muss alles daran gesetzt werden, um nicht gar eine gesundheitliche Kluft entstehen zu lassen. Der Sozialpädiatrische Dienst des Gesundheitsamtes weist darauf hin, dass derzeit nicht alle Kinder von notwendigen Förderangeboten im Gesundheitsbereich erreicht werden können, da diese außerhalb der Regelangebote stattfinden. In Bremen besuchen fast alle Kinder, etwas mehr als 97 Prozent, die Kindertageseinrichtungen. Förderangebote, meine Damen

und Herren, müssen in den Kindergärten als Regelangebote stattfinden,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

erstens sind sie dann wirkungsvoller, weil Kinder am besten auch voneinander lernen, auch durch Zusehen, zweitens unterstützen sie die Familien wirkungsvoll, weil man dann nicht extra durch die ganze Stadt zum Beispiel zum Logopäden reisen muss. Es ist nämlich oft ein schwieriges Geschäft, das alles unter einen Hut zu bringen, zumal wenn man nicht nur ein Kind hat, sondern gleich mehrere Kinder. Ich denke auch, dass wir uns über einen Ausbau der bisherigen Angebote von Kinderärzten unterhalten müssen.

Wir haben eine große Resonanz auf die Große Anfrage bekommen, das möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal sagen. Wir sind von vielen Kinderärzten angesprochen worden, ich persönlich auch, die auch noch einmal die wirklich gute Arbeit des Gesundheitsamtes, die außerordentlich gute Zusammenarbeit mit dem Sozialpädiatrischen Dienst hervorgehoben haben. Mir wurde auch noch einmal ganz deutlich, dass wir zwar eine Angebots-Komm-Struktur haben, wir aber auch noch mehr Angebote machen müssen, die für die Familien leichter erreichbar sind, mit niedrigschwelligen Angeboten in den Kindergärten, einer stärkeren Verzahnung – da kommen noch einmal die Eltern ins Spiel – und Erziehungsberatung für Eltern in den Kindertagesstätten. Ich denke, das sind alles Bausteine, über die wir uns noch austauschen können.

Der Weisheit letzter Schluss sind sie nicht, Frau Dreyer, das weiß ich. Aber ich denke, die Antwort auf die Große Anfrage der Grünen ist noch einmal ein Einstieg, um hier im Land Bremen wirklich mehr für die gesundheitliche Situation der Kinder und Jugendlichen zu tun, die ja letztendlich dann auch unsere Zukunft sind. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort erhält Frau Senatorin Adolf.

Senatorin Adolf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist jetzt hier wieder etwas durcheinander gegangen zwischen Landtag und Stadtbürgerschaft, das lässt sich vielleicht bei so einem Thema auch nicht vermeiden. Wir werden das Thema nachher in der Stadtbürgerschaft noch einmal aufrufen, weil es neben dem großen Rundumschlag, wie es denn um die Gesundheit steht, dann im zweiten Schritt auch darauf ankommt, was wir weiterentwickeln. Das ist dann kommunale Aufgabe, und deswegen ist es jetzt für Landtagsabgeordnete wahrscheinlich etwas schwierig, im Detail auch über Strategien und Umsetzungen zu sprechen.

(C)

(D)

(A) Gleichwohl möchte ich an den Anfang meiner Ausführungen einfach noch einmal eine Aussage stellen, die versucht, das, was wir in der Großen Anfrage sehr ausführlich beantwortet und aufgelistet haben, weil wir es auch als ein wichtiges Thema sehen, zu bündeln. Das Gesamtergebnis für mich ist, zunächst einmal festzuhalten, dass sich die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Land Bremen – und wenn man eben zum Teil Debattenbeiträge anhörte, dann konnte man daran zweifeln – nicht grundsätzlich von anderen Ballungszentren in Deutschland unterscheidet.

Wir haben Probleme mit Kindern und Jugendlichen im gesundheitlichen Bereich, aber die gibt es in so großen Ballungszentren überall. Wir haben aber, gerade was die Stadt Bremen angeht und auch in Bremerhaven, Angebote, die versuchen, da mehr zu tun, mehr für Kinder und Jugendliche zu erreichen, und da können wir uns durchaus bundesweit sehen lassen mit dem, was wir machen. Deswegen also an den Anfang diese Kernaussage und auch noch einmal der Hinweis darauf, dass wir in diesem Land mit präventiven Angeboten nicht so schlecht ausgestattet sind!

(Beifall bei der SPD)

(B) Als Kernaussage darüber hinaus dann auch noch einmal abweichend von Ihnen, Frau Hoch, stelle ich für mich fest, dass es keine akut alarmierenden Signale und auch keine unerkannten Defizite gibt, wenn es um die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Land Bremen geht. Wir wissen, worum es geht, wir haben Ihnen sehr ausführlich dargestellt, was wir alles schon tun. Wir wissen aber auch, wo es noch Defizite gibt – man kann immer noch mehr tun. Gleichwohl, es gibt nichts, was uns jetzt sofort in Bewegung setzen und uns völlig alarmieren müsste, weil es so einen akuten Handlungsbedarf gäbe. Da weicht meine Zusammenfassung deutlich von Ihrer ab.

Wir müssen uns in diesem Bereich weiterentwickeln wie in allen anderen Politikbereichen auch, weil die Anforderungen anders werden, weil sich das Freizeitverhalten der Familien, der Kinder vermutlich noch weiter verändern wird und sich das Essverhalten zukünftig vermutlich noch weiter zum Negativen verändern wird, wenn wir noch mehr Fastfood in die Familien bekommen. Deswegen müssen auch wir uns mit unseren Strategien und Angeboten weiterentwickeln, aber alarmierend ist das Ganze erst einmal so nicht. Da bitte ich also auch, die Brisanz ein wenig herauszunehmen in der Bewertung dessen, was wir Ihnen geantwortet haben.

Ein wichtiges Detail ist auch für mich: Die Nachfrage und Beteiligung von Kindern an Krankheitsfrüherkennungsuntersuchungen sind zufrieden stellend, sie steigen deutlich an. Das ist für mich auch ein Hinweis darauf, dass das, was wir im Moment

überlegen – die ausgezeichnete Arbeit des Gesundheitsamtes auch im Zusammenhang mit Kinderärzten ist hier eben ja schon von Frau Stahmann betont worden –, wie wir mehr von unseren Angeboten an die Kinder bringen können, die es offensichtlich wegen der sozialen Lage schlimmer trifft als andere, indem wir nämlich sagen, die, die regelmäßig Früherkennung machen, brauchen wir nun nicht auch noch mit unseren staatlichen Instrumenten noch einmal wieder durchzuchecken, sondern wir beschränken uns auf die, die diese Früherkennungsmaßnahmen nicht wahrgenommen haben, weil ihre Eltern das nicht wollen, nicht können oder was auch immer.

Wir wollen uns da verändern, wir wollen da auch positiv weiter vorankommen, und ich würde mich sehr freuen, wenn Sie auch im Zuge der Haushaltsberatungen diesen Weg dann mit unterstützen würden, weil ich glaube, dass es wirklich den Kindern zugute kommen wird, die es vielleicht dringender brauchen als andere.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben Problembereiche, keine Frage! Natürlich gibt es einen Zusammenhang zwischen Gesundheitszustand und sozialen Verhältnissen. Ich sage aber auch an dieser Stelle ganz klar, Freiheit von wirtschaftlicher Not heißt noch nicht Gesundheit, denn auch in Familien, wo es wirtschaftlich keine Engpässe gibt, könnte zum großen Teil viel mehr für die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen getan werden. Wir müssen da mehr tun, aber wir erreichen natürlich – das haben Sie selbst gesagt – die meisten dieser Kinder in unseren Kindertageseinrichtungen der von uns finanzierten Träger. Wir haben da eine gute Chance.

In dem Zusammenhang hat natürlich ein Projekt wie diese Aktion „Fünf Mal am Tag“ eine ganz besondere Bedeutung. Es sind über 100 Kindertageseinrichtungen an dieser Maßnahme beteiligt. Ich sage noch einmal ausdrücklich: Dies ist keine Aktion für 14 Tage, sondern es ist eine Aktion, die uns noch einmal in die Öffentlichkeit bringt, die versucht, ein Bewusstsein zu schaffen für die Probleme von Fehlernährung und was man vielleicht besser machen könnte. Wir bieten in unseren Kindertageseinrichtungen aber seit vielen Jahren gemeinsam mit dem BIPS eine Ernährung an, die den Kindern gerecht wird, die ihnen schmeckt, die aber trotzdem gesund ist.

(Beifall bei der SPD)

Dies ist nur aus einem Programm herausgegriffen, das seit vielen Jahren mit großem Erfolg läuft, womit wir nicht nur den Kindern gute Ernährung bieten, sondern auch den Eltern Anhaltspunkte geben, wie sie sich zu Hause in ihrem Verhalten verändern könnten. Wir wissen alle, dass viele unserer

(C)

(D)

(A) Kinder Gemüse kaum noch kennen. Brokkoli halten sie für Bäume, weil sie das zu Hause einfach nicht mehr serviert bekommen, es wird dort nicht mehr zubereitet. Das muss uns zu denken geben. Da können wir aus staatlicher Sicht vieles anstoßen, vieles in unseren Einrichtungen besser machen, aber letztlich können wir den ganz häuslichen, privaten Bereich nur bedingt erreichen. Das muss uns Sorge machen, da müssen wir alle in unserem Umfeld wahrscheinlich auch selbst Informationsarbeit leisten. Das kann der Staat allein überhaupt nicht leisten, wenn sich solche Entwicklungen in der Gesellschaft auftun.

Wir haben natürlich leider eine Zunahme an Sprachentwicklungsstörungen, wir haben motorische Auffälligkeiten, Bewegungsmangel, Über- und Fehlernährung und Verhaltensauffälligkeiten. All das nimmt zu, stellen wir in unseren Kindertageseinrichtungen fest. Gleichzeitig haben wir aber natürlich auch die Förderinstrumentarien ausgebaut. Wir haben weit über 1000 Kinder, die regelmäßig in unseren Kindertageseinrichtungen gefördert werden von 40 000, die eine besondere Förderung bekommen. Die anderen bekommen sie im Rahmen der Regelbetreuung in den Kindertageseinrichtungen. Wir tun da also eine ganze Menge. Ich befürchte, dass wir irgendwann an Grenzen kommen werden, wo wir das auch nicht mehr leisten können. Das wird auch Aufgabe von uns allen gemeinsam sein, diese Grenzen so weit zu verschieben, dass wir möglichst viel leisten können.

(B)

Es gibt mir natürlich auch zu denken, dass diese Auffälligkeiten in diesem Maße zunehmen, aber auch da kann der Staat allein sicherlich nicht die Abhilfe schaffen. Da bin ich Frau Hammerström sehr dankbar für den Hinweis, dass alle, die Kinder haben, natürlich auch eine ganz besondere Verantwortung dafür haben, dass diese Kinder möglichst gesund und kindgerecht aufwachsen können und alle Entwicklungschancen haben. Diese Verantwortung müssen wir auch immer wieder benennen, bevor wir uns an unsere eigenen Aufgaben machen, denn wir können von staatlicher Seite wirklich nur das Extra liefern, der normale Alltag spielt sich für die Kinder eben doch zu Hause ab.

Wir haben Schäden durch Passivrauchen oder durch aktiven Alkohol- und Nikotinkonsum von Jugendlichen, aber auch da leisten wir sehr viel an Prävention. Sie wissen, wir haben das Alkoholbündnis im Land gegründet, wir haben uns als erstes das Thema Jugendliche und Alkoholismus herausgesucht oder Gefahren von Missbrauch von Alkohol. Wir sind da sehr erfolgreich. Wir haben jetzt diesen Wettbewerb gestartet, Jugendliche gebeten, sich zu beteiligen, und wir haben da sehr viele qualitativ sehr gute Einsendungen. Wir haben eine Website, weil das nun einmal das Medium ist, mit dem sich Jugendliche heute beschäftigen, wo wir über 50 000

angeklickte Kunden hatten. Das ist ein großer Erfolg für uns, wenn eine staatliche Stelle eine solche Website veröffentlicht, dass es eine derartige Nachfrage gibt. Das ist durchaus nicht üblich, und deswegen, glaube ich, sind wir auch da auf einem richtigen Weg, auch mit den Plakaten und mit den Medien, die wir sonst benutzt haben und die die Jugendlichen offensichtlich sehr gut erreicht haben.

(C)

Wir haben natürlich nicht nur das gemacht, was Sie in den Antworten lesen, sondern wir richten uns auch aus auf die Zukunft. Wir haben – beispielhaft will ich das hier nennen – natürlich zukunftsorientiert auch Aktivitäten geplant, zum Beispiel zum Thema Unfallprävention. Gerade da haben wir vor kurzem einen Aktionstag gemeinsam mit der Verkehrswacht, ADAC und vielen anderen Beteiligten gehabt, auch die Polizei war dabei, bei dem ich die Schirmherrschaft hatte und wo hier genau richtig festgestellt wurde, dass besondere Gefahren für Kinder nämlich da lauern, wo sie eigentlich ganz behütet sind, bei ihren Eltern oder Großeltern, bei Verwandten oder Nachbarn im Auto mitgenommen. Da lauern die allergrößten Gefahren, weil es da die höchsten Zahlen an Verletzten und leider auch toten Kindern gibt. Auch da müssen wir uns vielleicht alle an die Nase fassen und auch Vorbild sein, damit sich letztlich in den Köpfen festsetzt, dass man Kinder im Straßenverkehr auch sicher transportieren muss.

(D)

Wir machen Impfkationen, wir machen Zahnprophylaxe, Aktionen für gesunde Ernährung und gegen Bewegungsmangel. Wir haben einen Gesundheitswegweiser für Migrantinnen und Migranten geplant, der bis zum Frühjahr 2002 fertig gestellt sein soll. Wir haben im Rahmen der Gesundheitsministerkonferenz im Juni dieses Jahres hier in Bremen, die unter meinem Vorsitz stattfand, eine Länderinitiative auf den Weg gebracht, die die Etablierung wirksamer gesundheitlicher Präventionsstrategien vor allem für sozial benachteiligte Schichten in der Bevölkerung initiieren will, davon können dann natürlich vorrangig Kinder und Jugendliche profitieren. Wir fördern sehr umfangreich Selbsthilfegruppen in diesem Land. Wir unterstützen eine Initiative zur Früherkennung von Hörstörungen, und wir haben nicht zuletzt diese Aufklärungskampagne, auf die ich eben schon zu sprechen kam, zum Thema Alkohol gemacht. Wir sind auch dem Wege, wir entwickeln uns ständig weiter, und ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie uns dann auch im Rahmen der haushaltsmäßigen Begleitung dabei weiter unterstützen würden. – Danke!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

(A) Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 15/765, auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Kenntnis.

Meine Damen und Herren, ich schließe die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) und setze den Beginn der Sitzung der Stadtbürgerschaft auf 15.15 Uhr fest.

(Schluss der Sitzung 13.41 Uhr)

(C)

(B)

(D)